

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 3,50 Mk. monatlich...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die festgesetzte Anzeigen-
zeile oder deren Raum 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 24. März 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Vorwärts!

Die dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage hat kürzlich ihren
Abschluss gefunden. Aber damit ist der Kampf um die
preussische Wahlreform nicht zu Ende!

Am 12. April findet die Wiederholung der Abstimmung
der dritten Lesung statt. Dabei können neue Anträge gestellt,
neue Beschlüsse gefasst werden!

Aber auch wenn die Mehrheit des Abgeordnetenhauses
in keine Aenderung des Gesetzes mehr willigen würde, so hat
dann erst das Herrenhaus das Wort! Und unsere Reaktionsäre
rechnen ja darauf, daß das Herrenhaus das schier unmöglich
Scheinende vollbringen: das unsäglich elende Wahlgesetz noch

weiterhin verschandeln

werde!
Aber selbst wenn das Herrenhaus bereit wäre, dem
Schnapsblock zuliebe auf jede Aenderung des Gesetzes zu ver-
zichten, damit der Wahlrechtsraub am Volke so rasch als
möglich vollzogen würde, so wäre es die gebieterische Pflicht
der Opfer des Wahlrechtsraubes,

den Kampf mit verdoppelter Kraft
fortzusetzen!

Eines der wichtigsten Mittel im Wahlrechtskampfe ist
aber die Presse! Sie enthüllt jeden Schwachzug, jede Lücke
des Feindes, sie gibt das Signal des Kampfes, sie schafft erst
durch Belehrung und Aufrüttelung der Massen die Vor-
bedingungen für den wichtigen Ansturm der Massen gegen die

Infamie des Wahlrechtsverrates!

Wer den Wahlrechtskampf wirksam und wichtig
geführt, wer die Wahlrechtsräuber und Wahl-
rechtsbetrüger entlarvt und die Sache der
Volksrechte siegreich vertreten zu sehen wünscht,
der Sorge deshalb mit aller Latkraft für die Verbreitung der
Arbeiterpresse, für Gewinnung Zehntausender neuer Abonnenten
für den

„Vorwärts“!

Von der Mordstechnik.

Wir haben schon öfter gezeigt, daß nicht nur die Ver-
mehrung der Kriegsschiffe, sondern in noch höherem Maße
der Fortschritt der Seekriegskunst von unheilvollem Einfluß
auf die Reichsfinanzen ist. Verfolgt man nun das rasend
rasche Fortschreiten der Zerstörertechnik in den letzten vier
Jahren, dann gehört wirklich nicht viel Prophetengabe dazu,
um den Wälfen ein immer ärgeres Anschwellen der Marine-
lasten zu weissagen.

Im Unterseebootsbau sind in den letzten zwei
Jahren erhebliche Fortschritte gemacht worden. Die größten
Mängel des submarinen Bootes waren bisher bekanntlich
seine geringe Seefähigkeit und seine mangelhafte Geschwindig-
keit, die bis dahin 6 bis 8 Knoten in der Stunde nirgends
überschritt. Durch eine Vergrößerung der Schiffsdimensionen
und eine Erhöhung der Maschinenleistung hat man aber eine
ganz bedeutende Erhöhung der Seetüchtigkeit erzielen können.
Bei den letzten französischen Probefahrten blieben die Unter-
seeboote ununterbrochen 72 Stunden in See, davon 36 Stunden
in untergetauchtem Zustande. Die Geschwindigkeit der neuesten
Projekte unter Wasser schwankt zwischen 10 und 20 See-
meilen. Man kommt langsam aus dem Stadium der ersten
Versuche heraus, und es beginnen sich ganz bestimmte Typen
auszubilden, so daß alle Länder den Bau von Unterseebooten
forciert betreiben können.

Der deutschen Marineverwaltung sind für diesen Zweck
in den letzten zwei Jahren bereits 17 Millionen Mark be-
willigt worden. Wie die 17 Millionen Mark verwendet worden
sind, weiß man leider nicht. Fest steht, daß bereits mehrere
Boote vorhanden sind und daß diese Boote befriedigende
Leistungen erzielte haben. Fest steht weiter, daß man bereits
dabei ist, in Danzig einen besonderen Hafen für Unter-
seeboote einzurichten. Es fehlt also nur die Flotte, die
nach der Ansicht der Flottenfreunde natürlich den Unter-
seebootflotten der anderen Staaten ebenbürtig sein muß.

Dabei haben aber sämtliche großen Seemächte außer Deutsch-
land bereits ganz respectable Unterseebootverbände. So
haben Fahrzeuge dieser Gattung, fertig, im Bau oder be-
willigt: Frankreich 102, England 79, Rußland 36,
Amerika 36, Italien 12, Oesterreich 12 und Japan 11.
Und man unterschätze diese Boote hinsichtlich ihres
Kostenpunktes nicht; denn schon eines der kleinsten
österreichischen Unterseeboote, deren Displacement nur 230 Tonnen
beträgt, kostet 1 300 000 Mk. Die neuesten französischen Tauch-
boote haben aber bereits eine Wasserdrängung von 1000
Tonnen und kosten dementsprechend mehr. Die deutschen
Steuerzahler werden also in den nächsten Jahren wieder
einmal tiefer in den Beutel greifen müssen!

Doch weiter: Schon vor dem ostasiatischen Kriege stiegen
die Größenverhältnisse der Schiffe ständig, weil die Anforder-
ungen, die man an ein modernes Kampfschiff stellte, von
Jahr zu Jahr höhere wurden. Aber nach dem blutigen
Kreuzen in Asien hat die Kriegsschifftechnik ein geradezu be-
ängstigendes Tempo angenommen. Die Seestrategen aller
Länder haben aus dem Ausgang dieses Konfliktes die Schluß-
folgerung gezogen, daß alles Heil im Seekriegswesen in der
schwereren Artillerie liegt, und so ist man denn in allen Staaten
bemüht, die artilleristische Wirkung der Linienschiffe zu steigern.
Das erste Ergebnis dieser Bestrebungen war das englische
Schlachtschiff „Dreadnought“, das über die beispiellos starke
Armierung von zehn 30,5 Zentimeter-Geschützen verfügte,
während bis dahin die stärksten Schiffe nur vier Kanonen
dieses Kalibers besaßen hatten. Schon anlässlich des Stapel-
laufes der „Dreadnought“ sagten wir aber voraus, daß auch
dieses Rekordschiff — um in der Sprache der Flottentreiber
zu reden — sehr bald zum „alten Eisen“ gehören
werde. Wie recht wir damals hatten, mag daraus
hervorgehen, daß die neuesten Linienschiffbauten fast aller
Seemächte die „Dreadnought“ an Größe weit hinter sich
lassen und daß beispielsweise das Displacement des letzten
amerikanischen Schlachtschiffes „Arkansas“ circa 23 000 Tonnen
beträgt, damit also um beinahe 10 000 Tonnen größer ist als
das Displacement der „Dreadnought“. Was das letzte Schiff
auszeichnete, das war seine starke Armierung und seine hohe
Geschwindigkeit. In beiden Beziehungen ist es weit über-
troffen, erhalten doch die neuesten französischen Linienschiffe
eine Bewaffnung von 16 30,5 Zentimeter-Geschützen und er-
reichen doch einige der jüngsten Panzer bereits 23 Knoten
Geschwindigkeit, während die Geschwindigkeit der „Dreadnought“
um 21,5 Knoten beträgt.

Und genau dieselben Erscheinungen finden wir bei den
Panzerkreuzern. Diese sollen nicht nur reine Aufklärungs-
schiffe sein, sondern sie sollen sich auch an der Schlacht be-
teiligen können. Diese zweifache Aufgabe hat dazu geführt,
den Panzerkreuzern eine schwere Artillerie zu geben, welche
der fast aller älteren Linienschiffe überlegen ist, und sie hat
weiter zu einer kolossalen Steigerung der Maschinenleistung
geführt. Während der im Jahre 1897 vom Stapel
gelaufene deutsche Panzerkreuzer „Fürst Bismarck“, der
damals der größte war, bei 18,7 Knoten Ge-
schwindigkeit 13 600 Pferdestärken erforderte, entwickeln
die Maschinen des neuesten englischen Panzerkreuzers
bei 23 Knoten ca. 45 000 Pferdestärken. Erhöhung der
Maschinenleistung und Verstärkung der Artillerie ziehen aber
eine Displacementsvergrößerung nach sich, und so beträgt
denn die Wasserdrängung des jüngsten britischen Panzer-
kreuzers bei voller Ausrüstung bereits ca. 22 000 Tonnen.

Der stärkste deutsche Panzerkreuzer hat ein Gewicht von
15 500 Tonnen, das größte deutsche Linienschiff ein solches von
18 500 Tonnen. Wir können hieraus schließen, daß auch
Deutschland in aller nächster Zeit zu weiteren Displacements-
erhöhungen übergehen wird. Das bedeutet aber eine Zu-
nahme der Marinekosten über die Summen hinaus, die die
Geldbedarfsrechnung der letzten Flottengesetze vorsah; denn
während der deutsche Etat im Jahre 1905 die Kosten
eines Linienschiffes erst auf 2,3 Millionen Mark ver-
anschlagte, wird die vollständige Ausrüstung der neuesten
amerikanischen Riesenschiffe weit über 50 Millionen Mark
erfordern. Wenn die Entwicklung des Schlachtschiffes nur
noch wenige Jahre in demselben Tempo weitergeht, dann
muß das deutsche Flottengesetz von 1900 beseitigt werden,
will Deutschland nicht die Konsumkraft seiner Bevölkerung in
geradezu skandalöser Weise einengen und die deutsche Volks-
wirtschaft dadurch dem völligen Ruin entgegensteuern.

Bluthunde.

Die Mache für die Blamage der Polizei am 6. März führt
täglich zu Anklagen gegen Personen, die „Bluthunde“ oder der-
gleichen Polizeibeamten genannt haben sollen. Die Anklagen
werden nicht vereinzelt, sondern gegen jede einzelne beschul-
digte Person wird einzeln geklagt. Mit angliedlicher Scheu hütet sich
die Anklagebehörde, ein umfassendes Verfahren einzuleiten, in dem
das gesamte Verhalten der Polizei klargelegt wird. Ein-
seitig werden lediglich die höchst interessierten Polizeibeamten als
Zeugen vernommen. Soll durch diese Masse von Einzelklagen
unter Ausbaltung einer Beweisaufnahme über die Polizei-
taten dem Philister das Gerüsel beigebracht und das zerstückte
Reconmee der Polizei wiederhergestellt werden?

Gestern fanden in verschiedenen Schöffengerichts-
abteilungen wieder ein halbes Duzend Straffachen gegen Personen

an, die bei der Wahlrechtsdemonstration vom 6. März in der
Gegend der Schlesischen Straße mit Schulkleuten in Konflikt ge-
raten sein sollen.

Die Straffachen holen immer daselbe Bild. Auf der einen
Seite stehen die Schulkleute, die befunden, daß die von ihnen
festgenommenen „Bluthunde“ oder „Haut die Hunde“ gerufen
haben, auf der anderen Seite die Angeklagten, die dazun,
daß sie das Opfer einer Personenverwechslung gewesen sein
müssen. In den meisten Fällen werden auch noch von der Ver-
teidigung Zeugen benannt, welche bekunden sollen, daß die An-
geklagten durch Brutalitäten von Schulkleuten, deren Augenzeugen
sie gewesen, in große Erregung versetzt worden seien und deshalb
mildere Strafe verdienen. Die Gerichte lehnen eine Beweis-
führung nach dieser Richtung hin ab, indem sie „als wahr unter-
stellen“, daß die Angeklagten durch einige Akte der Schulkleute, die
ihnen ungerichtet oder brutal erschienen sein mögen, erregt
worden seien.

Der vor der 135. Abteilung unter Vorsitz des Amtsrichters
Dr. Lepena u verhandelte Fall unterschied sich von den übrigen
in einigen Punkten. Der bisher unbefragte Arbeiter Wilhelm
Lehmann war nicht nur wegen Beleidigung, sondern auch wegen
Widerstandes und Uebertretung der Strafenordnung angeklagt.
Er war ohne böse Absicht in die Menschenmenge hineingeraten und
soll den Anordnungen der Schulkleute nicht Folge geleistet, „Bluth-
hunde“ gerufen und bei seiner Eistrierung sich widersetzt haben.
Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kuhn, hatte den Antrag
auf Voruntersuchung gestellt, um für die Behauptung des
Angeklagten, daß er nicht die Beleidigung begangen, und ferner
über das Verhalten der Schulkleute Zeugen zu Worte kommen zu
lassen. Die Strafkammer hatte den Antrag abgelehnt. Rechts-
anwalt Dr. Kuhn sandte nun aus dem Verhandlungszimmer
schleunigst eine Beschwerde über diesen Beschluß an die Kammer
ab und beantragte mit Rücksicht hierauf die Aufhebung der
Verhandlung. Das Schöffengericht lehnte aber
den Antrag ab, weil ein Antrag auf Voruntersuchung nach
Eröffnung des Hauptverfahrens prozessual unzulässig sei. In der
Sache selbst behauptete der Angeklagte, daß der Schulkleute, der
ihn wegen des angeblichen Schreiens festgenommen hatte, sich in der
Person geirrt haben müsse und sein Bruder, der einen guten
Eindruck machte, aber unendlich vernommen wurde, bestätigte
dies. Dagegen beschwor der Schulkleute Peter, der vom
Vorstandes wiederholt erjudet wurde, seine Aussage auf das
sorgfältigste zu prüfen, daß jeder Irrtum ausgeschlossen sei und
der Angeklagte gerufen habe: „Haut doch die Bluthunde“. Der
Amtsanwalt beantragte 2 Monate Gefängnis und
2 Wochen Haft. Der Gerichtshof verurteilte den An-
geklagten wegen der öffentlichen Beleidigung zu 3 Wochen Ge-
fängnis, wegen des Widerstandes zu 50 Mark Geldstrafe
und wegen Uebertretung der Strafenordnung zu 3 Tagen Haft.

Die übrigen verhandelten Fälle boten keine besondere
Momente. Sie endeten mit der Verurteilung der Angeklagten zu
Gefängnisstrafen von 3 Wochen bis zu 2 Monaten. Mehrere
Strafe traf eine Person, die laut „Bluthunde“ den Schulkleuten
entgegengeschleudert hatte.

Nicht ganz in diese Kette von Anklagen, aber doch in daselbe
Milieu fallend war die Anklage, auf die sich der Tischlergeselle
Friedrich Krüger zu verantworten hatte. Er hatte die bekannte
Warnung des Polizeipräsidenten v. Jagow von einer Anschlag-
säule gerissen und sich dadurch gegen den § 134 des Strafgesetzbuchs
vergangen, welcher besagt: „Wer öffentlich angeschlagene Bekannt-
machungen, Verordnungen, Befehle oder Anzeigen von Behörden
und Beamten böswillig abreißt, beschädigt oder vernichtet, wird
mit Geldstrafe bis zu 300 Mk. oder mit Gefängnis bis zu 6 Mo-
naten bestraft.“ Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu
3 Tagen Gefängnis.

Vor dem Forum des Stadtparlamentes
von Berlin.

In der Berliner Stad+berordnetenversammlung
bot sich am Mittwoch bei der Beratung des
Stadthaushaletats unseren Genossen die Gelegen-
heit, eine Abrechnung mit Herrn v. Jagow und
seinen Leuten zu halten. Zum Etat der Polizeikosten
war von der sozialdemokratischen Fraktion eine
Resolution beantragt worden, die die Vertreter der
Würgerschaft zum Protest gegen die Polizeit-
aten vom 6. März aufrief.

Die Kosten für die Polizei, die „Königliche“, müssen in
Berlin aus dem Stadtsäckel bezahlt werden, aber widerprüch-
los soll die Bevölkerung der Residenz es hinnehmen, daß der
Schulkleute, „auf Befehl“ handelnd, den Herrn der
Strafe spielt. Durch die bisher beispiellose Polizei-
willkür, die man am 6. März uns zu bieten gewagt hat,
sind endlich auch bürgerlichen Kreisen die Augen
geöffnet worden. Weitester Schichten der Bevölkerung
hat sich eine gewaltige Erregung bemächtigt, die nach einer
Abwehrkundgebung ruft. Leider meinten aber die
Freisinnigen des Berliner Stadtparlamentes sich wieder
einmal als Bremser betätigen zu lassen. Die um Cassel
und um Rosenow hatten der Resolution unserer Genossen
einen eigenen Antrag entgegengesetzt, der eine Stellung-
nahme zu den unerhörten Vorgängen vom
6. März vermied und nur eine Wiederholung zu ver-
hüten wünschte.



Zur Begründung der Resolution, die von unserer Fraktion beantragt wurde, ergriff Genosse Stadthagen das Wort. Er legte dar, daß die Polizei Berlins im Zusammenwirken mit der Gendarmerie der Vororte sich eines gewaltigen und gewalttätigen Eingriffs in die Rechte der Stadt und ihrer Bewohner schuldig gemacht habe. Diese Attacken auf Straßenpassanten, diese Erstürmung von Gastwirtschaften und ähnliches mehr seien geradezu als Landfriedensbruch anzusehen, und man könne nur die besonnene Jurisdiktion bewundern, mit der die Bevölkerung das alles hingenommen habe. Stadthagens Ausführungen waren eine Anflagerede von zermalmender Wucht, wie Keulenschläge wirkten manche ihrer Sätze. Er schloß mit dem Ausruf, es sei eine Schmach für die Stadt Berlin, daß ihre Bevölkerung sich die Polizeität des 6. März habe bieten lassen müssen.

Nach ihm sprach der freisinnige Stadtverordnete Cassel als Wortführer seiner Fraktion „Alte Linke“ und diesmal zugleich für die „Neue Linke“, die ihr gleichwertig ist. Auch er forderte, daß der Bevölkerung Berlins nicht ihr durch das Reichsvereinsgesetz gewährleistetes Recht verflümmert werde. Aber mit allerlei Ausflüchten entzog er sich der Pflicht eines rückhaltlosen Protestes gegen die verübte Polizeiwilktür. Ueber die Vorgänge vom 6. März will er nicht urteilen, weil es an genauen Feststellungen fehle. Doch will er, so sagte er, den Mißmut der Bevölkerung beschwichtigen; das sei mit ein Zweck, den sein Antrag verfolge. Im Gegensatz zu Cassel und den Seinen gab für die kleine „Sozialfortschrittliche Gruppe“ der Stadtverordnete Ullstein die Erklärung ab, daß sie in erster Linie für den Antrag der Sozialdemokraten stimmen werde.

Von unserer Seite sprach dann noch Genosse Borgmann. Er schilderte die Verhandlungen, die wegen der im Treptower Park geplanten Versammlung gepflogen worden waren und ihn sowie den Genossen Ernst bis zum Minister des Innern geführt hatten. Die Mitteilung, daß der Minister erklärt habe, an dem ruhig verlaufenen 13. Februar habe gegenüber den Demonstrationstendenzen die Polizei nicht ihre Pflicht getan, rief Bewegung im Saal und auf der Tribüne hervor. Gegen den Antrag Cassel, der mit dem Begriff einer „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ verfaßt ist, machte Borgmann geltend, daß für die Polizei eben immer „die öffentliche Sicherheit gefährdet“ sein wird, wenn es sich um Veranstaltungen dieser Art handelt.

Hatte Herr Cassel die Sekreterei des Berliner Stadtfreiwortens noch zu maskieren sich bemüht, so wurde sie von seinem Fraktionsfreund Stadtverordneten Sonnenfeld in aller Sittenlosigkeit gezeigt. Dieser Freisinnige trug kein Bedenken, es „eine absolute Ungeselligkeit“ zu nennen, daß nach Nichtgenehmigung der Versammlung im Treptower Park öffentlich zu einem Spaziergang dorthin aufgefördert worden sei. Ihm antworteten aus den Reihen unserer Genossen stürmische Rufe der Entrüstung, in die die Tribünenbesucher einstimmten.

Die Abstimmung ergab Ablehnung der Resolution, für die nur die sozialdemokratische Fraktion und neben ihr noch die sozialfortschrittliche Gruppe eintrat. Angenommen wurde dann der Antrag Cassel, aber keineswegs einstimmig. Die Unterstützung wurde ihm verweigert von der sogenannten „Freien Fraktion“, der rechtschriftlichsten der Stadtverordnetenversammlung. Zu ihr gehört auch der Vorsteher, der so in einen bemerkenswerten Gegensatz zur Mehrheit geriet.

Die weitere Beratung des Stadthaushaushalts brachte unter anderen noch eine erregte Aussprache über die Lage der Gemeindegeldarbeiter. Dem Reigen eröffnete hier Genosse Reid, der sich den Kammerer Steiniger vornehm und ihn als trassen Ignoranten entlarvte. Nach einer überaus launigen Antwort des Kammerers, dem auch der Stadtrat Ramskau beizuspriechen versuchte, wurde die Abschließung des blamabel schlecht informierten Kammerers durch unsere Genossen Borgmann und Pinke fortgesetzt und vollendet. Dabei kam es schließlich noch zu einem Zusammenstoß mit dem Vorsteher, der die Ausführungen Simyès in einer durchaus ungehörigen Weise kritisierte zu dürfen meinte.

## Gegen die Jagow-Justiz!

Ein bürgerliches Blatt wenigstens, das „Berliner Tageblatt“, zwar kein offizielles freisinniges Organ, aber gerade darum das gelesenste aller liberalen Blätter, findet den anerkanntwertigen Mut, an der eifertigen Prozessierung der Opfer der Jagow'schen Polizeiattden entschiedene Kritik zu üben. Der Protest des „Berl. Tagebl.“ lautet in seinen markantesten Stellen:

„An sich ist gegen eine rasche Justiz nichts zu sagen; aber die Fügigkeit darf nicht auf Kosten der Richtigkeit triumphieren. Gerade wenn Polizei und Staatsanwaltschaft sich beeilen, müssen sie auch den letzten Schein vermeiden, als ob es ihnen erst einmal um eine Reihe von Verurteilungen zu tun ist. Es macht aber einen sehr unangenehmen Eindruck, daß vorläufig nur die angeblichen Missetäter bei den Szenen am Schießstand vor angeklagt sind, während man von Anklagen wegen des Spazierganges im Tiergarten, der doch am 6. März den Mittelpunkt der Demonstrationen für ein freies Wahlrecht bildete, bisher nichts gehört hat. Wünscht der Herr Polizeipräsident auf die nun schon historische Schlacht, die er sich dort geholt, nicht wieder die Aufmerksamkeit hinzuwenden, oder fürchtet man vielleicht die Aussagen des sehr zahlreich erschienenen Publikums, das damals zum ungewollten Augenzeugen des brutalen Vorgehens der Polizei und der unsinnigen vom Großen Stern aus in die Reihen der Spaziergänger gerittenen Attacken gemacht wurde? Oder will man alle diese Zeugen ebenso beiseite schieben, wie es gestern und vorgestern mit dem größten Teil der vorgeschlagenen Zeugen geschehen ist? In diesem Falle konnte allerdings von einer gerecht abwägenden Justiz nicht mehr gesprochen werden. Es würde sich nur darum handeln, ein „Exempel zu statuieren“ und der Polizei eine „ellatante Genugtuung“ zu verschaffen. Aber solche Zwecke haben mit der unparteiischen Rechtspflege nichts mehr zu tun.“

Daß die schöffengerichtlichen Urteile nicht einfach hingenommen werden dürfen, sondern daß gegen sie Verurteilung eingelegt werden muß, versteht sich von selbst. Das Schöffengericht verbot am Montag wenigstens noch ein paar Zeugen, während es sich am Dienstag einfach auf die Aussagen der Schupleute verließ. Allerdings, das

Geriht unterstellte alles, was durch die Zeugen bewiesen werden sollte, als wahr. . . .

Sind aber, wie jetzt durch die Amtsanwaltschaft und das Schöffengericht als wahr angenommen wurde, schwere Ausschreitungen der Polizeibeamten vorgekommen, wie solche ja schon früher anlässlich der Herzerberkennung durch Zeugenaussagen festgestellt worden sind, dann ist es unverständlich, wie sich der Vertreter der Amtsanwaltschaft auch noch darüber beklagen konnte, daß sich niemand in der Presse der Schupleute annehme. Wir geben trotzdem zu, daß die Schupleute zum großen Teil nichts dafür konnten, sie mußten ausführen, was ihnen befohlen wurde. Aber bei ihren Vorgelegten liegen die Dinge viel schlimmer. Für die empörende Attacke am Großen Stern gibt es keine Entschuldigung. . . .

Was ist dem eigentlich trotz der Herausforderungen und Uebergriffe der Polizei geschehen? Wer von den Spaziergängern auch nur den Versuch zum tätlichen Widerstande machte, der wurde von den „Ordnern“ sehr nachdrücklich zur Ordnung verwiesen. Sie haben einfach gestrien, als die Polizei in sie hineintritt. Das ist die natürliche Reaktion der Masse. Der bewerkliche und rohe Auf „Bluthundel“ wurde zum lässlichen Ausdruck der allgemeinen Erregung. Es mag sonderlich sein, daß sich die Masse im Ausdruck vergreift; denn wenn sie auch nicht die philosophische Ruhe besitzt, eine Vergeßlichkeit schweigend zu ertragen, so hätte doch jedes Schimpfwort vermieden werden müssen. Damit werden indessen noch nicht die ungewöhnlich hohen Strafen gerechtfertigt, die in den letzten Tagen gegen einige willkürlich herausgegriffene Personen gefällt worden sind, und noch weniger die einfach unverständlichen Urteile des Ulfessord Schmidt. Die Polizei hätte vielleicht besser getan, von einer Strafverfolgung wegen des Wahlrechtsparades abzugehen; da sie nun aber an die Gerichte appelliert hat, so versteht es sich von selbst, daß die Dinge in einem unparteiischen gerichtlichen Verfahren klargestellt werden, nicht nach den einseitigen Befundungen der Schupleute, sondern auf Grund umfassender Zeugenaussagen; und wir hoffen, daß alle, die bestimmte Angaben über die Vorgänge des 6. März machen können, sich den Angeklagten zur Verfügung stellen werden.“

Wie sich auch die übrige bürgerliche Presse zu den Prozessen stellen mag: die Arbeitererschaft jedenfalls wird sich durch derartige Aktionen nicht einschüchtern lassen, sondern den Kampf gegen Wahlrechts- und Polizeischmach mit allem Nachdruck fortsetzen!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. März 1910.

### Ministereiern in Preußen.

Minister v. Moltke erstreckte sich weder beim Zentrum, noch bei den Agrarkonservativen der schärferen Tonart sonderlicher Beliebtheit; denn er besitzt nach der Ansicht dieser „vaterländischen“ Parteien zu wenig „Schneid“ und läßt sich zudem allzusehr von dem Unterstaatssekretär Holz, der matt-nationalliberale Anschauungen hegt, beeinflussen. So weih denn bald das eine, bald das andere liberale oder konservative Blatt zu verkünden, daß Herr v. Moltke am 1. März sei oder irgendwo angetroffen habe, worauf gewöhnlich irgend ein anderes Organ des blau-schwarzen Blocks antwortet, daß das Gerücht von der Amtsmüdigkeit nicht ganz zuträfe; denn wenn auch das Schicksal Herrn v. Moltke auf dem Ministerfessel bisher wenig Lorbeerkränze besichert habe, so hätte er doch immerhin noch nicht ganz abgewirtschaftet. Und bei dieser kuriosen Ehrenrettung werden dem Herrn Minister so en passant einige kleine Lobesgejuren ausgestellt, die beleidigender sind, als die schärfsten Angriffe es sein könnten.

So schrieb kürzlich die „Köln. Volksztg.“: „In parlamentarischen Kreisen erhält sich das Gerücht, daß Minister v. Moltke am 1. März sei und sich nach einem Oberpräsidium zurückziehe. Der Wunsch ist an sich zu begreifen, denn gerade in den letzten Wochen hat der Minister verschiedentlich eine Kritik über sich ergehen lassen müssen, wie sie im preussischen Landtag immerhin nicht zu den Alltagsigkeiten zählt. . . . Allerdings kann er sich damit entschuldigen, daß in Wahrheit der Unterstaatssekretär Holz, der in ungenügender Form die Geschäfte der nationalliberalen Partei zu vertreten bemüht ist, die Schuld trage, indem er unter dessen Einfluß sich zu Schritten verleitete, die er heute vielleicht lieber ungeschehen wissen möchte, um so mehr, als er der Gefahr vielleicht nicht ganz entgangen ist, sich mit den Absichten und der Politik des Ministerpräsidenten in Widerspruch gesetzt zu haben. Die Verantwortung dafür aber trägt nicht der „unverantwortliche“ Unterstaatssekretär, sondern sie muß der Minister selber tragen.“

Recht schwere Angriffe. Herr v. Moltke wird nachgesagt, daß seine Befähigung für seinen Posten nicht ausreiche, und er nur ein Spielball in der Hand seines Unterstaatssekretärs sei, dann wird er beim preussischen Ministerpräsidenten denunziert und schließlich der letztere noch obendrein aufgefördert, für die Entfernung des Ministers des Innern zu sorgen, wenn er nicht für dessen Leistungen verantwortlich gemacht werden wolle.

Und auf diese schönen Angriffe antwortet die „Deutsche Tagesztg.“ mit folgenden halbberedten Boshheiten:

„Man wird wohl allseits zugeben müssen, daß Herr von Moltke als Minister des Innern nicht immer eine glückliche Hand gehabt und bekundet hat. Das gilt schon von der viel erörterten Angelegenheit des Herrn Lothar Schädling, das gilt wiederum von der Empfehlung der Germanicus-Prozedur. Auch das wird nicht bestritten werden können, daß die Vertretung des Wahlrechtswurdes durch den Minister nicht sonderlich glücklich und zweckmäßig war. Was dagegen die „Kölnische Volkszeitung“ über den Unterstaatssekretär Holz sagt, das entzieht sich unserer Nachprüfung. Wir möchten ausdrücklich betonen, daß wir uns mit dieser Kennzeichnung der Tätigkeit des Herrn Unterstaatssekretärs nicht identifizieren.“

Im übrigen haben wir unsere Seite noch nichts davon gehört, daß der Minister des Innern sich mit Rückzichtsdenken trage. Es ist wohl auch zuviel gesagt, wenn die „Kölnische Volkszeitung“ davon spricht, er sei der Gefahr vielleicht nicht ganz entgangen, sich mit den Absichten und der Politik des Ministerpräsidenten in Widerspruch gesetzt zu haben. Unseres Erachtens handelt es sich nicht um einen wirklichen Widerspruch, sondern nur um ein gewisses Fehlgreifen in der Form. Wir glauben nicht, daß Herr von Moltke binnen kurzem aus seinem Amte scheiden werde. Wir würden das auch bis zu einem gewissen Grade bedauern, da seine Amtsführung, abgesehen von den bereits erwähnten Fällen, zu grundtätigen und wesentlichen Ausständen keinen Anlaß gab.“

Es ist preussisch! Wir finden es ganz angemessen, wenn preussische Minister von den Regierungsparteien als Schuljungen betrachtet und ihnen die schärfsten Rügen erteilt werden. Das entspricht völlig der Zivilisation Preußens und der Stellung seiner Minister als Kommiss des Junkertums. Wer auf die sonderbare Ehre Anspruch erhebt, in Preußen Minister zu spielen, muß auch die Konsequenzen auf sich nehmen.

### Auch unter neuer Firma noch immer die Alten.

Die „Kölnische Zeitung“ vom 22. März erzählt das folgende niedliche Stückchen von der Prinzipienfestigkeit der fortschrittlichen Volkspartei:

Die Einigung der beiden liberalen Gruppen, der freisinnigen Volkspartei und der freisinnigen Vereinigung in Albed (sich auf Schwierigkeiten, weil man die Frage des gemeinsamen Vorgehens nicht zu lösen vermochte. Jede Gruppe wollte den Vortritt haben, dann aber ist man darauf gekommen, einem beiden Parteien fernstehenden Mann das Amt des gemeinsamen Vorsitzenden anzubieten, und zwar dem früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Göry. Dieser Dr. Göry hat indessen feinerzeit für die Aenderung des Wahlrechts dergestalt gestimmt, daß die Wähler in zwei Klassen geteilt und somit der Sozialdemokratie nur eine bestimmte Zahl von Sitzen in der Bürgerkammer eingeräumt wurde. Da diese Handlung gegen das Parteiprogramm verstieß, trug man Bedenken, Dr. Göry ohne weiteres zum Vorsitzenden zu wählen, man wandte sich mit einer Anfrage an die Parteileitung in Berlin, gab dabei aber auch zu erkennen, daß in Albed eine Aenderung des Wahlrechts notwendig war, wollte man nicht die ganze gesellschaftliche Tätigkeit der Sozialdemokraten überantworten. Die Parteileitung hat daraufhin zu erkennen gegeben, daß die Forderung des Parteiprogramms hinsichtlich des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts der besonderen Verhältnisse halber auf die Hanfsäcke keine Anwendung finden soll. Der Wahlrechtsverächter Dr. Göry wird demnach Vorsitzender der „fortschrittlichen“ Volkspartei werden.

### Wismar und die indirekte Wahl.

Die Konservativen agrarischer und industrieller Couleur haben sich in letzter Zeit zum Zwecke der Verdrängung ihres Widerstandes gegen eine freizeitliche Reform des preussischen Dreiklassenwahlrechts mehrfach auf frühere Aussprüche Bismarcks und anderer preussischer Politiker bezogen. Demgegenüber dürfte der Hinweis darauf nicht unangebracht sein, daß Bismarck sich am 28. März 1867 mit folgenden Worten für die direkte Wahl ausgesprochen hat:

„Meiner Ueberzeugung nach bilden die indirekten Wahlen an sich eine Fälschung der Wahlen, der Meinung der Nation. Es läßt sich das schon aus einem einfachen Rechenexempel . . . darlegen: Wenn man annimmt, daß die Majorität in jeder Stufe der Wahl nur ein über die Hälfte zu sein braucht, so repräsentiert der Wahlmann schon nur einen Uewähler mehr als die Hälfte der Abgeordneten repräsentiert nur einen Mann über die Hälfte der Wahlmänner, deren Gesamtheit ja schon nur etwas über die Hälfte der Uewähler repräsentiert. Der Abgeordnete, wenn nicht sehr große Majoritäten überall tätig gewesen sind, repräsentiert mit mathematischer Sicherheit bei den indirekten Wahlen nur etwas über ein Viertel der Uewähler, und die Majorität der Abgeordneten in dem Falle nur etwas über ein Viertel des Ganzen. . . . Dann habe ich stets in dem Gesamtgefühl des Volkes noch mehr Intelligenz als in dem Nachdenken des Wahlmannes bei dem Aussuchen des zu Erwählenden gefunden. . . .“

### Anklage gegen den „Vorwärts“.

Wie unseren Lesern erinnerlich, wurde unser verantwortlicher Redakteur zum 9. März vor Gericht geladen, um über die Beschuldigung verantwortlich vernommen zu werden, durch Artikel des „Vorwärts“ zum Angehorsam gegen eine Anordnung des Polizeipräsidenten und zur Umgehung eines von ihm nicht erlassenen „Verbots“ aufgefordert zu haben. Die Anklage wurde zu Boden fallen, weil eine rechtmäßige Anordnung des Polizeipräsidenten oder ein rechtmäßiges Verbot des Polizeipräsidenten nicht ergangen ist. Dieser Ueberzeugung scheint allmählich auch die Anklagebehörde geworben zu sein. Sie hat eine neue Anklage gebaut. Nach derselben soll Genosse Barth durch eine Reihe von Artikeln des „Vorwärts“, die sich auf das Vorgehen des Polizeipräsidenten zum 6. März bezogen, zwei Vergehen begangen haben. Er soll Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge ohne die vorgeschriebene Anzeige oder Genehmigung veranstaltet und durch dieselbe Handlung zum Angehorsam gegen das Vereinsgesetz, nämlich zur Veranstaltung von Versammlungen unter freiem Himmel und von Aufzügen ohne die vorgeschriebene Genehmigung aufgefordert zu haben. Die Aufforderung soll auch die strafbaren Handlungen zur Folge gehabt haben. Ob unter denen nach der Anklage strafbaren Versammlungen und Aufzügen die Versammlungen und Aufzüge der Polizei oder was sonst gemeint ist, geht aus der Anklage nicht hervor. Wohl aber ist bereits zum 1. April Termin anberaumt. Nicht weniger als fünf Schupleute sind zu demselben geladen. Was sie bekunden sollen, ist dem Angeklagten ein Rätsel.

### Wiederaufnahme des Essener Meineidsprozesses.

Batum, 23. März.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Das Oberlandesgericht in Hamm hat als Bescheidverurteilung auf das abweichende Erkenntnis des Essener Landgerichts das Wiederaufnahmeverfahren des Essener Meineidsprozesses Schröder und Genossen angeordnet.

So ist endlich, nach mehrfachen vergeblichen Versuchen der Opfer, der Weg zur Erlangung eines empörenden Justizmordes eröffnet. Endlich wird das furchtbare Rollenstuhl-Urteil, das am 17. August 1895 gegen die Genossen Schröder, Meyer und drei andere Angeklagte erging, nachgeprüft und als unhaltbar erwiesen werden können. Das Oberlandesgericht Hamm hat die neuen Momente, die für die Unlawwürdigkeit des Haupturteils jenes Prozesses, des früheren Gendarmen, jetzigen Bureauaufsehten Wünter sprechen, besser gewürdigt als die Vorinstanz.

Das Urteil des Schwurgerichts Essen vom 17. August 1895 leitete gegen Genossen Schröder auf zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus, gegen die Genossen Meyer und Graf auf je drei Jahre sechs Monate Zuchthaus, gegen die Genossen Imberg und Billing und den Bergmann Bedemann auf je 3 Jahre Zuchthaus wegen wissenschaftlichen Meineids und gegen den Bergmann Thiel wegen fahrlässigen Meineids auf 6 Monate Gefängnis. Einige der Verurteilten sind inzwischen gestorben, andere ausgewandert. Der Hauptangeklagte, Genosse Ludwig Schröder, den das Vertrauen seiner Berufsgenossen nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus alsbald wieder an die Leitung des Bergarbeiterverbandes berief



und der sehr den Kosten des 2. Vorstehenden beileidet, hat die Wiederaufnahme des Prozesses unablässig betrieben und sieht seine Bemühungen nun endlich erfolgreich.

### „Eine echte, eine christliche Reaktion.“

Das Wirken des blauschwarzen Blocks, die Seelengemeinschaft der Ultramontanen und Konserbativen, erinnert an die Zeit der siebziger Jahre, wo die Zentrumsführer daran arbeiteten, den konfessionellen Mächten des Zentrums zu erweitern und eine große christlich-konservative Volkspartei zu schaffen. Aus August Reichenspergers Tagebuch teilt sein Biograph Pastor folgende unter dem 25. April 1871 verzeichnete Stelle mit: „Gestern Abend mit Windthorst und meinem Bruder sowie Herrn v. Gerlach bei Windthorst (Zentrumsabgeordneter). Heute brachte ich Gerlach in unsere Fraktion, wo eine Art Fraternisierung auf dem allgemeinen christlichen Boden stattfand.“

Gerlach, damals Appellationsgerichtspräsident a. D., ist einer der Kenner der Ultramontanen des Zentrums; er trat nachher dem Zentrum, das ihm ein Mandat für den Reichstag wie für den Landtag verschafft hatte, bei. Zur selben Zeit, wo obiges geschrieben wurde, machte Reichensperger, wie ebenfalls bei seinem Biographen zu lesen ist, auf einem Diner bei dem Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung“ die Erfahrung, daß in den Tagesfragen „durchweg Einverständnis“ zwischen den Konserbativen und den Katholiken herrsche.

Wallindrodt, bis zu seinem Tode im Jahre 1874 der unbestrittene Führer des Zentrums, erzählt, wie wir bei seinem Biographen Wiskel lesen, von einem im Februar 1873 zu Ehren Windthorsts gegebenen Diner, an dem auch konservative Abgeordnete teilnahmen. Gerlach sprach bei dieser Gelegenheit dem Zentrum seinen Dank für das bisherige Wirken aus und ließ sich über das aus, was jeder konservative Mann mit dem Zentrum gemeinsam habe. Wallindrodt erwiderte, daß alles, was noch wahrhaft konservativ und echt christlichgläubig sei in Deutschland, sich einigen möge mit dem Zentrum zur gemeinsamen rettenden Aufgabe. „Zum schnellsten Siege“, sagte Wallindrodt, „bedürfen auch wir der Allianz und diese kann und nur eine Partei bieten, die selber auf dem positiven Boden christlicher Offenbarung wurzelt und die Autorität der christlichen Glaubens- und Sittengesetze achtet.“

Was damals die Führer des Zentrums ersehnt und erstrebt haben, ist unterdessen herrlich in Erfüllung gegangen. Bei der Reichsfinanzreform und der preussischen Wahlreform ist die „heilige Allianz“ der Konserbativen und Ultramontanen in Wirklichkeit getreten. Und noch ältere und weitergehende Wünsche der Ultramontanen sind verwirklicht worden. Im Jahre 1898 gründeten die rheinischen Ultramontanen ein Blatt, die „Deutsche Volkshalle“ (im Volksmunde „Volkshalle“ genannt), das sich mehr und mehr zum Organ der ärgsten Mächtigsten entwickelte. Dieses würdige Blatt schrieb im Mai 1899:

„Darum beschwören wir Euch bei dem noch fliegenden Blute eines deutschen Königs, beschwören wir alle, denen es am Herzen liegt, daß die Religion, die Sitte, die Monarchie, das Recht und die Ordnung erhalten werde: Kraft der Kraft entgegenstellen, Gewalt der Gewalt, der Schlange der Revolution mit festem Fuß das giftprägende Haupt zu zertreten, in Gottes Namen zu ergreifen das einzige, was retten kann: das Schwert der Gerechtigkeit, die Axt der Gerechtigkeit, und unter dem Banner des Kreuzes das zu erkämpfen, was ihm unter: eine gründliche, eine echte, eine christliche Reaktion!“

Diesem Wunsch ist das Heil widerfahren, daß er eine doppelte Erfüllung erlebt hat. Die fünfziger Jahre brach die Nacht der Reaktion über Deutschland herein und sie währte ein volles Jahrzehnt. Wenn die Räder der „Volkshalle“ noch lebten, würden sie mit Freuden bemerken, daß mit dem Jahre 1910 die „echte christliche Reaktion“ wiederum über Preußen-Deutschland lagert. Ihre Dauer wird allerdings weniger lang sein, denn das Volk ist erwacht und an die Stelle eines malthusianischen Bürgerturns ist die Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie als Bekämpfer der Reaktion getreten.

### Eine Denkschrift über die Einfuhrscheine.

Dem Reichstag ist eine Denkschrift über das Einfuhrschneintwesen zugegangen. Es werden darüber folgende Angaben gemacht:

Der bei den vorjährigen Erörterungen in einem mit großer Mehrheit gefaßten Beschlusse der Budgetkommission zum Ausdruck gelangte Wunsch, eine solche Denkschrift ausgearbeitet zu sehen, beruhte auf der Auffassung, daß es zunächst einer erschöpfenden Aufklärung der öffentlichen Meinung bedürfe. Diesem Zwecke soll dadurch entsprochen werden, daß unter Verzicht auf eine bestimmte Stellungnahme zu der Frage, ob und in welcher Beziehung die bestehenden Vorschriften zu ändern sind, vornehmlich eine Darlegung aller Verhältnisse, die für die künftige Erörterung der Frage von Wert sein können, in der Denkschrift gegeben wird. Im ersten Abschnitt ist dargelegt, wie sich das geltende Recht geschichtlich entwickelt hat, welchen Anteil an dieser Entwicklung die politischen Parteien und die verschiedenen Erwerbskreise in den verschiedenen Zeiten des Reiches gehabt haben, welche wirtschaftlichen Erwägungen maßgebend waren, und welche Einwendungen gegen den jetzigen Zustand erhoben sind. Der zweite Abschnitt erörtert den Einfluß dieses Rechtszustandes auf die Einnahmen des Reiches, die Preisbildung im allgemeinen, den Schiffverkehr in den östlichen Häfen, die Viehhaltung und die Mäheren in besonderen. Im dritten Abschnitt werden endlich die wichtigsten, innerhalb und außerhalb des Reichstages hervorgetretenen Änderungsvorschläge gewürdigt. Eine Reihe von statistischen Nachweisungen ist beigelegt.

### Das Talglitz von Breslau.

Ein Bürgermeister nach dem Herzen der Jagow und Genossen ist Herr Dr. Georg Bender in Breslau, der seit einiger Zeit kämpfend vertritt, den Beweis zu liefern, daß er wert ist, im preussischen Herrenhause zu sitzen. Als kürzlich unsere Genossen in der Stadtverordnetenversammlung lebhaft Klage darüber führten, daß der Magistrat Sonntag für Sonntag der Polizei die städtischen Lokale als Kriegslager gegen Wahlrechtsänderungen überlasse, daß man sogar das Rathaus ständig als Polizeibüro mißbrauchen lasse, da erklärte der Oberbürgermeister, der nebenbei Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei ist: Diese Klagen berührten ihn gar nicht. Er werde nach wie vor der Polizei die Lokale zur Verfügung stellen. Und als dann die Stadtverordnetenversammlung einstimmig (die Konserbativ-Revolutionen waren obstruierend fortgegangen) eine Kundgebung gegen die Wahlrechtsvorlage annahm, ließ das der freisinnige „Ober“ zwar gefahren, schloß sich der Kundgebung aber nicht an. Den Gipfel erklomm jedoch Herr Bender in der letzten Stadtverordnetenversammlung. Unsere Genossen erhoben Protest, weil der Oberbürgermeister im Gegensatz zu seinen Kollegen in Berlin, Stettin, Essen, Köln, Frankfurt usw. die Vergabe eines städtischen Platzes für eine gemeinsame Kundgebung gegen die Wahlrechtsvorlage verweigert hatte. Darauf erhob sich Herr Bender, der Freisinnsmann, der im Herrenhause den „Abkältern“ mit, und rechtsfertige nicht nur sein parteiliches

Verhalten, sondern sang der Polizei geradezu Lobeshymnen! Demselben Platz, den er uns für zwei Stunden verweigert, stellte er den Revolutionskatholikentag über zehn Tage zur Verfügung, stellt er nach wie vor einem profitüsterischen Konsortium zur Veranstaltung von Vogelweifen usw. zur Verfügung. Was tut der freisinnige Kommunalrat? Er erklärt dreist und gottesfürchtig: die Katholiken hätten auch noch nicht den Verlehr und die Ordnung gestört und auch noch niemand mit dem Revolver bedroht!!! Den Beweis dafür, daß Wahlrechtsdemonstranten keines oder eines von beiden getan, blieb er natürlich schuldig. Mit dieser Aeußerung übertrifft dieser Freisinnsmann sogar die erzreaktionärsten Jagow-Organ, denn nicht einmal sie haben die Behauptung gewagt, wir hätten irgend jemand mit Revolver bedroht.

Ja, ich bin klug und weise,  
Ein Breslau größtes Licht!

### Herrn gefallen.

Herr Max Giemsa, Mitglied der Zentrumsfraktion im preussischen Abgeordnetenhaus, hat sich aufs neue gerichtlich bescheinigen lassen, daß er seiner Fraktion durchaus würdig ist. Wie wir vor einiger Zeit meldeten, hatte Herr Giemsa in einer Versammlung des katholischen Männervereins zu Kattowitz ausgedrückt, daß ursprünglich drei Duzend Abgeordnete vom Zentrum für die Erbanfallsteuer einzutreten entschlossen gewesen wären, aus Gründen der Parteidisziplin aber doch schließlich gegen diese Steuer gestimmt hätten. Diese „Entgehung“ wurde, als sie in den Zeitungen erwähnt wurde, von Herrn Giemsa kurzweg bestritten. Er schickte der „Breslauer Zeitung“ eine Verächtigung zu, die der Redakteur Dr. Dohle mit dem Zusatz verfasste: „Wie kann und der Abgeordnete Giemsa eine Verächtigung zugehen lassen, von der er weiß, daß sie wider besseres Wissen abgefaßt ist.“

Daraufhin warf Giemsa in der „Reiter Zeitung“ der „Breslauer Zeitung“ freche Verleumdung vor und verklagte Dr. Dohle obendrein. Dieser erhob Widerklage, und das Schöffengericht in Kattowitz sprach ihn frei, verurteilte aber den Abgeordneten Giemsa wegen Verleumdung zu 50 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten.

Giemsa legte dreist und gottesfürchtig Verurteilung ein. Die Strafkammer aber kam Montag gleichfalls zu dem Urteil, daß Abg. Giemsa die Aeußerung von den drei Duzend zur Parteiführung zurückgeführten Zentrumsabgeordneten in der Tat hat fassen lassen, die „Verächtigung“ somit wider besseres Wissen erfolgt sei. Dr. Dohle wurde deshalb von der Anklage der Verleumdung freigesprochen, und ebenso wurde die Verurteilung des Abg. Giemsa verworfen und seine Strafe aufrechterhalten.

### Zwei prächtige „Stellvertreter“ Gottes.

Von dem Kriegsgericht in Potsdam wurden vor kurzem zwei Unteroffiziere, Mannigel und Schred, wegen tätlichen Angriffs auf Vorgesetzte verurteilt, und zwar der eine zu 3 1/2 Jahren Gefängnis und Degradation, der andere zu 6 Monaten 2 Tagen Gefängnis und Degradation. Die Verurteilten hatten im betrunkenen Zustande zwei Offiziere in Zivil tätlich angegriffen. Beide legten Berufung ein. Das Oberkriegsgericht in Potsdam hat jedoch heute das Urteil der ersten Instanz bestätigt und leblich bei dem einen der Unteroffiziere die Degradation aufgehoben.

### Frankreich.

#### Die Arbeiterpensionen beschlossen.

Paris, 22. März. Der Senat nahm heute die Beratung des Altersversorgungsgesetzes wieder auf und billigte insbesondere ein Amendement, das den vor Erreichung des 50. Lebensjahres naturalisierten fremdländischen Arbeitern das Recht auf gewisse Wohlthaten des Gesetzes zuspricht. Arbeitsminister Viviani erklärte, die Arbeiter würden ein Recht zu fordern, nicht eine Vergünstigung zu erbitten haben usw. Der Senat nahm hierauf das Arbeiterversicherungsgesetz im ganzen mit 280 gegen 3 Stimmen an.

#### Der Brunnen wird zugedeckt.

Die Deputiertenkammer nahm am Dienstag durch Gönnaufhebung fast einstimmig einen Antrag an, wonach der Generaldirektor der Domänen an Stelle der Liquidatoren für die Ordensgüter treten und deren bisherige Funktionen unter der Kontrolle des Kultus- und des Finanzministers ausüben soll.

### Italien.

#### Die italienische Ministerkrise.

Rom, 21. März. Daß Sonnino bei dem Votum über die Handelsmarine unterliegen oder abliegen würde, war von verschiedenen Seiten und auf Grund verschiedener Erwägungen angenommen und vorausgesetzt worden. Doch er aber, ohne ein Votum abzuwarten, zurückzutreten würde, die Flucht ergreifen, ehe er das letzte Pulver verschossen hätte, das hätten wohl seine bittersten Gegner nicht erwartet. Gewiß lag die Situation so, daß Sonnino auf alle Fälle nichts gewinnen konnte: sein Sieg in Sachen der Schiffahrtsdienste hätte den Grund aufgehoben, um dessentwillen ihn die Giolittianer bisher geschont hatten. Aber selbst wenn er in der heutigen Sitzung unterlegen wäre, welches Resultat bei einem Präsenzbestande von über 400 Abgeordneten immerhin nicht mit Bestimmtheit vorausgesehen werden konnte, so hätte sein Fall doch nicht die unklare und undurchsichtige Situation gezeitigt, unter der man heute laboriert.

Die Frage der Schiffahrtsdienste ist eine vorwiegend technische. Von allen Abgeordneten dürften nur sehr wenige wirkliche Kompetenz in der Sache haben. Die sachliche Kritik ist vorwiegend von der äußersten Linken ausgegangen; Gen. Bonomi und der Republikaner Pantano haben dargelegt, aus welchen Gründen der Entwurf Bettolo ebenso wenig wie der frühere Entwurf Schanzer die Gewähr bietet, daß der Aufwand von circa 400 Millionen wirklich einen entsprechenden Nutzen für das italienische Verkehrsweisen zur See zeitigen würde. Auf der anderen Seite ist der Minister Schanzer für die Grundsätze seines Entwurfs eingetreten, der ausschließlich auf dem System der Subventionen beruht, während der Entwurf Bettolo, wie wir früher bereits dargelegt haben, auch Konstruktionsprämien, Zollerleichterungen, sowie Prämien für den Personen- und Frachtkonsumverlehr vorsieht. Immerhin kann man sagen, daß von dieser Seite, also der der Giolittianer, keineswegs die prinzipielle Ablehnung, sondern vielmehr die Gefolgschaft für Schanzer und somit für Giolitti, maßgebend war. Die Einwürfe Schanzers sind ausschließlich technischer Art, ihnen liegt nicht jenes Mißtrauen zugrunde, das die Opposition der äußersten Linken bestimmt, die hinter den Kulissen wühlende Kapitalistengruppe argwöhnt. Verhältnismäßige Kleinigkeiten sind es, die Schanzer an dem Entwurf Bettolo montiert. Im Laufe seines eigenen Ministeriums hat er selbst mindestens ebenso große Wandlungen in der Frage durchgemacht, als die vom Projekt Schanzer zum Projekt Bettolo. Der Angriff von Seiten der Giolittianer ist zweifellos nicht prinzipieller Art, sondern ein Ergebnis parlamentarischer Erwägungen.

Denn die Giolittianer wirklich entschlossen waren, jetzt schon Sonnino den Garauz zu machen, was wir durch Sonninos vorzeitige Demission nicht erfahren konnten, hat sie offenbar die parlamentarische Konstellation geleitet, die die äußerste Linke und die Giolittianer in gemeinsamer Opposition vereinte. In dieser Konstellation liegt die Gefahr der Krise.

Damit die Krone aus der Demission ohne Votum einen Fingerzweig ablesen könne, muß sie die Kräfte der Opposition abschätzen, der das Ministerium wich, aus Furcht, ihr zu erliegen. Nach volgendem Votum hätte man diese Kräfte zählen können, aber wägen auch nicht: denn wenn sich Giolittianer und äußerste Linke vereinten, so beruht doch ihre Opposition auf ganz verschiedenen Grundlagent. Wieder, wie bei der Situation, die Sonnino aus Ruder brachte, ist es eine nicht homogene Opposition, die das Ministerium fürchtete. Die heutige Lage unterscheidet sich von der damaligen dadurch, daß ein Teil dieser Opposition, die Giolittianer, in der Kammer eine Mehrheit hat, während die Sonninianer sie damals nicht hatten.

Die heutige Kammer ist von Giolitti über die Tausche gehalten worden und ist in ihrer Mehrheit so beschaffen, daß nur Giolitti oder ein Mann seines Herzens mit ihr regieren kann. Wir haben dies von Anfang an gesagt, und jede einzelne Phase des bisherigen parlamentarischen Lebens hat diese Annahme bestätigt. Entweder Giolitti, oder solche, die in Giolittianischem Geiste regieren, können in dieser Kammer auf Dauer rechnen. Deshalb sollte der Umstand, daß die äußerste Linke zum Sturz beitrug, in keiner Weise auf den Verlauf der Krise, soweit dieser von den Parteien abhängt, einwirken. Besonders den Sozialisten ist eine rein negative Haltung vorgeschrieben, die in dem Maße gilt: fort mit dieser Kammer und mit einem Wahlscheid, das solche Kammer möglichst macht. Von diesem Standpunkt aus hat die Lösung der Krise nur geringes Interesse für die sozialistische Partei und ihre Fraktion.

### England.

#### Ein Dementi.

Die Nachricht des „Daily Chronicle“, wonach eine Verständigung zwischen der Regierung und den Iren zustande gekommen sei, ist bereits als falsch bezeichnet worden und zwar von einer gut legitimierten Seite. Der Führer der Iren, Redmond, der am Montag die lange Besprechung mit Lloyd George hatte, gibt bekannt, daß die Lage sich durch diese Besprechung in keiner Weise verändert habe.

Danach wäre es also noch nichts mit der Besserung der Verleumdungssituation. Indes scheinen die Verhandlungen fortzudauern.

#### Gardie und Barnes über die Lage.

London, 21. Februar. Ueber die außerordentlich schwierige Lage, die durch den liberal-imperialistischen Flügel des Kabinetts geschaffen wurde, sprachen in den letzten Tagen Gardie und Barnes. Beide Redner benutzten die Gelegenheit, die Unzuverlässigkeit der liberalen Führer in demokratischen Fragen nachzuweisen. Gardie sprach in seinem Wahlkreise und sagte: Die Lage ist verwickelt, da die liberale Regierung und die liberale Fraktion nicht einig sind. Die Lords suspendierten den Etat, worauf die Regierung das Parlament auflöste. Schon die Auflösung war ein Fehler, jedoch glaubte man, die Regierung würde nach den Wahlen in einen ersten Kampf gegen die Lords eintreten. Anstatt dessen gibt uns die Regierung Resolutionen gegen das Oberhaus, worauf es abermals zur Parlamentsauflösung kommen wird. Dieses ganze Verfahren ist ein Ausfluß der Feigheit. Die Wählerschaft gab der Regierung das Mandat, den Etat annehmen zu lassen und das Veto der Lords abzuschießen. Die Regierung ließ dieses Mandat unbeachtet, um jetzt wiederum dasselbe Mandat von neuem zu verlangen. Diese ganze Konfusion zeigt, daß die Liberalen die Befestigung der Demokratie fürchten. In dieser Kurat sind sich die Liberalen und die Tories gleich. Ich glaube, die Regierung geht absichtlich einem Sturz entgegen. Zum Schluß forderte der Redner die wahllosen Vergleiche auf, zwei Arbeiterkandidaten aufzustellen, anstatt — wie früher — einen liberalen und einen Arbeiterkandidaten.

Barnes sprach in einer Volksversammlung in Torquay, in der er sagte: Die Arbeiter sind für die vollständige Abschaffung des Hauses der Lords. Eine revidierende Kammer mag vielleicht nötig sein, aber ihre Mitglieder sollten anerkannte Autoritäten sein und nicht die Söhne ihrer Väter. Die Regierung besteht aus Parteiführern, die nicht führen, sondern hin und her schwanken. Sie ist gegenwärtig für eine Vorlegung des Etats, ehe noch die Vetoresolutionen im Oberhause erledigt sind. Ein derartiges Verfahren muß zu einer schweren Niederlage der liberalen Partei führen, da die Iren unter solchen Umständen gegen den Etat stimmen werden. Die Vorlegung des Etats vor der endgültigen Erledigung der Vetoresolutionen bedeutet also Parlamentsauflösung und Neuwahlen, die aber im besten Falle nur eine kleine Mehrheit für die Liberalen bringen könnten. Es ist indes möglich, daß die Tories mit einer kleinen Mehrheit ins neue Parlament eingehen werden. Es ist noch vieles zu retten, wenn die Regierung Mut zeigt und die Finanzen benutzt, die Minderheit zum Nachgeben zu zwingen. Anstatt Neuwahlen sollte die Regierung zum Referendum greifen und den Wählern die einzige Frage vorlegen, ob sie für die Abschaffung des Vetorechts der Lords sind. —

Die Stimmung in allen progressiven Kreisen ist sehr gedrückt. Asquith und seine liberal-imperialistischen Kollegen haben die Lage verpfuscht und sie ist kaum mehr zu retten.

### Schweden.

#### Ein Aufschlag aufs Koalitionsrecht.

Stockholm, 22. März. Der in der Thronrede zur Eröffnung des Reichstages angekündigte, von der Regierung ausgearbeitete Gesetzentwurf betreffend Arbeitsvereinbarkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ist heute dem Reichstag vorgelegt worden. Der Gesetzentwurf bestimmt u. a., daß Kollektiv-Übereinkommen nicht auf länger als fünf Jahre abgeschlossen werden können. Während des Bestehens eines solchen dürfen weder von den Arbeitgebern noch von den Arbeitern Aussperrungen und Arbeitsentstellungen oder Sympathiestreiks und Sympathieaussperrungen vorgenommen werden. Ferner wird die Einrichtung eines Arbeitschiedsgerichts mit dem Sitz in Stockholm vorgeschlagen, das aus drei Juristen und vier mit den Arbeitsverhältnissen vertrauten Personen bestehen soll. Den Arbeitgebern steht das Recht zu, die Arbeit zu leiten und zu verteilen, sie müssen aber den Arbeitern Freiheit zur Teilnahme an politischen oder kommunalen Wahlen gewähren. Schließlich enthält der Entwurf Strafbestimmungen für die Verletzung von Streiks, die das Wohl der Staats gefährden.

Kamentlich die letzte Bestimmung zeigt die Arbeiterfeindliche Tendenz des Entwurfs, der auch in seinen anderen Bestimmungen auf Befestigung der Arbeiterschaft abzielt. Die Parität wird allerdings äußerlich gewahrt, indem auch die Unternehmensentscheidungen unterworfen wird. In Wirklichkeit ist die Parität indes nicht vorhanden, da für die Arbeiterschaft das Recht zur Arbeitsentstellung weit höhere Bedeutung hat als für die Unternehmer.

### Amerika.

#### Der Arbeiterbund gegen den Stahlruß.

Washington, 22. März. Die Federation of Labor hat dem Generalstaatsanwalt eine eingehende Denkschrift überreicht zur Begründung der von ihr gegen den Stahlruß erhobenen Verleumdung, daß er das Antitrustgesetz verleihe.

\*) Die Rede wurde vor der Redaktion des „Daily Chronicle“ gehalten, wonach die Iren sich mit der Regierung verständigt haben sollten. Red.



# Gewerkschaftliches.

## Die Kriegserklärung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Unter sehr starker Beteiligung tagte am 22. März in Dresden die außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, die zu dem Ergebnis der Verhandlung mit den Zentralverbänden der Arbeiter, die am 9. und 10. März stattgefunden, Stellung nahm.

Bundesvorstand und Dreizehner-Kommission pflegten schon am vorhergehenden Tage streng vertrauliche Beratungen, wobei es zu erheblichen Unstimmigkeiten gekommen sein muß, denn bei Eröffnung der Hauptversammlung wurde erklärt, daß der erste stellvertretende Vorsitzende, Baumeister Heuer-Berlin, sein Amt niederlege und zwar aus „Gesundheitsrücksichten“. Heuer sowie die anderen Berliner Herren nahmen an der weiteren Verhandlung nicht mehr teil.

Baurat Enke-Leipzig, zweiter Stellvertreter, übernahm die Leitung und hielt auch das einleitende Referat. Gegen zwanzig Redner griffen in die Diskussion ein und es waren besonders die Herren aus dem Süden, Südwesten und dem Westen, die auf strikte Aufrechterhaltung der Arbeitgeberforderungen drängten. Die folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die dritte außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe verlangt, daß die Ende März d. J. ablaufenden Tarifverträge mit den Arbeitnehmerorganisationen unter Zugrundelegung eines Tarifvertragsmusters erneuert werden, welches folgende Bedingungen zu enthalten hat: 1. Der Abschluß soll zentral erfolgen. Die vorherige Vereinbarung der speziellen Arbeitsbedingungen soll nach wie vor diesen Arbeitgeberverbänden und den in Betracht kommenden Zweigverbänden der Arbeitnehmer überlassen bleiben.

2. Die Möglichkeit, die für die einzelnen Verbände geeigneten Lohnmethoden zu vereinbaren, soll durch das Vertragsmuster gesichert werden. Eine Reduzierung der Löhne ist nicht beabsichtigt.
3. Die Akkordarbeit soll nicht nur als zulässig erklärt, sondern ihre Durchführung auch im Verträge gesichert werden.
4. Durch eine besondere Erklärung außerhalb des Vertrages soll eine Sicherung der Arbeitgeberarbeitsnachweise insofern festgelegt werden, daß diese von den Arbeitnehmerorganisationen in keiner Weise gestört werden dürfen.
5. Eine geringere als dreijährige Vertragsdauer soll ausgeschlossen sein. Dieser Beschluß soll den Arbeitnehmern aller Zentralverbände als endgültige Entscheidung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe mitgeteilt werden. Falls die Zentralverbände das Vertragsmuster ablehnen, wird der Vorstand beauftragt, die bei Ablauf der jetzt geltenden Tarifverträge erforderliche Maßnahmen zu ergreifen. Die Hauptversammlung erwartet gemäß der in Berlin mit den Arbeitervertretern getroffenen Vereinbarung Antwort der Arbeitnehmerorganisationen bis spätestens den 8. April und erklärt sich mit der Verlängerung der jetzt bestehenden Verträge bis längstens den 14. April einverstanden.“

Der Beschluß ist so ausgefallen, wie er von den beteiligten Kreisen nicht anders erwartet worden ist. Eine Überraschung bringt er nicht. Er enthält die offene Kriegserklärung.

### Berlin und Umgegend.

#### Ein Kampf um Arbeitszeitverkürzung im Berliner Großgärtnerereibetriebe.

In dem großen Baumkulturbetriebe von L. Späth in Baumkulturbau bei Berlin, der rund 500 Arbeiter beschäftigt, herrscht schon seit einer Reihe von Jahren das Bestreben, eine verkürzte Arbeitszeit durchzusetzen und sind schon einige Male entsprechende Anläufe gemacht worden, die jedoch stets ohne Ergebnis verliefen, weil keine Organisation dahinter stand. Seit dem vorigen Jahre hat dort nun der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein sich der Sache angenommen und es ist nunmehr die Bewegung von neuem aufgenommen worden. Zunächst wurde eine Kommission bei der Geschäftsleitung vorstellig, die jedoch nichts erreichte. Seit der vorigen Woche haben die Arbeiter nun die „passive Resistenz“ aufgenommen; sie gehen einfach, wenn sie 10 Stunden gearbeitet haben, nach Hause. Einschüchterungsversuche von Seiten des Direktors, die besonders bei den älteren, schon ein und zwei Jahrzehnte bei der Firma tätigen Arbeitern versucht wurden, blieben bisher ohne Erfolg. Die Arbeiter glauben um so mehr auf diese mächtige Verkürzung der Arbeitszeit ein Recht zu haben, als alle einen recht weiten Weg zur Arbeitsstelle haben und die Firma am dem kolossalen angekauften Mehrwert ganz unermeßliche Reichtümer zusammengetragen hat. Vor drei Jahren konnte die Firma neben dem Komplex in Baumkulturbau noch eine ganze kleine Ortschaft (Neu-Pollenrebe bei Reglin a. H.) ausbauen, nach der allmählich der jetzige Betrieb überfiedeln soll. Blamabel ist es, daß die Herren Kunstgärtnergehilfen der Firma, meist Söhne „Besseren“ Herkommens, den Kampf nicht unterstützen. Glücklicherweise können diese aber nicht den Ausschlag geben, da ihre Zahl nur einige zwanzig beträgt.

Die Arbeiter der Hofwagenfabrik der Firma Zimmerman in Potsdam stehen in einer Lohnbewegung. Der Betrieb ist für Schmiede, Schlosser, Stellmacher, Sattler und Lackierer gesperrt. Zugang ist streng fern zu halten.

Alle arbeiterfreundlichen Zeitungen werden gebeten, davon Notiz zu nehmen.

Zentralverband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen.

### Deutsches Reich.

#### Die Friedensbedingungen im Holzgewerbe.

Wie wir hören, haben nunmehr die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, wie auch die Arbeitgeber in der weitaus größten Mehrzahl der in Frage kommenden Orte den zwischen den Kommissionen resp. Verbandsvorständen vereinbarten Bedingungen für die neuen Verträge zugestimmt. Bei den Arbeitgebern sollen zehn Städte die Vereinbarungen abgelehnt haben, während bei den Arbeitnehmern nur noch einige Resultate ausstehen. In drei Orten wird noch weiter verhandelt, und in einer großen Anzahl Städte sind Kommissionen dabei, die Affordtarife durchzuberaten, auch muß die Mehrzahl der Verträge reaktionell noch fertiggestellt werden. Die Hauptarbeit ist jedoch geleistet.

Wir sind darum heute in der Lage, die Vereinbarungen für die einzelnen Städte bekannt zu geben. Es darf dabei ausgesprochen werden, daß der Holzarbeiterverband mit dem Resultat der Tarifbewegung sehr zufrieden sein kann.

Wir lassen nun die Zugeständnisse für die einzelnen Orte folgen:

Darmen bei Eibfeld: Die Arbeitszeit wird verkürzt am 1. Juli 1911 von 58 auf 54 Stunden wöchentlich. Die Stundenlöhne werden erhöht um 5 Pf. Der gegenwärtige Durchschnittslohn von 50 Pf. erhöht sich im Laufe der Vertragsperiode auf 55 Pf. pro Stunde.

Berlin, Charlottenburg, Weihensee, Rixdorf, Schöneberg und eine große Anzahl weiterer Vororte: Die Arbeitszeit beträgt 51 Stunden pro Woche. (Da in einer großen

Anzahl der kleineren Vororte die Arbeitszeit länger als 51 Stunden ist, wird durch die Unterstellung unter den Vertrag erreicht, daß dort eine Arbeitszeitverkürzung von 1-3 Stunden pro Woche eintritt.) Am 1. Oktober 1910 werden die Löhne und Affordpreise um 5 Proz. erhöht. Die Affordabschlagszahlungen betragen mindestens 27 resp. 30 resp. 33 R. pro Woche. Das Montagegeld innerhalb Berlins wird von 70 Pf. auf 1 R. pro Tag erhöht. In Orten mit vertraglich besseren Bedingungen müssen diese erfüllt werden. Ebenso müssen von auswärts nach Berlin kommende Montagearbeiter nach den Bestimmungen des Berliner Vertrages arbeiten. Bei außertariflichen Akkordarbeiten wird der vereinbarte Lohn garantiert. Für alle Akkordarbeiten, welche öfter angefertigt werden, sind Affordtarife aufzustellen. Neueingeführte Arbeiten sind nach der Vereinbarung des Affordpreises mit dem Werkstattausfluß im Tarif fortlaufend nachzutragen. Auf Verlangen der Arbeiter sind alle Arbeiten, für die der Affordpreis tariflich festgelegt ist, in Akkord auszuführen. Sollen einzelne Stücke vom Gesamtkauf in der Fertigstellung vorgezogen werden, so wird für das einzelne Arbeitsstück ein Aufschlag von mindestens 7 1/2 Prozent bezahlt. Die Abrechnung des Akkordes und Auszahlung des Uebererschusses erfolgt an dem der Fertigstellung folgenden Lohnstage. Ist der Lohnstag ein Feiertag, so erfolgt die Lohnzahlung an dem vorausgegangenen Werktag. Der gemeinsame Arbeitsnachweis ist in erster Linie zu benutzen, und soll eine anderweitige Einstellung von Arbeitskräften nur dann zulässig sein, wenn innerhalb 24 Stunden geeignete Arbeitskräfte vom paritätischen Arbeitsnachweis nicht vermittelt werden können. Andere Arbeitsnachweise dürfen nicht benutzt werden. Der Vertrag ist in allen Betrieben auszuführen und von der Firma und dem Werkstattausfluß zu unterzeichnen. Der Berliner Vertrag weist noch folgende bemerkenswerte Bestimmung auf:

„Dieser Vertrag gilt als einheitliche Rechtsnorm für die gegenseitigen Beziehungen und Leistungen der Arbeitgeber und Arbeiter, sowohl einzeln wie in ihrer Gesamtheit, innerhalb seines Geltungsbereichs. Zum Ausdruck dessen ist er bei den zuständigen Gewerbebehörden niedergelegt. Zivilrechtliche Ansprüche an die beiderseitigen Verbände sollen aus diesem Vertrag nicht erhoben werden können.“

Alle Einzelabmachungen, welche gegen die Bestimmungen dieses Vertrages verstößen, sind ungültig.“

Bernburg: Die Arbeitszeit wird von 57 auf 56 Stunden pro Woche verkürzt, die Stundenlöhne um 4 Pf. und der Mindestlohn auf 42 Pf. pro Stunde erhöht.

Deuthen, Rattow, Königsbütte: Die Arbeitszeit wird vom 1. Oktober 1910 von 58 auf 57 Stunden wöchentlich verkürzt. In Lohnhöhe erhalten alle Holzarbeiter sofort 2 Pf., am 1. Oktober 1911 1 Pf. und am 15. Februar 1912 weitere 3 Pf. Die Affordpreise werden sinngemäß der Lohnzulage erhöht.

Brandenburg: Die Arbeitszeit beträgt während der Vertragsperiode 54 Stunden wie bisher. Die Stundenlöhne werden um 4 Pf. für Gesellen und Arbeiter erhöht.

Braunschweig: Die Arbeitszeit beträgt 54 Stunden pro Woche. Jeder Arbeiter erhält eine Lohnzulage von 4 Pf. pro Stunde. Der vertragliche Durchschnittslohn steigt dadurch auf 48 Pf.

Dromberg: Die Arbeitszeit beträgt pro Woche 56 Stunden. Es erfolgt eine Lohnzulage pro Stunde von 4 Pf. Der vertragliche Durchschnittslohn wird erhöht auf 44 Pf. pro Stunde.

Luz bei Magdeburg: Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 54 Stunden. Es tritt eine Lohnhöhe von 3 Pf. pro Stunde ein und steigt der Durchschnittslohn auf 47 Pf. pro Stunde. Die Affordtarife werden alljährlich durch die Schlichtungskommission revidiert und durch die neuen Muster ergänzt.

Danzig: Die Arbeitszeit wird von 58 auf 55 Stunden verkürzt. Jeder Arbeiter erhält eine Lohnhöhe von 5 Pf. pro Stunde. Der Durchschnittslohn wird von 42 auf 47 Pf. erhöht.

Dresden: Die Arbeitszeit beträgt 52 Stunden pro Woche, die Stundenlöhne werden um 4 Pf. erhöht, der Normallohn steigt auf 57 Pf. pro Stunde.

Düsseldorf: Die Arbeitszeit wird verkürzt von 54 auf 53 Stunden. In den eingemeindeten Vororten, wo die Arbeitszeit jetzt noch 57 Stunden beträgt, wird sie im Laufe der Vertragsperiode auf 54 Stunden wöchentlich verkürzt. Die Arbeiter erhalten eine Lohnhöhe von 4 Pf. pro Stunde. Der Durchschnittslohn steigt im Laufe der Vertragsperiode auf 58 Pf. pro Stunde.

Erfurt: Die Arbeitszeit wird von 57 auf 55 Stunden wöchentlich verkürzt. Die Stundenlöhne werden um 5 Pf. erhöht. Der vertragliche Durchschnittslohn steigt während der Vertragsdauer auf 48 Pf. pro Stunde. Bei neuen Mustern wird bei Akkordarbeit der Stundenlohn gesichert.

Görlitz: Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 56 auf 54 Stunden verkürzt. Die Stundenlöhne werden um 4 Pf., der vertragliche Durchschnittslohn während des Vertrages auf 45 Pf. pro Stunde erhöht.

Göttingen: Die Arbeitszeit wird von 57 auf 56 Stunden wöchentlich verkürzt. Jeder Arbeiter erhält eine Lohnhöhe von 5 Pf. pro Stunde. Der Durchschnittslohn wird auf 45 Pf. während der Vertragsperiode erhöht.

Greifswald: Die Arbeitszeit wird von 60 auf 58 Stunden wöchentlich verkürzt. Die Stundenlöhne werden um 4 Pf. und der Mindestlohn wird von 30 auf 35 Pf. pro Stunde erhöht.

Guben: Die Arbeitszeit beträgt 55 Stunden wöchentlich. Jeder Arbeiter erhält eine Stundenlohnzulage von 4 Pf. Der vertragliche Durchschnittslohn steigt auf 43 Pf.

Halle a. S.: Die Arbeitszeit wird von 55 auf 54 Stunden verkürzt. Die Stundenlöhne werden um 4 Pf. erhöht. Der vertragliche Durchschnittslohn steigt im Laufe der Vertragsperiode auf 50 Pf. pro Stunde.

Hannover: Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 54 auf 53 Stunden verkürzt. Jeder Arbeiter erhält 5 Pf. Lohnzulage pro Stunde. Der Durchschnittslohn wird während der Vertragsdauer auf 57 Pf. erhöht.

Harburg a. E.: Die wöchentliche Arbeitszeit wird vom 1. April 1911 von 54 auf 53 Stunden verkürzt. Die Stundenlöhne der Arbeiter erfahren eine Aufbesserung von 5 Pf. pro Stunde. Der Vertragsmindestlohn beträgt vom 1. April 1911 ab 58 Pf.

Hildesheim: Die wöchentliche Arbeitszeit wird verkürzt von 57 auf 56 Stunden. Jeder Arbeiter erhält eine Lohnzulage von 5 Pf. pro Stunde. Der Durchschnittslohn ist vertraglich auf 47 Pf. festgelegt.

Kiel: Die Arbeitszeit wird von 54 auf 53 Stunden pro Woche verkürzt. Die Stundenlöhne werden um 4 Pf. erhöht. Der Mindestlohn für Tischler steigt auf 62 Pf., für Maschinenschleifer auf 66 Pf. pro Stunde.

Köln: Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 54 auf 53 Stunden verkürzt. Die Lohnzulage für jeden Arbeiter beträgt 4 Pf. pro Stunde. Der Durchschnittslohn, der bisher 56 Pf. pro Woche betrug, wird vertraglich auf 60 Pf. normiert.

Königsberg: Der Vertrag wird auf 4 Jahre, und zwar bis zum 15. Februar 1914, abgeschlossen. Die Arbeitszeit wird verkürzt von 57 auf 54 Stunden pro Woche. Jeder Arbeiter erhält eine Lohnzulage von 6 Pf. pro Stunde.

Leipzig: Die Arbeitszeit beträgt 52 Stunden pro Woche. Die Stundenlöhne werden erhöht um 4 Pf. Der Mindestlohn für Tischler, Drechsler, Weiser, Polierer und Instrumentenmacher steigt auf 56, für Bautischler auf 58, für Maschinenarbeiter auf 52 Pf. pro Stunde. Einbezogen in den Vertrag ist die Musikindustrie mit 2000 Arbeitern. Hier ist jetzt die 63stündige wöchentliche Arbeitszeit noch üblich, die am 1. Juli 1910 auf 52 Stunden verkürzt wird.

Lübeck: Die Arbeitszeit wird verkürzt von 55 auf 54 Stunden pro Woche. Der Lohn wird erhöht um 4 Pf. pro Stunde für jeden Arbeiter. Der Vertragslohn wird erhöht von 54 auf 60 Pf. Es wird ein gemeinsamer Arbeitsnachweis eingerichtet und soll versucht werden, hierfür ein städtisches Lokal zu erhalten.

Lüneburg: Die wöchentliche Arbeitszeit wird verkürzt von 57 auf 56 Stunden. Die Stundenlöhne werden um 5 Pf. erhöht. Der Mindestlohn steigt von 43 auf 48 Pf. pro Stunde.

Oldenburg: Die Arbeitszeit wird verkürzt von 55 auf 54 Stunden wöchentlich. Die Stundenlöhne werden um 4 Pf. erhöht, der Durchschnittslohn steigt auf 48 Pf. pro Stunde.

Potsdam und Rowahe: Die Arbeitszeit wird verkürzt von 53 auf 52 Stunden pro Woche. Der Lohn wird um 4 Pf. pro Stunde erhöht. Der vertragliche Durchschnittslohn steigt auf 54 1/2 Pf. die Stunde.

Queblinburg: Die Arbeitszeit wird verkürzt von 59 auf 57 Stunden wöchentlich. Jeder Arbeiter erhält eine Lohnzulage von 5 Pf. pro Stunde. Der Durchschnittslohn wird vertraglich auf 45 Pf. normiert.

Rendsburg: Die Arbeitszeit wird verkürzt von 57 auf 56 Stunden wöchentlich. Jeder Arbeiter erhält eine Lohnzulage von 5 Pf. pro Stunde. Der Mindestlohn steigt auf 45 Pf. pro Stunde.

Spandau: Die Arbeitszeit wird verkürzt von 53 auf 52 Stunden pro Woche. Die Stundenlöhne werden um 6 Pf. erhöht. Der vertragliche Mindestdurchschnittslohn steigt auf 60 Pf. pro Stunde.

Stargard: Die Arbeitszeit wird von 59 auf 58 Stunden verkürzt. Die Stundenlöhne werden um 4 Pf. erhöht.

Stettin: Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 56 auf 54 Stunden verkürzt. Jeder Arbeiter erhält eine Lohnzulage von 4 Pf. pro Stunde. Der Mindestlohn erhöht sich auf 47 Pf.

Thorn: Die Arbeitszeit wird von 58 auf 56 Stunden pro Woche verkürzt. Die Stundenlöhne werden um 5 Pf. erhöht. Der Durchschnittslohn steigt auf 48 Pf.

Zeitz: Die wöchentliche Arbeitszeit wird verkürzt von 56 auf 54 Stunden. Die Stundenlöhne werden um 5 Pf. erhöht. Der Mindestlohn wird auf 45 Pf. pro Stunde festgesetzt.

Zittau und Groß-Schönau: Die Arbeitszeit beträgt 55 Stunden wöchentlich. Die Stundenlöhne werden um 4 Pf. erhöht.

Alle Verträge mit Ausnahme von Königsberg sollen auf drei Jahre abgeschlossen werden.

### Streik der Gärtner.

Die vor etwa 14 Tagen begonnenen Lohnbewegungen der Gärtner sehen sich allmählich, wo die Unternehmer jedes Entgegenkommen ablehnen, in Streiks um. Eine Verständigung fand, wie schon berichtet, nur in Hamburg statt, und zwar in der dortigen Landschaftsgärtnerbranche, für die ein Tarifvertrag abgeschlossen worden ist. Am Sonnabend, den 10. März, beschloßen die in der Hamburger Kunst- und Handelsgärtnerzucht tätigen Gehilfen und Arbeiter den Streik und ist dieser am Montag perfekt geworden. Gefämpft wird in der Hauptsache um 25 R. Wochenlohn für Gehilfen und Arbeiter, Beseitigung des Kost- und Logiszwanges, zehnstündige Arbeitszeit und Abschaffung aller nicht naturnotwendigen Sonntagsarbeiten.

In Nürnberg, wo der Unternehmerverband geantwortet hat, er lehne alle Verhandlungen ab und überlasse es jedem einzelnen, sich mit seinem Arbeitgeber zu verständigen, sind die Gehilfen und Arbeiter aller Branchen der Erwerbsgärtnerzucht am Dienstag, den 22. März, in den Streik getreten. Gefämpft wird hier in der Landschaftsbranche um 40 Pf. Stundenlohn für junge Gehilfen, 42 Pf. für Arbeiter und 46 Pf. für Gehilfen über 21 Jahre; in der Handelsgärtnerzucht nach Altersklassen um 18 bis 25 R. Wochenlohn und Beseitigung des Kost- und Logiszwanges. Ferner wird für die Sommermonate die zehn-, für die Wintermonate die neunstündige Arbeitszeit gefordert. In Hamburg sowohl wie in Nürnberg wurde der Beschluß, die Arbeit einzustellen, einstimmig gefaßt. Schwierigkeiten zur allgemeinen Durchführung bietet aber der in beiden Orten noch vielfach bestehende Kost- und Logiszwang. Indessen haben die Gärtner an dem vorzüglichen Wetter einen guten Verbündeten.

### Neue Verleumdungen gegen den Vergarbeiterverband.

Zwei ausgeschlossene Mitglieder des Vergarbeiterverbandes haben aus Rachegefühl gegen den Verband einen Wochenspiegel herausgegeben, der an Blumpheit und Unwahrhaftigkeit seinesgleichen sucht. Das Nachwort ist in einer christlichen Druckerlei hergestellt und von christlichen Gewerkschaftsmitgliedern an Schächeln und Fabriken verteilt. Der Vorstand des Verbandes wird selbstverständlich Klage einreichen und so werden die beiden „Firmenräuber“, die verantwortlich gemacht haben, den Kopf ins Loch halten müssen. Sie können sich dann dafür bei den Christlichen bedanken, die wieder zwei Dumme gefunden haben, derweil sie selbst weit vom Schuß geblieben sind.

### Ausland.

#### Neue Massenausperrungen in Dänemark.

Die Arbeiter der dänischen Zementfabriken sind bekanntlich seit Anfang dieses Monats ausgeperrt. Die leitenden Großkapitalisten der Dänischen Arbeitgebervereinigungen wollen nun diese etwa 1000 Mann umfassende Ausperrung auf sämtliche 80000 Mitglieder des Dänischen Arbeitsmannsverbandes ausdehnen und offenbar weiterhin eine allgemeine Massenausperrung ins Werk setzen. Die Arbeitgebervereinigungen hat am 11. März eine außerordentliche Generalversammlung abgehalten, die die Ausdehnung der Zementarbeiterausperrung auf die übrigen Arbeitseute beschließen sollte. Aber die leitenden Herren getrauten sich offenbar nicht, den 235 Vertretern der Arbeitgeber aus dem ganzen Lande einen solchen Beschluß zuzumuten, da die vielen Kleinmeister gar kein Interesse an einem Kampf haben. Die Folge der Generalversammlung war, daß neue Verhandlungen angeknüpft wurden. Diese Verhandlungen sind jedoch ergebnislos verlaufen und zwar nicht, weil eine Einigung in den vorliegenden Konflikt unendlich gewesen wäre, sondern weil die tonangebenden Großunternehmer und Direktoren in der Arbeitgebervereinigungen entgegen den Wünschen der kleinen Handwerksmeister den Krieg vom Zaune brechen wollten. Nun muß damit gerechnet werden, daß der dänischen Arbeiterschaft zu Ostern wieder einmal eine Massenausperrung großer Stilts beschert wird.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Erweiterung der Hamburger Hafenanlagen.

Hamburg, 23. März. (B. L. W.) Der Bürgerschaft ist heute ein Antrag des Senats zugegangen, in dem für die Erweiterung der Hamburger Hafenanlagen auf Rohnhof und Walterdörf 45 100 000 R. gefordert werden, die durch eine Anleihe beschafft werden sollen.

#### Schadenfeuer.

Friedland (Mecklenburg), 23. März. (B. L. W.) Großfeuer wüthete heute in dem nahegelegenen Kirchdorf Sandhagen. Dasselbe hat zehn Wohnhäuser, darunter die Schule mit Nebengebäuden vernichtet. Ueber die Ursache ist nichts bekannt. Einiges Vieh ist umgekommen.

#### Schwere Explosion.

Wien, 23. März. (B. S.) In der Reberschen Färberei in Ragran fand heute nachmittags aus unbekannter Ursache die Explosion einer Treibstoffmischung statt, wobei acht Personen schwere Verletzungen erlitten.



Stadtverordneten-Versammlung.

11. (außerordentliche) Sitzung vom Mittwoch, den 23. März, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Nibeloff eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem Nachruf für den am 19. März plötzlich verstorbenen Stadtverordneten Dr. Hermes (A. L.), der der Versammlung mit zweijähriger Unterbrechung seit 1873 angehört hat.

Stadtv. Merggraff (Soz.-fortschritt.) hat wegen einer Reise um die Welt Urlaub bis Ende dieses Jahres genommen.

Für den Empfang des 5. Internationalen Ornithologenkongresses in den Räumlichkeiten des Rathauses Ende Mai bis Anfang Juni d. J. wird die Summe von 7000 M. bewilligt und die Einsetzung einer gemischten Deputation beschloffen.

Darauf folgt die Versammlung die Beratung des Stadthaushaltsetats für 1910 fort.

Ueber die Abteilungen „Park- und Gartenverwaltung“ und „Gemeindebeschäfte“ des Kapitel 8 referiert namens des Staatsauschusses Stadtv. Gwald (Soz.).

Stadtv. Lohmann (A. L.) bringt die Absperrung des Remeler Parks und die Fällung von Bäumen in demselben zur Sprache. Man habe den Platz den Anwohnern unter dem Vorbehalt geraubt, für den Winter der Schuljugend den Schlittschuhsport zu erleichtern; aber mit der Unentgeltlichkeit sei es nicht weit her gewesen. Dem betr. Stadtpächter sei man übermäßig entgegengekommen.

Bürgermeister Dr. Reide bestritt letzteres; auch seien dort Bäume nicht gefällt worden.

Stadtv. Nobeler (A. L.) bittet, dem unwürdigen Zustande des Fürst Bülowplatzes im Scheunenviertel, einem Schnaußfeld schlimmer Art, ein Ende zu machen.

Bürgermeister Dr. Reide: Schon im Augenblick wird an der Regulierung des Platzes gearbeitet, nachdem festgestellt ist, daß er für die Untergrundbahn nicht mehr in Frage kommt.

Weide Etats werden genehmigt.

Ueber Kapitel 7, Polizei, Gerichts-, Standesämter, Militärwesen berichtet Stadtv. Goldschmidt (A. L.).

Zu den Ausgaben für die Ordnungspolizei liegt die am 12. März eingebrachte Resolution Dr. Arons u. Gen. (Soz.) vor: „Die Versammlung protestiert gegen die seitens des Polizeipräsidenten am 6. März veranlaßte Absperrung des Treptower Parks

und gegen die Behinderung der Bürgerchaft in der Benutzung der Berliner Straßen, Parks und Plätze.“

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Auch wenn wir durch das Gesetz gezwungen sind, Kosten zu tragen, über deren Veranschlagung uns keine Rechnung gelegt wird, so sollen doch diese Kosten immer Polizeikosten sein. Es kann keine Rede davon sein, daß hier in Berlin die Polizei ein Organ ist, dessen Tätigkeit in Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit besteht; im Gegenteil, in wachsendem Maße hat man sehen müssen, daß die hiesige Polizeiverwaltung

Aufhebungen und Unsicherheit hervorruft und dem Gegenteil dessen zu dienen geeignet ist, wozu eine vernünftige Polizei da sein sollte.

Ich erinnere nur an den Ferrerprozeß und an die Vorgänge der letzten Zeit, die Folge der großen Erregung, die mit Recht sämtliche vernünftigen Menschen und insbesondere die Berliner gegen die Wohlrechtschmach erfahren hat. Da haben gewisse in jungerlidischen Kreisen ionangebende Blätter geglaubt, die Polizei aufheben zu müssen; Demonstrationen dürften nicht gebildet werden, es müsse entgegen dem Vereinsgesetz, es müsse mit Waffengewalt vorgegangen werden. Diese Artikel haben die Polizei zu Taten veranlaßt, die in das Recht der einzelnen Bürger und der Stadt Berlin tief eingriffen. Deshalb unfer Antrag.

Die Berliner Polizei ist einem Fremdkörper überantwortet, der der Stadt gegenüber keine Verantwortung hat und auch glaubt, unverantwortlich handeln zu können gegen die Rechte und das Eigentum der Bürger und der Stadt.

Kleines feuilleton.

Frühe und späte Ostern. In diesem Jahre fällt das Osterfest auf einen sehr frühzeitigen Termin, auf den 27. März. Es ist dies der früheste Ostertermin seit dem Jahre 1894, in dem das Fest ebenso wie 1883, schon auf den 25. März fiel. Das früheste Osterfest in der neueren Zeit brachten die Jahre 1845 und 1866, in denen Ostern schon auf den 23. März fiel. Aber selbst das ist nicht der früheste Ostertermin. Nach den Vorschriften, die das Konzil von Nicäa im Jahre 325 nach Christi Geburt erlassen hat, darf das christliche Osterfest nicht mit dem jüdischen Passahfest zusammenfallen; es wurde deshalb auf dem östlichen Konzil festgelegt, daß das Osterfest stets am ersten Sonntag nach dem Frühlingsvollmond gefeiert werde. Fällt dieser Vollmond selbst auf den Sonntag, so wird Ostern acht Tage später gefeiert. Als Termin des Frühlingsanfangs nahm man einheitlich den 21. März an. Der frühzeitigste Osternbeginn ist somit der 22. März; denn wenn der Frühlingsvollmond auf den 21. März fällt, so kann, vorausgesetzt daß das am Sonnabend ist, das Osterfest am nächsten Tage gefeiert werden. Dieser Fall ereignete sich seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts einmal, und zwar im Jahre 1818. Erst 1970 würde Ostern wiederum auf den 22. März, den frühestmöglichen Termin, fallen. Der späteste Ostertermin ist der 25. April; er hat dann Geltung, wenn der Frühlingsvollmond an seinem überhaupt spätesten Termin, dem 18. April ist (23 Tage nach dem 21. März) und wenn dieser 18. April auf einen Sonntag fällt. Denn dann muß das Osterfest acht Tage später, nämlich am 25. April gefeiert werden. Diesen spätesten Ostertermin brachte zuletzt das Jahr 1880; 1943 würde Ostern wieder auf den 25. April fallen. Diese ganze komplizierte Rechnung hat es trotzdem nicht verhindern können, daß seit dem Konzil von Nicäa schon zweimal die ersten Tage des christlichen und jüdischen Osterfestes zusammengefallen sind. Bekanntlich richten sich die Termine zahlreicher beweglicher Feste, wie Pfingsten, Christi Himmelfahrt, Fronleichnam, Fastnacht nach dem Ostertermin, und wegen der dadurch verursachten tiefgehenden wirtschaftlichen Samwierksaiten hat das Bestreben, durch internationale Vereinbarung den Ostertermin festzulegen, neuerdings viel Ausicht auf Verwirklichung. Im Juni dieses Jahres soll auf dem in London stattfindenden internationalen Handelskammertongress diese Frage erörtert werden.

Die „Arbeitswilligen“. Aus dem Generalkreis in Philadelphia bringt die „Frankf. Zeitung“ sehr anschauliche Bilder. Die „Arbeitswilligen“ werden also gefaßelt:

Eine Quelle beständiger Beschäftigung für den Beobachter sind die neuen oder „grünen“ Angestellten, wie sie hier genannt werden. Die Motorwagenfahrer sind augenscheinlich von dem Ehrgeiz geplagt, die Solidität der Bauart der ihnen anvertrauten Wagen an allen möglichen Objekten, Menschen, Automobilen, Lastwagen usw. zu erproben. Mit besonderem Vergnügen scheinen sie aber gegen eine andere „Car“ zu fahren, und wenn zwei derselben zu gleicher Zeit an einer Kreuzung ankommen, sieht jeder Fahrer eine Ehre darin, zuerst auf der anderen Straßenseite zu sein. So kommt es, daß es an den Kreuzungen sehr viel „Reinhold“ gibt. Die Kondukteure bezeigen einen lobenswerten Eifer in der Einziehung der Fahrgelder, nur sind sie außerordentlich vergeblich. Wie bekannt, erhält hier in Amerika der Passagier keinen Fahrschein. Es besteht

Am 6 März ist der der Stadt gehörige, mit großen Kosten eingerichtete Treptower Park dem Eigentum der Stadt und ihrer Bürger

gewaltsam und rechtswidrig entzogen worden.

Man weiß nicht, ob man über die Vornahme der Absperrung mehr entrüstet oder heiter gestimmt sein soll. Eine große Anzahl Schulleute und Gendarmen haben auf Veranlassung des Berliner Polizeipräsidenten alle Zugänge zu dem Park gesperrt und einen sogar mit Brettern vernagelt. Wir haben solche Vernagelung schon einmal erlebt, als der Amtsvorsteher von Cerner, Herr v. Duffe, unter dem Sozialistengesetz eine Versammlung verbot und mit Hilfe eines Gendarmen den Eingang zu dem betreffenden Lokal vernageln ließ. Dem Herrn ist ja durch Gerhard Hauptmann in dem „Hiberpelz“ ein dauerndes Denkmal gesetzt. Wegen die Geschwindigkeit des Vorgehens des Berliner Polizeipräsidenten müssen wir entschieden protestieren.

Der Polizeipräsident hatte vorher geschwidrig eine Versammlung unter freiem Himmel an derselben Stelle nicht genehmigt, und als nun der Spaziergang geplant wurde, ging er auf die Behereien der erwähnten Presse ein, die ihn beschwor, um Gotteswillen nicht gegen die Wahlrechtschmach demonstrieren zu lassen. Er erließ gegen die Ankündigung im „Vorwärts“ einen Haufen offiziöser Auslassungen in allen möglichen Zeitungen — ich habe drei davon hier, eine immer schmerzhafter als die andere — Kollegen Vorgmann teilte er mit, er würde den Spaziergang als genehmigungspflichtige Veranstaltung ansehen und ihr entgegenzutreten. Eigentümlich:

Ein Spaziergang soll eine Versammlung sein!

Es wurde nachher versucht, das zu rechtfertigen; gegen harmlose Spaziergänger habe er nichts, aber wenn eine große Menge komme, sei es etwas anderes, dem müsse man entgegenzutreten, das sei eine Versammlung, nämlich „eine absichtliche Vereinigung mehrerer Menschen an einem gemeinsamen Ort zu gemeinsamen Zwecken“. Dann müßte jede Landpartie, jede Gesellschaftsreise, jedes Kaffeeständchen, jedes Hochzeitsfest der polizeilichen Genehmigung unterliegen, auch das Ansehen der Parade müßte dann genehmigt werden (Heiterkeit). Das ist so widersinnig, daß über diese polizeiliche Auslassung überall die größte Heiterkeit entsetzt wurde. Der Polizeipräsident stützt sich auf frühere Demonstrationen, die auch geschwidrig seien, weil er sie nicht genehmigt habe. Ganz der Jagd der „Deutschen Tageszeitung“, noch über das Vornageliche hinaus. Daß Demonstrationen gesetzlich zulässig sind, kann nach dem Gesetz nicht einen Augenblick im Zweifel sein, siehe Kammergerichtsurteil vom 5. April 1900. Der Polizeibeamte, der solchen Demonstrationen entgegentritt, handelt geschwidrig. Man hat versucht, die Demonstrationen zu Versammlungen zu stampeln; aber es sind keine Versammlungen, darüber besteht auch nach der Logik und nach Gerichtskenntnissen kein Zweifel mehr. Die Absperrungen, die erfolgten, um alle diejenigen, welche etwa für das Reichstagswahlrecht sind, am Spaziergehen am Sonntagnachmittag zu hindern, sind ein rechtswidriger Eingriff in das Recht der Stadt und ihrer Einwohner, wie es die Städteordnung einwandfrei feststellt. Die Polizei war verpflichtet, Widerstand gegenüber den Spaziergehenden zu brechen, nicht aber zum Gegenteil. Der Polizeipräsident wußte auch selbst, daß er etwas Rechtswidriges beging, denn er sagt in einer seiner Proklamationen, der Spaziergang sei eine Umgehung dessen, was er nicht haben wollte. Es steht damit ebenso, wie wenn jemand für strafbar erklärt wird, der das Verbot „du sollst nicht töten“ dadurch umgangen hat, daß er nicht gestohlen, sondern sich ehrlich ernährt hat. (Große Heiterkeit.)

Durch die Hebe einiger Junkerorgane ist vielleicht die ruhige Ueberlegung dem Polizeipräsidenten verloren gegangen, so daß er nicht gewußt hat, was er tat; aber die objektive Rechtswidrigkeit seines Tuns steht fest. Die Polizei ging indessen noch weiter; sie unterband den Verkehr, den sie fördern soll; die Besucher des Parks, die schon vor 12 Uhr mittags da waren, Männer, Frauen und Kinder, die in den Lokalen essend und trinkend sich befanden, wurden durch Schulleute und Gendarmen aus den Lokalen herausgeholt und das häßliche Eigentum auf die schändlichste Weise verwüßt. Frauen und Kinder sind mißhandelt, gepufft, gestochen, hinausgezerrt worden. Auch den Gastwirten ist ein ungeheurer Schaden zugefügt worden; einem ist bis in seine

Privaträume hinein ein Gendarm gefolgt, um nachzusehen, ob da nicht einer wahlrechtspazieren geht. (Große Heiterkeit.) Die Schulleute, deren Erregung wegen ihrer ewigen Dienstbereitschaft man verstehen kann, haben das Publikum mit Ausdrücken wie „Hunde“, „Salunken“ usw. belegt. Das ist unerhört und in der Kulturwelt noch nicht dagewesen, daß die Polizei, welche für die Ruhe, Ordnung und Sicherheit Sorge tragen soll, planmäßig gegen Sicherheit und Eigentum der Bürger vorgeht. (Lebhafte Zustimmung und Unruhe.) Würde diese Polizei vor ein unparteiisches Schlichtungsgericht gestellt, sie würde zweifellos verurteilt werden. Noch böser ist man vorgegangen in der Umgegend des Parks selbst. Die paar Leute, die sie haben wegführen können, die ihrer Enttäuschung durch Ausdrücke wie „Blut Hunde“ usw. Ausdruck gegeben haben, sind vor die Gerichte gestellt, und dort hat man sich die größte Nähe gegeben, den Vorgang in seiner Totalität nicht durch Zeugenaussagen aufklären und darstellen zu lassen. Aber so viel ergibt sich doch auch aus den Zeugenaussagen, daß die Schulleute ohne jeden Grund mit Pferden in eine durchaus ruhige Menge hineingesprenzt und daß Leute dadurch ungeworfen und von Pferdeschufen getreten wurden, daß auf einer fast menschenleeren Straße ein Wachtmeister hat blank ziehen lassen, daß Leute aus den Häusern herausgeholt worden sind usw. Nicht nur am Schließlichen Tor sind Brutalitäten der Polizei vorgekommen. Welcher Grad von Freigebigkeit gehört dazu, in voller Bewaffnung gegen Wehrlose anzureiten, und welcher Grad von Niederträchtigkeit, hineinzuweichen, um etwa zu probuzieren! Die Stadt Berlin ist ja auch für die angerichteten Schäden veramtlich auf Grund des Gesetzes von 1850, so daß sie zum Protest doppelten Grund hat.

Die Polizeiausbreitungen haben aber nicht bloß im Osten, sondern auch anderswo stattgefunden. Der Polizeipräsident ist bekanntlich von den Sozialdemokraten „verlezt“ worden. Während seine Leute in Treptow warteten, waren die Spaziergänger im Tiergarten. Auch hier auf dem Königplatz usw. wurde auf absolut harmlos dahingehende Spaziergänger eingeritten und losgeschlagen. Polizeibeamte sagten: „Haben wir Euch endlich, Ihr Hunde, jetzt sollt Ihr aber triegen!“ Auch ein Offizier leistete sich ähnliches. Auf wehrlos Daliegende schlugen sie wie die Bandolen ein, womit ich die Bandolen aber nicht etwa herabschicken will. Ueber diese Vorgänge haben auch zahlreiche Nichtsozialdemokraten sich ausgelassen. Der Abg. Golthein hat erklärt, daß, wo die Polizei nicht eingriff,

alles in größter Ordnung verlief, daß aber das Verhalten der Polizeibeamten, die in die ruhige Menge hinein auf die Bürgersteige ritten, ganz unqualifizierbar war. Selbst Mecklenburger Freunde hätten ihm erklärt, solche Brutalitäten seien sogar für Mecklenburg unerhört. Ich verstehe, daß die so hineingefallene Polizei erregt war, aber das gibt ihr kein Recht dazu, die Bevölkerung Berlins so zu molestieren, wie es hier geschehen ist. Die Attade am großen Stern stellt sich als eine ganz sinnlose, direkt die Sicherheit gefährdende, provozierende Handlung der Polizei dar, welche Berlin in der Achtung des Auslandes herabsetzen muß; alle ständischen Zeitungen sind in ihrem Verdammungsurteil über die unsfähige Polizei und in der Anerkennung des Verhaltens der Massen einig. Sind wir demgegenüber nicht mit unserer Resolution zu zahm gewesen? Sollte nicht die strafrechtliche Verfolgung der Schuldigen beantragt werden? Aber dazu ist die Versammlung nicht da; die Staatsanwaltschaft aber ist verpflichtet, gegen alle strafbaren Handlungen vorzugehen. Wir haben also die mildeste Form gewählt, und auch ich persönlich bin bei meiner Begründung jeder Schärfe ausgewichen. Wer zugegen war, konnte nicht anders als sagen, daß dieses Verhalten der Polizei provokatorisch wirken mußte; und auch wer nicht zugegen war, muß empört sein über die Rechtsmache der Bevölkerung, wie sie hier geschah. Ich bitte Sie, unseren Protest einstimmig zu beschließen. Auch im Reichstag wurde das Verhalten des Polizeipräsidenten als rechtswidrig allerseits anerkannt. (Beifall auch auf der Zuhörertribüne.)

Es geht ein Antrag Cassel-Fried (Alte und Neue Linke) ein, den Magistrat zu ersuchen, durch geeignete Vorstellungen bei den Staatsbehörden dahin zu wirken, daß öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge, von denen

baren Segmaschine, der Linotype, sind jetzt 23 Jahre verfloßen; am 1. Januar 1910 betrug die Zahl der überhaupt in Gebrauch befindlichen Segmaschinen schätzungsweise 21 000. Davon entfällt der Löwenanteil auf die von der Bergenthaler Segmaschinenfabrik gebaute Linotype, von der circa 17 000 bisher verkauft wurden, die zum weitaus größten Teil auch noch in Gebrauch sind. Die in Berlin gebaute Typographmaschine hat es erst auf eine Ziffer von 3000 gebracht; die Monoline vermutlich erst auf einige Hundert. Die neueste Erfindung auf dem Gebiete der Segmaschinen ist die Monotype, die statt einer ganzen Zeile Einzelbuchstaben setzt und nicht. Es gehören zu einer kompletten Monotype eine Sieb- und eine Segmaschine, von denen zusammen gegenwärtig 5000 Exemplare im Gebrauch sein dürften. Das Blatt rechnet auch noch die Summen zusammen, die diese Maschinen gekostet haben und kommt zu dem Schluß, daß heute ein Kapital von rund 500 Millionen Mark in Segmaschinen festgelegt ist.

Humor und Satire.

Treptower Vogellied.

In Treptow konnte sich heiter Ein munteres Starenpaar. Es schwärmten die blauen Reiter; Da sprach der eine Star: „Ei sieh' doch, lieber Gefelle, Dort unten das Begeh, Welch schöne Parallele Zum Vogelfluggesetz. Uns schirmt mit Kind und Regel Die liebe Polizei, Nacht aus uns „freie Vögel“ Und die Menschen — vogelfrei!“

Notizen.

— Vorträge. Der Vortragsthema: Anleitung zum Betrachten von Kunstwerken, den Prof. G. Schubring in der Zeit vom 30. März bis 23. April von 6 1/2—7 1/2 Uhr im Schiller-Saal, Charlottenburg, hält, wird durch zahlreiche Lichtbilder erläutert. Abonnementshefte zu 3 M. in beiden Schiller-Theatern.

— Die Zahl der Abstinenten Deutschlands. Der Allgemeine Zentralverband gegen den Alkoholismus hat berechnet, daß die Anzahl der Abstinenten Deutschlands, die Anti-Alkoholvereine angehören, im Jahre 1900 98 270 Erwachsene und 22 839 Jugendliche betrug. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahre macht bei den Erwachsenen 14 170, bei den Jugendlichen etwa ein Drittel aus. Der „Alkoholgegner“ teilt dazu mit, daß bei dieser Aufstellung die zahlreichen Vegetariervereine, die Heilgymnastie und andere Organisationen nicht berücksichtigt sind; wären sie es, so würde die Gesamtzahl der Abstinenten Deutschlands mit einer Viertelmillion eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sein.

— Der Aufzug auf die Peterskuppel. Zur Feier des Rosenmontags des Papstes ist am 19. d. M. ein Aufzug auf die Peterskuppel eingeweiht worden. Der Aufzug ist in dem elliptischen Schacht der von Michel Angelo entworfenen Treppe angebracht und hat so schön Platz, daß man meinen sollte, Michel Angelo hätte mit dieser Einrichtung gerechnet. Die zu überwindende Höhe beträgt 44 Meter.







Unserem Genossen, dem  
 Zahlstellenleiter H. Kanowade  
 nebst Frau die herzlichsten  
 Glückwünsche zur Silbernen  
 Hochzeit und zum 50. Ge-  
 burtsstage.  
 Die Genossen des 50. Bezirks  
 Rixdorf, 48182

Unserem Genossen  
 Heinrich Kanowade und Frau  
 zur heutigen Silberhochzeit  
 und seinem 50. Geburtstage  
 die herzlichsten Glückwünsche.  
 Die Funktionäre des 5. Bezirks  
 Rixdorf.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
 für den  
**4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
 Frankfurter Viertel,  
 Bezirk Nr. 379.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Genosse, der Arbeiter  
**Karl Schöps**  
 Meinerstr. 5, gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, den 24. März, nach-  
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
 stelle des Zentral-Friedhofes in  
 Friedrichsfelde aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 216/14 Der Vorstand

**Deutscher**  
**Transportarbeiter-Verband.**  
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Kollege, der Möbelpacker  
**Karl Schöps**  
 am 20. März im Alter von  
 48 Jahren verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, den 24. d. M., nach-  
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
 stelle des Zentral-Friedhofes in  
 Friedrichsfelde aus statt. 67/15  
 Um rege Beteiligung wird ge-  
 beten.  
 Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher**  
**Transportarbeiter-Verband.**  
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Kollege, der Ausfuhr  
**Ferdinand Philipp**  
 am 21. März im Alter von  
 50 Jahren verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Freitag, den 25. d. M., nach-  
 mittags 5 Uhr von der Leichen-  
 stelle der Segengemeinde in  
 Weihenfelde, Gultau-Alldorf-Strasse,  
 aus statt. 67/16 Die Bezirksverwaltung.

**Verband der Maler,**  
**Malierer, Anstreicher usw.**  
 Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß der Kollege  
**Friedr. Seidenberg**  
 am 20. März verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, den 24. März, nach-  
 mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
 stelle des Weisemanns-Friedhofes  
 in Nordend aus statt.  
 129/2 Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband d. Maschinisten**  
**und Heizer, sowie Berufs-**  
**genossen Deutschlands.**  
 Verwaltungsstelle Groß-Berlin.

**Todes-Anzeige.**  
 Am 21. März verstarb unser  
 Mitglied  
**Karl Streubel.**  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 24. März, nachmittags 4 Uhr, dem  
 Trauerhause Landsberger Allee 144  
 nach dem Georgen-Friedhof, Lands-  
 berger Allee, statt. 145/4  
 Um rege Beteiligung bitte  
 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Bekannten,  
 Kollegen und Genossen hiermit  
 die trauernde Nachricht, daß unser  
 lieber, guter Kind  
**Marie**  
 im 18. Lebensjahr, durch einen  
 elenden Tod von uns gerissen  
 worden ist. 48212  
 Wir bitten als liebtverwandte  
 Eltern um stille Beileid, um  
 unseren großen Schmerz zu mildern.  
 Die Beerdigung findet am Frei-  
 tag, den 25. März, nachmittags  
 9 1/2 Uhr, von der Halle des neuen  
 Johanns-Friedhofes in Pflanzensee  
 aus statt.  
**Familie Bonitz.**

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.

**Nachruf.**  
 Den Kollegen zur Nachricht,  
 daß unser Mitglied, der Dreher  
**Hubert Tolxdorf**  
 am 20. März an Lungenleiden  
 gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß  
 unser Mitglied, der Formner  
**Paul Jonk**  
 am 21. März an Lungenleiden  
 gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Freitag, den 25. März, nach-  
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
 stelle des alten Thomas-Fried-  
 hofes in Rixdorf, Deumannstrasse,  
 aus statt.  
 Rege Beteiligung erwartet  
 113/12 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Maler,**  
**Malierer, Anstreicher usw.**  
 Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß der Kollege  
**Michael Schubert**  
 am 21. März verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet Domers-  
 tag, nachmittags 4 Uhr, von der  
 Leichenstelle des Weisemanns-Fried-  
 hofes in Niederschönhausen aus  
 statt. 129/3  
 Die Ortsverwaltung.

Am Dienstag, 21. März, um  
 morgens, verschied nach langem,  
 schwerem Leiden mein innig-  
 geliebter Mann, unser herzlich-  
 geliebter Vater, Schwiegervater,  
 Onkel, Bruder u. Schwager,  
 der Gastwirt 1342b  
**Paul Plaen**  
 im Alter von 50 Jahren. Dies  
 zeigt tief betrübt an im Namen  
 der Hinterbliebenen  
 Die trauernde Witwe  
 Emilie Plaen geb. Krausz u. Kinder,  
 Lützenstr. 133.  
 Die Beerdigung findet Freitag,  
 nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
 stelle des Georgen-Friedhofes,  
 Landsberger Allee, aus statt.

**Todes-Anzeige.**  
 Am Dienstag, den 22. März,  
 nachmittags 2 Uhr, entfiel nach  
 langem, qualvollem Leiden unser  
 herzlichgeliebter, hoffnungsvoller  
 Sohn, Bruder, Schwager und  
 Onkel  
**Emil Königsberg**  
 im vollendeten 30. Lebensjahre.  
 Mit der Bitte um stille Teil-  
 nahme im Namen der trauernden  
 Hinterbliebenen  
**Familie Königsberg**  
 Rheinsberger Str. 34.  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 26. März, nach-  
 mittags 2 1/2 Uhr, auf dem Süd-  
 west-Friedhof in Stahnsdorf statt.

**Nachruf.**  
 So schlief denn wohl, schlief wohl  
 in Frieden,  
 Du gingst, Du mußtest von uns  
 gehn,  
 Doch was Dir ewig bleibt, ist  
 uns're Liebe  
 Du wirst Dich nie von uns ver-  
 gessen sehn.  
 Gedächtnis von einem treuen  
 Freunde  
 48222 **Willy Schmidt.**

Für die vielen Beweise herz-  
 licher Teilnahme, sowie die zahl-  
 reichen Kranzspenden bei der Be-  
 erdigung meiner untergegangenen  
 Frau  
**Marie Förster**  
 den Verwandten, Bekannten, Ge-  
 nossen sowie dem Glangereim  
 Schneeglöckchen meinen herzlichsten  
 Dank.  
**Oswald Förster.**

**Danksagung.**  
 Zurückgekehrt vom Grabe unseres  
 lieben Sohnes  
**Rudolf**  
 sagen wir allen unseren lieben  
 Freunden und Bekannten für die  
 herzliche Anteilnahme und den reichen  
 Blumenkranz unseren aufrichtigen  
 Dank. 48202  
 Rixdorf, am 23. März 1910.  
**Reinhold Käthe u. Frau.**  
 Goldhändler  
**Ausverkauf**  
 wegen Geschäftsverlegung meines  
 großen Lagers in  
**Monats-Garderoben**  
 sowie neuer Maßhaken:  
 Anzüge, Paletots u. S. - M. an  
 für jede Figur passend.  
 Gutes Arbeitskleidung.  
 Kirschenbaum,  
 155. Brunnenstraße 155.  
 (ab 1. April: Lindenstr. 247.)

**Karl Schneidt**  
 der Herausgeber der „Zeit am Montag“ und „Tribüne“  
 bringt heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr,  
 in der  
 „Neuen Welt“, Hasenhöhe, 234/3  
 über das Thema:  
 „Die Revolution des 18. März“.  
 Eintritt frei! Frauen willkommen!

**Elegantes Aussehen - Gute Passform**  
**Haltbarkeit - Billiger Preis**  
 Diese scheinbaren Gegensätze finden Sie im Salamander-  
 Stiefel vereinigt. - Fordern Sie Musterbuch. V



Einheitspreis M. 12.50  
 Luxus-Ausführung M. 16.50

**Salamander**  
 Schuhgen. m. b. H., Berlin

W. 8 Friedrich-Strasse 182  
 C. König-Strasse 47  
 SW. Friedrich-Strasse 221  
 C. Rosentaler Tor  
 W. Potsdamer Strasse 5  
 NW. Wilsnacker Strasse  
 Ecke Turm-Strasse 9  
 W. Tauentzien-Strasse 15  
 N. Bad-Strasse 20  
 Spandau, Breits-Strasse 20  
 Steglitz, Schloss-Strasse 20

Neuerschienen sind:  
**Biblische Geschichten**  
 Beiträge zum geschichtlichen  
 Verständnis der Religion.  
 Von  
**Max Maurenbrecher.**  
 Jedes Heft 1 M.  
 Vereinsausgabe 40 Pf.  
 Jedes Heft ist für sich abgeschlossen.  
 Heft 1: Schöpfungsgeschichten. Die  
 verschiedenen Schöpfungsgeschichten  
 der Bibel. - Die Geschichte von  
 Adam und Weib. - Die Geschichte  
 vom verlorenen Paradies. - Die  
 Geschichte von der Schöpfungswoch.  
 Heft 2: Sünden- und Strafgeschichten. Er-  
 zählungsgeschichtliche. - Die Sünden-  
 geschichten. - Israel und Baby-  
 lonien.  
 Heft 3: Erzvätergeschichten. Abra-  
 ham. - Isaac. - Jacob. - Joseph.  
 Heft 4: Mosegeschichten. Der Aus-  
 zug aus Ägypten. - Mose. -  
 Der ursprüngliche Jahwe.  
 Heft 5: Das sogenannte Gesetz  
 des Mose. - Die zehn Gebote. - Das große  
 Reformgesetz. - Das Gesetzbuch  
 des Mose.  
 Heft 6: Die Propheten. (Stimmen  
 der Entschiedenheit der israeli-  
 tischen Religion.) - Borgeklärte.  
 - Mikrael. - Opposition. - Die  
 großen Propheten.  
 Heft 7: Die Entdeckung des Juden-  
 tums. Die Sammlung in Baby-  
 lonien. - Die Rückkehr nach Jeru-  
 salem. - Der entscheidende Sieg  
 der Priester. - Uebergang zum  
 Neuen Testament. 215/16\*  
 Heft 8: Auferstehungsgeschichten.  
 Berichte. - Lasseten. - Legenden.  
**Expedition des „Vorwärts“**  
 Berlin SW. 68  
 Lindenstraße 69 (Laden).

**Eszet**  
 Cigarette  
 ohne Streichholz  
 zu entzünden!

„Eszet“ ist unentzündlich bei stür-  
 mischem Wetter.  
 „Eszet“ ist unentzündlich für Jagd,  
 Sport und Seereisen.  
 „Eszet“ ist unentzündlich für jeden  
 Raucher, der sich viel im Freien  
 aufhält.  
 „Eszet“ entzündet sich an einer an-  
 derer Schachtel befindlichen Reiß-  
 fische wie ein Streichholz.  
 „Eszet“ ist frei von jedem fremden  
 Geschmack und Geruch.  
 „Eszet“ ist hergestellt aus den  
 feinsten türkischen Tabaken.  
 „Eszet“ wird deshalb von Quali-  
 tätsrauchern bevorzugt.  
 „Eszet“ ist zu haben in Hoch-  
 packungen à 20 Stück von 2 1/2  
 bis 20 Pf. pro Stück.  
 „Eszet“ ist in Spezial-Zigarren-  
 geschäften zu haben.  
**Cigarettenfabrik**  
**VIOLA-COMPAGNIE**  
**HAMBURG 6.**  
 Generalvertretung für Berlin:  
 Scheier & Löwenberg, Hohl-  
 broanner Str. 19. Tel. VI. 16730.

**Dr. Schünemann**  
 Spezialarzt für Haut- und Harnleiden,  
 Frauenkrankheiten,  
 Friedrichstr. 203. Oder Schützenstr.  
 Wochentags 10-2, 5-7.

**Möbel**  
 liefert auf  
 bequeme  
 Teilzahlung  
 bei kleinster Anzahlung in be-  
 kannter Güte  
 (mit größter Rücksicht bei Krank-  
 heit und Arbeitslosigkeit)  
**E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.**

**Dänischer Kautabak**  
**M. Hansen jun., Hadersleben.**  
 Generalvertrieb:  
**Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königsstr. 70.**  
 Am 7. VII. 3047.

**TYPOGRAPHIA.**  
 Die Generalprobe zu dem am 60/13  
 Sonntag, 27. März 1910 (1. Osterfeiertag)  
 stattfindenden  
**KONZERT**  
 in der „Neuen Welt“, Hasenhöhe 108-114,  
 findet umständehalber am  
 Karfreitag, 25. d. M., vormittags präzise 1/9 Uhr,  
 in Kubes Festsälen, Alte Jakobstr. 75, statt.

**Restaurant zu den Rathenshären** Mahlsdorf  
 a. Ostbahn,  
 Inhaber: **Karl Linke, Grunowstraße,**  
 empfiehlt den geehrten Vereinen und Ausflüglern seine sämtlichen Räume  
 zur Benutzung. Schöner Garten. Großer Saal. Gute Küche.  
 48172 **Karl Linke.**

**Trapps Festsäle, Tegel** direkt  
 am Bahnhof  
 Inhaber: **Max Gamm.**  
 Empfehle meinen verehrten Genossen mein Etablissement besonders zu  
 Ausflügen. Großer Garten. Vier Kegelbahnen. Gute billige Küche. Raffle  
 pro Liter 70 Pf. **Max Gamm, Restaurateur.**

**Arbeiter-Wanderbund**  
 „Die Naturfreunde“.  
 Wanderfahrten am  
 25. März (Karfreitag):  
 I. Ludwigfelde - Mauer Berge -  
 Wittenberg. Abfahrt: Anhalter  
 Bahnhof 6 30 Uhr.  
 II. Vietowwerder - Hohenhörn-  
 ping - Spandau. Abfahrt: Stehliner  
 Bahnhof 6 30 Uhr.  
 Chiem  
 (ein- bis fünf-tägige Touren):  
 I. 4-5 Tage v. 25. bis 29. März.  
 Wittenberg - Wäditz - durch den  
 Hainberg (Wiesenburg, Hasenstein usw.)  
 - Rüterberg - Kloster Sima - Zuden-  
 molde. Abfahrt: am Karfreitag  
 früh 5 30 Uhr vom Anhalter  
 Bahnhof bis Wittenberg.  
 II. 2-3 Tage v. 27. bis 29. März.  
 Wiesenburg - durch den Hainberg u.  
 weiter wie oben. Abfahrt: 27. März,  
 früh 4 1/2 Uhr ab S. G. i. e. Bahnhof,  
 4 1/2 Uhr ab Charlottenburg  
 bis Wiesenburg.  
 III. 5 Tage vom 25. bis 29. März.  
 Tannenwalde - Hainberg - Kloster  
 Dammhagen - Tschöden - Tschöden-  
 Thomsdorf - Feldberg - Steinmühle -  
 Terrahn - Streblitz. Abfahrt: am  
 Karfreitag früh 5 30 Uhr ab Stei-  
 tiner Fernbahnhof bis Tannen-  
 walde.  
 IV. 3 Tage vom 27. bis 29. März.  
 Sychen und weiter wie unter III.  
 Abfahrt: 1. Feiertag früh nach  
 Sychen (Fürstberg umsteigen).  
 27. März:  
 VI. Groß-Weiden - Tornow (S. d. H.)  
 - Wandsdorf. Abfahrt: S. d. H. i. e.  
 Bahnhof 7 Uhr, ab Johannisdorf  
 7 30 Uhr. (1/4)

Ziehung 11. u. 12. Mai  
**Berliner**  
**Arbeits-**  
**stätten-**  
**Lotterie**  
 Gesamtbeitrag der Gew. Mark.  
**50000**  
 1227 Gew. von 5 bis 2000 Mark  
**30000**  
 a. die Hauptgewinn Mark.  
**20000**  
 Originallose à 2.- Mark.  
 Porto u. Liste 30 Pf. extra,  
 empfiehlt und versendet das  
 General-Debit  
**G. Dischalis & Co.,**  
 Bankgeschäft,  
 Berlin C. 2, Königsstr. 34-36.  
 Auch zu haben in sämtlichen  
 Lotterie- und Zigarrengeschäften.

**Paul Schröder**  
 Restaurant Sport-Ecke  
 Karolinenhof bei Grünau.

Wer heiraten will  
 Wer Zimmer vermieten  
 will  
 Wer seine Wohnung  
 verändern will  
 Wer Möbel u. Postfer-  
 waren benötigt  
 Wer Spiegel und Uhren,  
 Wer Bettstellen und  
 Matratzen  
 Wer Betten, Gardinen,  
 Teppiche  
 Wer Herren- u. Damen-  
 Garderobe braucht  
 Wer streng reell bedient  
 sein will 48172\*  
 der laufe auf

**Husten**  
 besoi-  
 Kaiser's Brust-  
 tigen Caramellen.  
 Aerztl. erprobt bei Husten, Heiser-  
 keit, Keuch- 5500 nos. begl. Zeug-  
 nissen etc. nissa beweisen  
 den sicheren Erfolg. Paket 30 Pf.  
 Dafür aus anderen Rücksichten als  
 angeblich „besser“ Angeboten  
 weiss energisch zurück. Zu haben  
 in Apotheken und Drogerien.  
 Engros-Lager  
**Rich. Thiele,**  
 Berlin S. 61, Bärwaldstr. 8.  
 Telephon: IV, 19. 1147\*

**Kredit**  
 bei  
**A. Kretschmann & Co.**  
 Berlin O.  
**Koppenstr. 4**  
 (Gde. Madalistr.)  
 am Schlesischen Bahnhof.  
 Nächstes Kredithaus  
 der östlichen Vororte.  
**Lieferung frei Haus.**

**Nathan Wand**  
 129 Stalher Str. 129.  
 Die schönsten  
**Herrn-Frühjahrs-Paletots**  
 und Anzüge in neu  
 sowie (regien)  
**Monats-Garderobe**  
 von Cavalieren getragene Sachen,  
 fast neu, für jede Figur passend,  
 (regien) Kaufausgabe sind in  
 großer Auswahl (regien) zu staunen  
 billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand**  
 129 Stalher Str. 129.  
 Hochachtungsvoll Kottbuser Tor.  
 Bitte auf Hausnummer zu achten.

**MAMLOK**  
 im 1. Stock  
 Alexanderstr. 35  
 (kein Laden).  
 Meine Spezialitäten:  
 Damen-Goodyear-  
 Stiefel à 9,75  
 Herren-Goodyear-  
 Stiefel à 10,75  
 sind unerkant  
 vorzüglich!

**MAMLOK**  
 im 1. Stock  
 Alexanderstr. 35  
 (kein Laden).  
 Meine Spezialitäten:  
 Damen-Goodyear-  
 Stiefel à 9,75  
 Herren-Goodyear-  
 Stiefel à 10,75  
 sind unerkant  
 vorzüglich!





# Saman Tee

viel billiger als Kaffee

*Versüßtes! Auf der Welt gibt es keinen süßeren Genuss als diesen! Goldfarb nicht zu verwechseln!*

**Gesundheitstabak.**  
**J. Goldfarb.**  
**Preuss. Stargard.**  
 D.R.W.Z. 10052

Health snuff tobacco.  
 Tabac à priser de santé.  
 Tabaka do zazywania dla zdrowia.  
 Tabacco da naso alla salute.



**W. Zapel**  
 Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.  
 Größtes Spezial-Geschäft  
 für Seiden- und Filzhüte.

**Brauerei Friedrichshain am Königstor.**

Größerer Konzertsaal Berlin.

Son. 27. März (1. Osterfeier) bis zum 3. April:

**Paul Lincke-Woche**  
unter persönlicher Leitung des populären Komponisten **Paul Lincke.**

Anfang an Sonn- und Festtagen 6 1/2 Uhr, wochentags 8 1/2 Uhr. Entree 50 Pf., reduzierter Platz 75 Pf.

Billetts im Vorverkauf zu ermäßigten Preisen (40 resp. 60 Pf.) bei Zucht, Ammannstr. 12, Sahnisch, Auguststr. 60, und Waan, Petersburger Platz 4.

Die reellsten und billigsten

## Möbel

and Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassapreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbelfabrik unter 10jähriger Garantie

**A. Schulz,** Reichenberger Straße 5.



**Servus**  
**Bester Schuh-Putz**  
 Überall zu haben in Dosen 10 u. 20 Pf. Fabrik: Lubaszynski & Co., Berlin NO.

## Königsbank

117 Gr. Frankfurter Str. 117  
 Elegante renovierte Festäle mit Bühne (elektrisches Licht). Für Gemerkschaften, Vereine, welche 600 Personen stellen, habe ich Sonnabende an jeder Jahreszeit frei. Während der Sommermonate Juni, Juli, August gebe meinen großen Garten (600 Personen fassend) mit erstklassiger Herrensocietät gratis.  
**1. Weihnachtsfeiertag noch frei.**  
 Um werbe Bestellung bitten **Carl Brauer,** Am 7, 8142.

## Ortskrankenkasse f. d. Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Wir teilen den Herren Arbeitgeber und den Kassennützern hierdurch ergebenst mit, daß die in der Generalversammlung vom 4. November 1909 beschlossene

### 15. Abänderung des Kassenstatuts

unter dem 8. März 1910 die Genehmigung des Bezirksausschusses zu Berlin erhalten hat und mit dem 28. März d. J. in Kraft tritt.

Durch diese Genehmigung werden die Mitglieder nach ihrem Arbeitsverdienst nicht wie bisher in fünf, sondern in sechs Klassen eingeteilt. Die Grenze des Arbeitsverdienstes bleibt für die ersten vier Klassen unverändert. Für die fünfte Klasse ist dieselbe: mehr als 24,00 M. bis einschließlich 30,00 M. wöchentlich. Zur sechsten Klasse gehören alle versicherungspflichtigen Mitglieder, deren Arbeitsverdienst mehr als 30,00 M. wöchentlich beträgt.

Der durchschnittliche Tagelohn bleibt für die ersten vier Klassen unverändert. Für die fünfte Klasse ist er auf 4,50 M. und für die sechste Klasse auf 5,00 M. festgelegt.

Auch die Kassenbeiträge bleiben für die ersten vier Klassen unverändert. Für die fünfte Klasse beträgt derselbe jedoch nicht mehr 1,05 M., sondern 1,20 M., und für die sechste Klasse 1,32 M. wöchentlich.

Als Krankenunterstützung wird im Falle der Erwerbsunfähigkeit, falls sie länger als zwei Wochentage dauert, nur noch die Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes als Krankengeld gezahlt; ein Mehrbetrag (60 Proz.) kann in Zukunft nicht mehr zur Auszahlung kommen.

An den Fällen, in welchen auf Veranlassung des Kassenvorstandes Krankenpflege eintritt, erhalten diejenigen Mitglieder, welche den Unterhalt von Angehörigen aus ihrem Arbeitsverdienst nicht bestreiten haben, den achten Teil des durchschnittlichen Tagelohnes als Krankengeld. Mitglieder welche Angehörige haben, deren Unterhalt sie bisher aus ihrem Arbeitsverdienst bestreiten, erhalten den vierten Teil des durchschnittlichen Tagelohnes, und wenn sie bei ihrer Erkrankung ein Jahr lang ununterbrochen der Kasse angehört haben, die Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes für diese Angehörigen.

Berlin, den 22. März 1910.  
Der Vorstand.  
J. Blenz, Vorsitzender. O. Wollzki, Schriftführer.

## Lassen Sie sich nicht täuschen!

Verlangen Sie nur die anerkannt besten  
**Kautabake**

von  
**G. A. Hanewacker, Nordhausen.**  
 Nur echt in 10 Pfennig-Rollen  
 " " " 5 Pfennig-Stangen  
 Twist nur echt mit Kopfbild.

Achten Sie auf den Einlagezettel mit Firma in jeder Rolle und in jedem Bunde Stangen.

**G. A. Hanewacker, Nordhausen.**

Weisen Sie Nachahmungen zurück.

## Möbel

Sie erhalten für

- 3 Bettstellen
- 1 Kleiderschrank
- 1 Spiegel
- 1 Spiegelspind
- 1 Tisch
- 2 Stühle
- 1 Küchenschrank
- 1 Kochutensil
- 1 Küchenschub
- 1 Küchengerät

**15** Mark Anzahl.

- 3 Bettstellen
- 2 Matratzen
- 1 Kleiderschrank
- 1 Wäschespind
- 1 Zentimeter
- 1 Sofa
- 1 Tisch
- 4 Stühle und
- 1 farbige Küche

**35** Mark Anzahl.

Bemerkt empfohlen:  
 Moderne Schlafzimmer  
 Moderne Speisezimmer  
 Moderne Wohnzimmer  
 Moderne Herrenzimmer  
 in jeder gewünschten Holz- und Stilart.

Anzahlung 40-60 M.  
 Einzelne Möbelstücke und Polsterwaren  
 Anzahlung .. 3 Mk.  
 Wochenrate .. 1 Mk.

**Gebr. Lieber**  
 Alexanderstr. 16  
 Brief an Vgl. Jannowitzstraße.  
 Morgen v. 8-10 u. 12-2 geöffnet.

## Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage, dicht an der Potsdamer Straße, 4409L  
 gegründet 1898

gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen **monatliche Teilzahlung** unter sehr kulantem Bedingungen. Große Auswahl in einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei **langjähriger Garantie** für gute Haltbarkeit. **Billigste Preise.** Ueberteuerung ausgeschlossen, da **an jedem Stück der Preis in Zahlen** deutlich vermerkt ist. — Anzahlung bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 60-80 Mark. Monatliche Zahlung 10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet.

**Kein Abzahlungs-Geschäft.**

## Cigarren-Händlern

bequemsten Einkauf zu billigsten Preisen bietet das größte und reichhaltigste ausgestattete  
**Tabak-, Cigarren- u. Cigaretten-Engros-Lager**  
**Carl Röcker, Berlin O. 27,**  
 Grüner Weg 112 (Fernspr. VII 3861).

Essenzien folg. Marken & Original-Fabrikpreis von 100 St. an einer Sorte:  
 Berliner Marken: Garbat, Herbst, Joletti, Kanak, Problem, Phänomen, Kapitän, Corinn Schloss, Graf von Königsmark, Fredy, Dresden Marken: Salem Melsum, Luna, Bolero-Jenish, Neunton, Laferme.

Primer: Egyptian Comp., Österreichische und ungarische Regie-Tabake usw.  
 Generalvertrieb für Deutschland der **dänischen Kapitän-Kautabake,** Rauch- und Schnupftabake; Hauptniederlage der Kautabak-Fabriken **G. H. Hancock** und **Grimm & Triepel** in Nordhausen; **Brödr. Braun** in Rendsburg, **Joh. Dannehl, Ralsow,** sowie **J. Goldfarb's Schnupftabake, Dr. Stargard.**

Bei Neuanschaffungen von Cigarren-Geschäften bitte mein bestsortiertes **Cigarren-Engros-Lager** zu beschließen. Ich führe nur gutgelagerte, feinste Qualitäten in allen Preislagen. 46762

## Hagenbruch's Kautabak

ist der Beste,  
 nur echt mit Firmenzettel  
 „Hugo Carl Hagenbruch, Kautabakfabrik, Mühlhausen i. Th.“  
 Vertreter: **Aug. Kleinert, Berlin SW. 47,**  
 Am 8, 10560. Großbeerstraße 30.

## Wilhelm Crahé

Wrangelstr. 81 u. 65.  
 Mehl- u. Kolonialwaren \* Kaffee-Rösterei  
**Margarine.**

## Für Ausflügler

empfehlen wir:  
**Wanderbuch für die Mark Brandenburg**  
 3 Teile, mit 55 Karten.  
 Erster Teil: Nähere Umgebung Berlin Preis 1,50 M.  
 Zweiter Teil: Weitere Umgebung Berlin, westliche Hälfte Preis 2 M.  
 Dritter Teil: Weitere Umgebung Berlin, östliche Hälfte Preis 2,50 M.

## 100 Ausflüge um Berlin

von Georg Siegerist.  
 Mit 20 Karten. — 2,- M.  
**Märkische Wanderrfahrten.**  
 Von Georg Siegerist.  
 Mit 10 Karten. — 1,50 M.  
 Reichhaltiges Taschenatlas der Umgegend Berlin, mit 100 Ausflügen. — 2,- M.  
 Das kleine Wanderbuch. 100 beliebige Ausflüge von Berlin. Mit 20 Karten und 20 Abbildungen. — 1,- M.  
 Pharus-Wanderroute „Rund um Berlin“. — 1,50 M.  
 Spezialkarten in welcher Auswahl und in allen Preislagen vorrätig.  
 Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

## Hygienische Knaben- und Jünglings-Garderobe

fertig u. nach Maß am billigsten und reellsten in der Fabrik  
**Koppenstr. 85, part.,**  
 2 Minuten v. Schles. Bahnhof.  
**Karl Hustädt.**



Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am ersten Ostertage finden in Lankwitz in „Hegnes Festale“, Joh. Gutsche, Kaiser-Wilhelm-Str. 20-31, und im Restaurant „Dohn“, Kaiser-Wilhelm-Str. 34, Theater-Abende statt. Da beide Lokale der Arbeiterkass nicht zur Verfügung stehen, eruchen wir, diesen Veranstaltungen fern zu bleiben. Als Ersatz empfehlen wir den am gleichen Tage stattfindenden Kunstabend in dem freien Lokal von Ebel, Mühlenstraße 9, daselbst.

Dieserigen Vereine und Parteigenossen, die auf ihren Ausflügen und Partien Kowames und Wannsee besuchen, eruchen wir auf Wunsch der dortigen Genossen, in Kowames das Lokal Max Singers Volksgarten, Brickerstr. 31, und in Wannsee das Restaurant „Fürstenhof“, Joh. Philipp, Königsstr. 40, besonders berücksichtigen zu wollen.

Auf mehrere Anfragen teilen wir an dieser Stelle mit, daß das Lokal von Robert Riedel, Neue Mühle, der Arbeiterkass nicht zur Verfügung steht. Herr Riedel verzichtet auf den Besuch der organisierten Arbeiterkass und eruchen wir daher ganz besonders die Vereine, bei Arrangierung ihrer Partien dies besonders zu beachten.

Folgende Lokale sind frei: Nordend: Peter Thomsen, Mianenfelder Str. 20; Biedorf-Süd: Cyner's Gesellschaftshaus. Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß das Lokal „Neuer Krug“ a. d. Obersee, Inhaber: Louis Neumann, frei ist. Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis. Am Karfreitag findet eine Herrenpartei verbunden mit Besichtigung der Begräbnisstätte Clara Müller-Jahnes statt. Treffpunkt 8 Uhr am Schiffschiffen Bahnhof (auf der Seite, wo die Umergrundbahn abfährt); Abfahrt 8.23 nach Rahsdorf. Für Nachzügler bis 1/2 11 bei Witwe Klemm (Rahsdorfer Mühle). Der Vorstand.

Sechster Wahlkreis. Wie üblich, so findet auch in diesem Jahre am Karfreitag die übliche Parteipartei statt. Treffpunkt früh 9 Uhr im Restaurant „Rohr-Trappe“, Westend, Spandauer Chaussee. Von da ab: Ebnarisch um 10 Uhr nach Bickelswerder zum „Alten Freund“. Zahlreiche Beteiligung ist erwünscht.

Die Genossen Moabits treffen sich um 8 Uhr bei Rischlowski, Weußelstr. 9.

Wickets zu der Vorstellung in den Pharus-Sälen am 24. März sind nur noch zu haben bei Riehl, Fehmarstr. 8, Glawe, Liebenwalder Str. 4, und Meiser, Wiesenstr. 29. — Die Wickets zu der Matinee bei Vasshammer müssen bis Freitag abgerechnet sein. Wickets sind dann nur noch erhältlich bei Gohmann, Badstraße, Ecke Grünhaller Straße. Der Vorstand.

Bris-Budom. Heute Abend 1/8 Uhr findet bei Jilz eine außerordentliche Vereinsversammlung statt. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Friedrichsfelde. Für Karfreitag hat der Wahlverein eine Parteipartei geplant. Treffpunkt morgens 1/2 8 Uhr bei Genossen Sudbrink, Berliner Str. 88.

Vogelagen-Kummelburg. Der hiesige Wahlverein veranstaltet am Sonntag, den 27. März (ersten Ostertage), in „Café Bellevue“ ein Frühjahrsfest, bestehend in Konzert, humoristischen Vorträgen, Theater und Tanz. Anfang nachmittags 8 Uhr. Eintrittskarten a 20 Pf. sind bei sämtlichen Bezirksführern wie in der „Vorwärts“-Expedition, Alt-Vogelagen 66, und beim Genossen Otto Jahn, Karlsborner Str. 1, zu haben. Der Vorstand erucht die Mitglieder mit ihren Angehörigen um recht rege Beteiligung an diesem Vergnügen. Der Vorstand.

Strausberg. Am Sonnabend, den 26. März, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Potsdam. Der Wahlverein veranstaltet am zweiten Ostertage (Montag) im „Viktoriagarten“, Alte Luisenstraße, ein Vergnügen, bestehend in Abendunterhaltung und Tanz. Eintrittskarten vorher bei den Bezirksführern.

Spandau. Am Karfreitag veranstaltet der Wahlverein eine Parteipartei nach Börsow über Hennigsdorf. Der Abmarsch erfolgt früh 7 Uhr vom Genossen Karl Gottwald, Schönwalder Str. 60. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Mappen.

Ein großer Humorist behauptet, es könnten kaum mehr so viele Ochsen geboren werden, um abgezogene Felle für Mappeneder herbeizuschaffen. Heute läuft fast schon jeder dritte bürgerliche Mensch mit einer Mappe bewaffnet herum. Zwischen manchem Träger der Mappe und ihrem vierbeinigen Lieferanten soll sogar eine innige Seelenverwandtschaft bestehen. Das bloße Tragen einer Altenmappe kann jedenfalls nicht immer als Beweis einer größeren Portion Hirnschmalz gelten. Sonst müßten ja auch die dreihundert Junker, die jetzt alltäglich gravitätisch nach dem Dreiklassenparlament stelzen und jeder einzelne mit einer rindsledernen Mappe antanzen, über so etwas wie Geist verfügen. Bei diesen vom blinden Glück, nicht von der Natur bevorzugten Extramenschen „Geist und Grazie“ voraussetzen zu wollen, wäre geradezu eine Beleidigung für sie. Sind es nicht in ihrer Art Teufelskerle? Haben Stroh im Schädel und dreschen Korn, breunen Spiritus und haben keinen Geist. Die Gegenstände berühren sich... und die feinste, modernste Altenmappe in solchen fleischigen Händen verkleugt niemals ihre Abhammung.

Wie den Vogel an den Federn, so erkennt man an der Mappe schon beinahe den Beruf des Menschen, mitunter selbst seinen Charakter. Wer in der neunten Morgenstunde bis zum Schluß des akademischen Viertels vor zehn die nach dem Stadtmännern führenden Straßenbahnlinien bemut, steht eine ganze Mappengalerie aufmarschiert. Rote, gelbe und schwarze, geschwollene und schwindliche, mit und ohne Nadelstich. Alles fleißige Beamte, die im Ministerium oder sonstwo dreimal frühstücken, fünfmal das Geheimkabinett aufsuchen, zehnmal Zwiesprache halten und dabei soviel Arbeit liegen lassen, daß sie dieselbe in der Mappe nach den heimischen Bemalen schleppen müssen. Und da will sich die Deffentlichkeit noch entrüsten, daß diese zum Rangleirat oder gar zum Geheimrat avancierten ehemaligen königlichen preussischen Unteroffiziere und Ritter an der großen Staatskrippe zu hoch besoldet sind und ihr Gehalt nicht verdienen? Ein Vereant allen Nörglern und Kritikern! Die Mappe beweist es ja, daß diese geplogten Sinecuranten noch ihr bißchen freie Zeit zur Hausarbeit für den Staat hergeben müssen. Na ja doch, mancher Arbeitseifer ist echt. Das sind die Streber, die die Arbeit anderer mitteilen und Karriere machen oder frühzeitig überarbeitet ins Grab heißen, wenn sie in die Mappe ihre Gesundheit hineinpacken.

War die Renommiermappe einst Vorrecht des beamteten Preußen, namentlich auch des Steuererhebers und des Gerichtsvollziehers, so ist sie heute längst Allgemeingut geworden. Der in nervösem Tempo über die Straße hastende Rechtsanwalt ist ohne Altenmappe, aus der die gelben Aktendeckel mit den Namensschwängen indiscret hervorlugen, kaum denkbar. Und sein jüngster Schreiberknecht, der ein zweites Exemplar nach dem Gericht schleppt, kommt sich in dieser Rolle fürchtbar wichtig vor. Der erste Schritt zum — Linksanwalt, Kaufleute, Bankiers, Börseaner, Kassenboten, Lehrer, Künstler, Schriftsteller — alles schleppt sich mit Mappen jeglichen Formats. Denn wir leben ja im Zeitalter des beschriebenen Papiers. Was an Arbeit und Mühe, an Talent und Ehrgeiz, an Not und Elend in allen diesen Mappengeheimnissen schlummert... es geht auf keine Kuhhaut, ist ein Meer von Leidenschaften.

Zum Glück birgt die moderne Straßenmappe auch noch andere als bloß papierne Delikatessen. Oft recht harmlose Dinge, die den Anschein der tiefgründigen Gelehrsamkeit des Trägers erwecken sollen. Wie manche „Rufmappe“ ist mit Makulatur gefüllt, mit Hintertreppenliteratur oder gar mit ausgekauften — Frauenhaaren. Urförmlich wirkt es und Heiterkeitsstürme erregt es unter den verständnisvoll grinsenden Beobachtern, wenn solche Mappe aus der „gelehrten“ unversehrt eine „gelehrte“ wird. Es muß auch solche Renommierhelden geben. Sehr realen Untergrund hat dagegen die Frühstücksmappe. Mancher und manche schleppt im Rindsleder ein ganzes Tagesmenü mit noch dem Geschäft, vom gemahlten Kaffee bis zum Eisbein und Rindfleisch. Und es fehlt etwas in unserer aus dem vollen Menschenleben gegriffenen Skizze, wollten wir die Jugend vergessen mit ihrer Schulmappe. Man hat vergebens versucht, dieses Schulrequisit auszumergen unter Hinweis auf gesundheitliche Störungen in den besten Entwicklungsjahren. Freudentum müssen doch die Kinder auf dem Schulwege ihre von Jahr zu Jahr sich mehrenden Lehrmittel lassen. Der Schultornister hat sich leider fast ganz überlebt, ist nicht mehr fein genug. Wieder läßt man die Jugend die schwere Schulmappe einseitig tragen und tounder die Frage, wenn die Kinder schlief werden, ehe sie noch in die Kremlmühle des Erwerbslebens gespannt sind.

Der Verkauf des Aufmarschgeländes.

Gestern mittag ist, wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, im Kriegsministerium der Vertrag über den Kauf des Aufmarschgeländes formell abgeschlossen worden. Vom Berliner Magistrat begab sich Magistratsrat Dr. Franz als städtischer Urkundsbeamter in das Kriegsministerium. Der Kaufpreis beträgt für das zehn Hektar große Terrain 68 Millionen Mark. Ein Bebauungsplan ist für einen Teil des Aufmarschgeländes bereits aufgestellt worden und wird den Magistrat demnächst beschickten. Danach wird der Viktoria-park, den Vorschlägen des neuen Gartendirektors Proberßen entsprechend, nur auf der südlichen Hälfte des Aufmarschgeländes in der Richtung nach Westen verlängert. Der nördliche, kleinere Teil des anliegenden Geländes wird bebaut; eine Wohnstraße zieht sich in der Verlängerung der Großenbeerenstraße nach dem Tempelhofer Feld hin. Die Gemeinde Tempelhof wird ihren Bebauungsplan für das Tempelhofer Feld etwas ändern müssen, da in ihrem Entwurf die Mödernerstraße gradlinig nach dem Tempelhofer Feld verlängert worden war. Die Vorlage wird jetzt den Stadtverordneten zugehen.

Hokusfokus.

Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, ein wie großer Teil der Arbeiterschaft noch immer zu den Abkommen der bürgerlichen Presse zählt und damit seine eigenen Bestrebungen in demselben Maße schädigt wie er die der Gegner unterstützt. Dieser Hinweis kann nicht oft genug wiederholt werden. Braucht man doch z. B. nur den Unterhaltungsbeis eines vielgelesenen lokalen Blattes zur Hand zu nehmen, um zu staunen, in welcher gerissener und doch so plumper Weise den Leuten da die rückständigsten Anschauungen eingedrückt werden. Ein würdiges Pendant zu diesem Blatte ist nun die in der „Deutschen Verlagsanstalt“, Lindenstraße 26, erscheinende „Berliner Hausfrau“, Schriftleitung Dorothee Soebeler. Diese nicht nur in bürgerlichen, sondern — leider — auch in Arbeiterkreisen weitverbreitete Wochenchrift hätte es wohl trotz der „7 Pfennig die Woche“ und der „Koffeestunden“ unter Mitwirkung „bewährter Künstler“ nicht auf die Auflage von einer viertelmillion gebracht, hätte sie dabei nicht die Unterstützung der Arbeiterfrauen gefunden, die sie nun systematisch zu verblöden und zu verdamnen sucht. Soweit ihr das selbst nicht gelingt, wird sie darin treulich von der im selben Verlage erscheinenden „Deutschen Warte“ unterstützt. Abgesehen von dem redaktionellen Teil, in dem der leichteste Tratsch unter Beteiligung der „Rückwärtsseher“ breitgetreten wird, vermittelte das Blatt an Sand seiner Interaktantentage aber auch noch andere Genüsse, als da sind spirituelle Sitzungen, Kartenlegen, Bleibenden usw. und bietet damit die Hand zu geradezu gemeingefährlichem Unfug und Schwandel. In der Nummer vom 17. d. M. zählten wir nicht weniger als 42 (!) derartiger Inferate. Das wunderl und natürlich nicht. Geschäft ist eben Geschäft. Derjenige Teil der Arbeiterschaft jedoch, der zu den Abonnenten derartiger und ähnlicher Blätter zählt, sollte sich doch endlich bewußt werden, daß in die Kreise der Arbeiter nicht mittelalterliche Ideen und dito Hokusfokus gehören, sondern Blätter wie der „Vorwärts“ und die „Gleichheit“, die allein ihre Bildung und Interessen vertreten.

Die vollständigen Ergebnisse der letzten Erhebung der Grundstücke und der bewohnten Wohnungen von Ende 1905 werden für Berlin und 20 Bezirke vom Statistischen Amt der Stadt Berlin soeben in eingehender Weise veröffentlicht, nachdem die hauptsächlichsten Feststellungen ausgangswise schon im 20. und 21. Jahrgang des Statistischen Jahrbuchs der Stadt Berlin bekannt gegeben waren. Dem reichgegliederten Tabellenwerk ist im textlichen Teil die geschichtliche Betrachtung der bisherigen Berliner Grundstücks- und Wohnungsverhältnisse vorausgeschickt, welche in Berlin bis in das Jahr 1861 zurückreicht. Ein gleichfalls beigegebener Beisatz zur Benutzung des Tabellenwerks dürfte dessen Verständnis erleichtern. Aus der Grundstücksstatistik seien hervorgehoben die Feststellungen über die Zahl der Bewohner, der Wohnungen, der Besitzverhältnisse, ferner über das Vorhandensein gewisser Einrichtungen wie für Zentralheizung, Beleuchtung usw., Merkmale, welche in mannigfachen Kombinationen, so insbesondere

auch mit der örtlichen Lage bearbeitet worden sind. In der Wohnungstatistik werden u. a. behandelt: die Größenverhältnisse, die Dauer der Wohnung, die Bewohnerzahl, die Gliederung nach Eigentümer- und Mieterwohnungen unter Berücksichtigung des Gesamtbetrages der Jahresmiete, wobei wieder die gleichzeitige Berücksichtigung verschiedener Gesichtspunkte durchweg Platz ge-grißen hat. In der der Berliner Statistik eigenen sehr eingehenden Weise sind ferner die Verhältnisse der Haushaltungszusammensetzung dargestellt. Die Auflösung der Bevölkerung ist die durch die Stellung innerhalb des Haushaltes bezeichneten Elemente — Haushaltungsvorstände, Ehefrauen, Kinder, Wirtschaftler und Dienstpersonal, Gewerbegehilfen, Zimmermieter, Schlafleute usw. — wird durchgeführt in Verbindung mit der Personenzahl der Haushaltung, ferner in der Gliederung nach zahlreichen Artklassen der Haushaltungsgemeinschaft — einzeln für die kleinen Wohnungen bis zu 3 Wohnräumen und zusammengefaßt für die größeren. Endlich werden die verschiedenen Arten von Anstalten und ihr Personal nach ihrer örtlichen Lage behandelt. Das im Verlage von Puttkammer u. Mühlbrecht, Berlin W. 50, erschienene Werk ist zum Preise von 4 M. durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Das Märtsche Musikfest am Charfreitag, am Osterformabend und am 1. Osterfesttage geschlossen, vom zweiten Ostertage ab, wie gewöhnlich, von 10-3 Uhr geöffnet.

Das Filialwesen im Detailhandel ist allmählich zu einem wahren Unfug ausgeartet. Großunternehmer mieten Läden, beschaffen die Einrichtung, liefern die Waren und setzen in solche Filialen „Geschäftsinhaber“ hinein, die in Wirklichkeit weiter nichts als Angestellte sind. Diese müssen dann für ein dürftiges Gehalt, zum Teil auch für eine kleine Freiwohnung oder für ein bißchen Gewinnanteil, ihrem Brotherrn alle Arbeit samt der Verantwortung abnehmen. Selbstverständlich hat jeder Filialleiter obenein eine Kautions zu stellen, damit der Unternehmer, der eigentliche Geschäftsinhaber, für alle Fälle gesichert ist. Dem Filialwesen begegnen wir vornehmlich im Handel mit Konsumgütern, mit Seife und Parfümieren, mit Spirituosen, mit Badewaren, mit Kaffee und Materialwaren, und besonders Frauen suchen durch Uebernahme von Filialen sich ihr bißchen Brot zu erwerben. Von einer Selbstständigkeit, jener viel gepriesenen, ist da keine Rede, zumist sind solche Filialleiterinnen noch viel schlimmer daran als andere Angestellte. Doch auch im Rohlenhandel geschäftsfundige Großunternehmer die Profitjagd nach demselben Rezept betreiben, dürfte weniger bekannt sein. Kürzlich gelangten diese Zustände zur Kenntnis einer Schöffenabteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte, vor der die Leiterin eines Kohlenfilialgeschäftes, eine Frau Sch., sich unter der Anklage der Unterschlagung zu verantworten hatte. Die Filiale gehörte einer Frau Laade, die im ganzen sieben Filialgeschäfte besitzt. Frau Sch. war eines Tages aus der ihr übergebenen Filiale auf und davon gegangen und hatte Geld mitgenommen, das sie aus dem Verkauf der ihr von Frau Laade gelieferten Waren vereinnahmt hatte. Daraufhin denunzierte Frau Laade die Frau Sch. wegen Unterschlagung. Vor Gericht erfuhr man, daß das Gehalt für all die Mühe, die Frau Sch. von dem Kohlengeschäft hatte, sich auf 30 Mark pro Monat belief. Wir nehmen an, daß mit dem Laden noch eine kleine Wohnung verbunden war und auch ein paar Mark vom Verkaufsgewinn gewährt wurden. Jedenfalls konnte aber Frau Sch. von dem Ertrag ihrer Arbeit als Filialleiterin keine großen Sprünge machen, darum trug sie nebenbei noch Zeitungen aus, wie sie vor Gericht angab. Das Dreimännerkollegium der 139. Schöffensabteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte hörte auf, als Frau Laade ihren auf das Filialwesen sich gründenden Kohlenhandel schilderte und die Mitteilung hinzufügte, daß sie sich sieben Läden hält. Frau Sch. hatte jene „Unterschlagung“ dadurch wieder gut zu machen gesucht, daß sie der Frau Laade das Geld zurückstattete, wobei das der Frau Sch. noch zuzurechnende Gehalt verrechnet wurde. Aber die Strafsache hatte weiter ihren Gang genommen, und die Verhandlung endete für Frau Sch. mit der Verurteilung zu einer Geldstrafe von 10 Mark. Frau Laade, die Inhaberin der sieben Kohlenfilialgeschäfte, sah sehr zufrieden aus, als sie den Gerichtssaal verließ.

Allgemeine Städtebauausstellung 1910 in Berlin. Die All-gemeine Städtebauausstellung (1. Mai bis 15. Juni in der akademischen Hochschule für die bildenden Künste) wird auch vom Verband der Steinsetzer, Pflasterer und Verputzgenossen Deutschlands und zwar mit einem interessanten Modell einer Baubude für Straßenbauarbeiter beschickt werden. In diesem Modell werden die Anforderungen erläutert werden, die die Straßenbauarbeiter an eine solche Bude stellen. Auf der anderen Seite ist — da bei den häufigen Straßenbauten die Baubuden eine beinahe regelmäßige Erscheinung im modernen Straßenbilde sind — die einfache, geschmackvolle Aufmachung des Äußeren der Baubude eine beachtenswerte Aufgabe.

Die Sommerferien für die Gemeindefschulen sind durch Ver-schließung des Provinzial-Schulkollegiums entsprechend den Ferien für die höheren Schulen dahin abgeändert worden, daß der Schul-schluß am Freitag, den 1. Juli, und der Wiederbeginn des Unterrichts am Dienstag, den 9. August, stattfindet.

Moderne Gemütskatheten. Im sogenannten Fleischmarkt des „Berliner Lokal-Anzeigers“ wimmelt es jeden Tag von Rohheiten und Unflätigkeiten. Das Scherblatt übt in dieser Beziehung so gut wie keine Inzertenzensur aus, weil ihm der Geldbedienst über alles geht. Wir greifen folgende „Voranzeige“ heraus:

„Kindchen, Anfang April zu erwarten, möchte junges Ehepaar (Vater Akademiker), durch Schicksals-schläge schwer betroffen, als ein abgeben. Offerten B. W. 227 usw.“

Also schon der Focetus im Mutterleibe wird hier verschahert. Bei über eine Zeitung, die sich zu solchem Handel vergibt. Wohl jede Mutter, auch die moralisch verkommenste, liebt das Kind, das sie unter dem Herzen trägt. Erst wenn sich auch der Geburt die dräuendste Sorge einstellt und das Kind nach Nahrung schreit, die nicht beschafft werden kann, stellt sich mitunter jenes Empfinden ein, das mit schwerem Herzen sich des Kindes auf legalem Wege entleiben möchte. Wir haben für dieses „Verschenken“ von Menschenfleisch aus unseren herrlichen sozialen Händen heraus tiefstes Verständnis. Aber schon Kinder meistbietend zu veräußern, die noch nicht mal das Licht der Welt erblickt haben, ist eine um so widerlichere Rohheit, als sich hier der Vater als ein „akademisch Gebildeter“ bekennt. Da offenbart sich so recht die ganze Gemüts-berockung derjenigen gesellschaftlichen Kreise, die sich mit ihrer „Bildung“ immer tumloch über das unere Volk stellen wollen. Ob diese Gemütskatheten vorliegend überhaupt verheiratet sind? Wie beim Hunde- und Katzengelechte ist's, dem man die Jungen einfach fortrimmt. Fehlt bloß noch, daß man die unbequemen Liebesopfer der „Gebildeten“ von Staatswegen ersüßt. Wie sagte doch neulich der königlich preussische Hofprediger Ohlig? „Es macht ein Geschlecht heran, vor dem und grauen muß.“ Wir haben es schon, dieses Geschlecht, aber nicht im unteren Volke.

Grundstückspekulation. In der Gegend von Jossen, besonders in den Drischalten Zadenbrück, Besh, Fehrendorf und Böh hat der Ankauf von Terrain für den neuen Truppenübungsplatz eine unge-sunde Grundstückspekulation hervorgerufen, die durch Gerüchte, wonach der Fiskus weitere große Ankaufpläne, um dort eine Luft-schießanlage anzulegen usw., genährt wurde. Der Landrat des Kreises Zeltow, v. Wendenbach, hat jetzt eine amtliche, auf einer Ermächtigung des Kriegsministers beruhende Bekanntmachung erlassen, aus der hervorgeht, daß die Gerüchte jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Wenn später einmal eine Vergrößerung dieses enorm



großen Übungsplatzes in Frage kommen sollte, was heute be-  
zweifelt werden muß, dann können nur die ausgedehnten  
Forsten des Fürsten Solms-Baruth in Frage kommen, die unmittel-  
bar an den Übungsplatz anstoßen und die Fortsetzung des Platzes  
nach Süden bilden. Diese und die königlichen Forsten dehnen sich  
meilenweit aus. In Folge dieser Grundstückspekulation sind in  
einigen Orten die Preise gestiegen. Ein Rückschlag ist sicher zu  
erwarten. Mit der Anlage des neuen Truppenübungsplatzes soll im  
nächsten Jahre begonnen werden. Jährlich muß im Herbst d. J.  
von allen Bewohnern geräumt werden. Dann werden auch die  
Waldläufer ausgezählt werden. Der Durchschnittspreis für die  
fast nur aus Sandboden bestehenden, mit Kiefern bestandenen Flächen,  
steht sich auf rund 400 M.

**Wohrere schwere Straßenbahnunfälle** werden vom gestrigen Tage  
gemeldet. Beim Verlassen eines Straßenbahnwagens schwer ver-  
wundet ist gestern Abend der 63jährige Arbeiter Hermann  
Reichle aus der Rigauerstraße 84. Es stieg an der Ecke des Weiden-  
wegs und der Diebichstraße von einem von ihm benutzten Straßen-  
bahnwagen der Linie 66, der sich bereits zur Abfahrt zur Halte-  
stelle befand. Er fiel und geriet unter den Vorderperon des An-  
hängewagens. Er erlitt einen Bruch des rechten Unterarmes, eine  
schwere Quetschung des rechten Oberschenkels sowie Wunden am  
Kopf und im Gesicht. Außerdem wurde dem Verunglückten die  
linke Schulter vollständig ausgerenkt. Von der Unfallstation in  
der Warschauerstraße, wo der Schwerverletzte Notverbände erhielt,  
wurde er nach dem Krankenhaus am Friedrichshain überführt.

Ein zweiter schwerer Unfall trug sich gestern Nachmittag in der  
Chausseestraße zu. Dort wollte an der Ecke der Stettinstraße der  
Kaufmann Oppermann, Neuschloßstraße 26, in Vorhagel wohnhaft,  
den Hinterperon eines Wagens der Straßenbahnlinie 88 besteigen.  
Er glitt von dem Treittrepp und stürzte so unglücklich, daß er be-  
wußtlos liegen blieb. Der Verunglückte wurde nach dem Rudolf-  
Virchow-Krankenhaus gebracht, wo eine schwere Quetschung am  
linken Bein, sowie mehrere Wunden am Kopf festgestellt wurden.

In der Weitenstraße in Schmargendorf wurde die vierjährige  
Tochter Jenny des in der Popotterstraße 17 daselbst wohnhaften  
Tapezierers Blind von einem herannahenden Motorwagen der  
Straßenbahnlinie B umgestoßen. Das Kind erlitt eine schwere  
Kopfwunde und wurde nach der elterlichen Wohnung gebracht.

**Unter den Rädern eines Eisenfuhrwerks** zermalmt. Ein  
trauriger Vorgang hat sich gestern Abend in der Huttenstraße ab-  
gespielt. Der in der Huttenstraße 40 wohnhafte Werkmeister  
Sonder hat zwei Söhne im Alter von sechs und einem Jahre. Als  
gestern der ältere seinen kleinen Bruder in einem Sportwagen  
auf der Straße fuhr, schob er versehen das leichte Gefährt  
gegen ein herankommendes, mit Eisen schwer beladenes Fuhrwerk  
der Firma J. G. Degner, Gertraudenstr. 13. Der Sportwagen  
wurde umgerissen und der Knabe herausgeschleudert. Er stürzte  
so unglücklich auf den Fahrdamm, daß das Hinterrad des Last-  
wagens über ihn hinwegging, so daß der Kleine fast vollständig  
zermalmt wurde. Das Kind war sofort tot.

Die **Rettungsgesellschaft der Wassersportvereine** hat mit dem  
letzten Sonntag ihre Samartierfähigkeit wieder aufgenommen. Die  
Gesellschaft ist eine gemeinnützige Gründung von Mitgliedern der  
Berliner Wassersportvereine, deren Mitglieder für die Rettungs-  
zwecke einen Jahresbeitrag von mindestens 1 M. zu zahlen haben.  
Der Gesellschaft gehören aber auch noch Freunde des Ruders, Segel-  
und Schwimmsports an, die durch größere Gaben den guten Zweck  
fördern helfen. Im Dienst der Gesellschaft stehen teils besoldete  
Kräfte (Fischer, Motor- und Dampferfahrer, Heizer) teils wird der  
Rettungsdienst von freiwilligen Samaritern aus den verschiedenen  
der Gesellschaft angehörenden Vereinen ausgeübt.

Am vergangenen Sonntag wurde die Hauptstation am Müggel-  
see, am Rabensdorfer Gmünde bei Müggelsport in Betrieb genom-  
men. Die Station besteht aus einer Wellblechbarade, die mit allen  
Hilfsmitteln zur ersten Hilfe eingerichtet ist, einem hohen Aus-  
sichtsturm, von dem der See gut übersehen werden kann, und einem  
Bootschuppen mit angebauter Leichenkammer. Ein eigener Ret-  
tungsdampfer „Müggel“, der an Sonntagen stets unter Dampf liegt,  
sowie zwei Rettungsboote stehen zur Verfügung. Mit dieser Sta-  
tion sind telephonisch Warnungsstellen verbunden in Cöpenick, an  
der Spreerbrücke, in Friedrichshagen an der Einfahrt zum Müggel-  
see und bei Erkner. Die Stationen sind gekennzeichnet durch weiße  
Flaggen mit dem roten Kreuz. An den Flaggenmasten wird durch  
einen schwarzen Ball das Zeichen gegeben, wenn das Befahren des  
Müggelsee wegen Sturmes oder böigen Windes mit Lebensgefahr  
verbunden ist. Dieses Zeichen sollte von allen Rudern strengstens  
beachtet werden. Bei den eigenartigen Wasser- und Windverhält-  
nissen der Müggel ist sehr oft bei Friedrichshagen die Gefahr gar  
nicht zu erkennen, die den ungedeckten Sportbooten in der Mitte  
des Sees droht. Wenn sich ein Befahren des Sees trotz der Sturm-  
warnung gar nicht umgehen läßt, dann ist der See auf alle Fälle  
nicht unter Land, je nach der Windrichtung nördlich oder südlich,  
auszufahren.

An den Osterfeiertagen erstreckt sich die Tätigkeit der Rettungs-  
gesellschaft aber nicht nur auf den Müggelsee, sondern auch auf den  
Bannsee, den Dolgen See und Wolziger See. Auf dem letzteren  
versteht ein Motorboot mit Samaritern und drei Fischern den  
Rettungsdienst. Das Boot wird an den Fischermolen bei Wollin  
stationiert. Der Besitzer des Sees hat für die Unterbringung von  
Geretteten einen Schuppen zur Verfügung gestellt. Am Fried-  
richshaus am Dolgen See ist das große Rettungsboot der Ge-  
sellschaft stationiert. Auch dort versehen Samariter und Fischer  
den Dienst gemeinsam. Auf dem Bannsee und den angrenzenden  
Havelgewässern wird ein mit erprobten Samaritern besetztes Motor-  
boot an beiden Feiertagen kreuzen, namentlich in besonders ge-  
fährdeten Stellen.

Der gleiche umfangreiche Rettungsdienst ist für die Pfingst-  
feierlage in Aussicht genommen.

**Erstochen und vergiftet.** Auf zweifache Weise hat sich der  
48 Jahre alte Lagerverwalter Oskar Rudolf, Münchenerstraße 45,  
ums Leben gebracht. Im Januar verlor M. seine Ehefrau durch  
den Tod. Er war seitdem schwermütig. Als nun auch noch ein  
Zivilprozeß, der ihm viel Sorgen bereitete, hinzukam, sah er den  
Entschluß, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Nachdem er alle  
seine Angelegenheiten geregelt, vergiftete er sich mit Phosphor  
und jagte sich darauf noch eine Revolverkugel in die Schläfe. Als die  
fünf Kinder des Lebensmüden auf den Schuß hin ins Zimmer  
eilten, fanden sie den Vater entsiebt vor. Auf dem Nachtschlaf lag  
neben dem Krugifix und dem Gebetsbuch ein Behälter mit Gift. Die  
Rechte des Toten hielt noch kampfbereit den Revolver umspannt, in  
der Linken befand sich ein an seine Kinder gerichteter Abschiedsbrief.

**Arbeiterbildungsschule, Berlin.** Die letzte Stunde in den  
Redebungen dieses Quartals findet am Donnerstag, den 24. März,  
abends 7 1/2 Uhr statt.

**Fragebogen.** Personen, welche am 4. März d. J. abends  
6 1/2 Uhr, auf dem Bahnhof Wedding den Unfall einer alten Frau  
gesehen haben — dieselbe ist gestorben — werden gebeten, sich zu  
melden bei Gustav Hering, Schöneweßerstr. 13.

## Vorort-Nachrichten.

### Die Gemeindevahlbewegung.

**Budow.** Die Stichwahl zur Gemeindevahl findet heute  
Abend von 5 1/2 bis 6 1/2 Uhr im Gemeindefaßhaus statt. Wie in  
allen anderen Gemeinden Groß-Berlins muß es sich auch die hiesige  
Arbeiterkammer zur Ehrenpflicht machen, dem sozialdemokratischen  
Kandidaten Genossen Joseph Hadamek zum Siege zu verhelfen.  
Insbesondere werden die mit Budower Wählern beschäftigten  
Arbeiter aufgefordert, dieselben auf ihre Wahlpflicht aufmerksam zu

machen. Wenn am heutigen Tage jeder seine Schuligkeit tut, so  
können uns die Gegner den Sieg nicht streitig machen.

### Wahlergebnisse.

**Mahlsdorf (Hsbahn.)** Bei der am Dienstag in der dritten Ab-  
teilung erfolgten Stichwahl zur Gemeindevahl siegte unser  
Genosse Albert Schmidt mit 159 Stimmen über den „gemein-  
samen bürgerlichen Kandidaten“, ehemaligen Sozialdemokraten  
Ulrich, welcher 140 Stimmen erhielt. Die Eisenbahner „wählten“  
in ihrer gottgewollten Abhängigkeit fast geschlossen Ulrich und da  
bekanntlich im Himmel über einen Sünder der Unge tut, mehr  
Freude herrscht wie über 99 Gerechte, so traten auch die Lehrer mit  
großer Begeisterung für Ulrich ein; aber der Liebe Müß war der-  
gebend. Unsere Genossen und Genossinnen waren diesmal auf dem  
Posten und so gelang es, auch den dritten sozialdemokratischen Ne-  
gaten zu Fall zu bringen.

**Vorhagen-Kummelsburg.** Bei den gestrigen Stichwahlen zur  
Gemeindevahl in der II. Klasse siegte im Ortsteil Vorhagen  
der Kandidat des Bürgervereins Oberlehrer Rigte mit 218 Stimmen  
über den Kandidaten des Grundbesitzervereins Nobizel, auf welchen  
nur 179 Stimmen bei darunter allein etwa 90 Freireisnerstimmen ent-  
fallen waren. Im Ortsteil Kummelsburg erhielt der Kandidat des  
Grundbesitzervereins Carlin 3 Stimmen mehr als der Kandidat  
des Bürgervereins Winter und zwar 198 gegen 193 Stimmen.  
Die Wahl von Carlin wird zweifelsohne kassiert werden müssen —  
da für Carlin von zwei Personen Stimmen als Vertreter  
bereits verstorbener Wähler abgegeben worden sind — und ein  
Wähler zu Unrecht zurückgewiesen worden ist. Der große Erfolg der  
Bürgervereinskandidaten besonders in Vorhagen ist ausschließlich  
darauf zurückzuführen, daß unsere Parteigenossen geschlossen für die-  
selben eingetreten sind und auch sonst eine scharfe Stellung gegen  
die Grundbesitzerpartei eingenommen haben. In den Vorjahren sind  
der Hausbesitzerpartei die Mandate in der II. Wählerklasse ständig  
kampfslos in den Schoß gefallen. — Öffentlich wird nunmehr auch  
die bisherige unbeschränkte Nachstellung der Grundbesitzerpartei  
in der Gemeindevahl in 2-4 Jahren gebrochen sein.

Die Wahlbeteiligung betrug in beiden Bezirken fast 70 Pro-  
zent eingeschriebenen Wähler.

**Reichendorf.** Bei der vorgestern stattgefundenen Gemeindevahl  
wurde in der dritten Abteilung Genosse Paul Seifert mit 106 gegen 53 bürgerliche Stimmen gewählt.  
In der zweiten Abteilung erhielten Genosse Wilhelm Lehmann  
und der bürgerliche Kandidat je 27 Stimmen. Das Los entschied  
zugunsten unseres Genossen Lehmann. In der ersten Ab-  
teilung wurden die beiden bisherigen Vertreter Franz und Garide  
gewählt.

**Rußsdorf bei Teltow.** Bei der am Montag stattgehabten  
Gemeindevahl siegte der Genosse Zimmerer Schulz mit 29 gegen  
9 Stimmen.

**Birkenwerder.** Bei der am 21. März in der dritten Abteilung  
vorgenommenen Gemeindevahl wurden unsere Genossen  
August Patzig und Karl Naeker je 94 Stimmen. Die Kan-  
didaten des Ortsvereins, denen sämtliche Stimmen der „Patrioten“  
zufielen, wurden mit je 162 Stimmen gewählt. In dieser Wahl sind  
98 Freireisnerstimmen enthalten, die nach § 45 der Landgemeindevahl-  
ordnung nicht in die Gemeindevahlliste gehören. Ein von unseren  
Genossen erhobener Einspruch gegen die Nichtigkeit der Gemeindevahl-  
wählerliste mit dem Antrage, die vorerwähnte Wählergruppe aus  
der Liste zu streichen, wurde von der Gemeindevahlverwaltung zurück-  
gewiesen. Wegen dieser Zurückweisung ist Klage in Verwaltungs-  
streitverfahren erhoben worden; eine Klage auf Annullierung der  
Wahl wird sich anschließen. Wir werden uns also voraussichtlich in  
nicht allzu fernem Zeit von neuem mit den bürgerlichen Gegnern  
messen, die ohne „Papiersstimmen“ in der Minderheit sind.

**Vornim-Vornisch.** In Vornim zieht zum ersten Mal  
ein Sozialdemokrat in das Dorparlament ein. Genosse Maurer  
Solbert erhielt 59 Stimmen, die Gegner 88. — In Vornim  
steht die Wahl einige Tage später statt. Man hatte jeden  
Arbeiter aus Sanssouci, Beamten usw. mobil gemacht, so daß wir  
unterlagen. Genosse Wölke erhielt 33 Stimmen und die Gegner 72  
(davon 1/2 Papiersstimmen). Unsere Genossen waren hier sehr lässig  
bei der Wahl, sonst wäre das Resultat ein besseres gewesen.

**Grünau.** Bei der gestrigen Gemeindevahl erhielten  
Stimmen: der sozialdemokratische Kandidat Genosse Ernst  
Rigner 159, der bürgerliche Kandidat Schuchholz 160, darunter  
41 Freireisnerstimmen. Letzterer ist gewählt.

**Vorhagen-Wittenau.** Bei der gestrigen Gemeindevahl  
stimmt von den 1178 eingeschriebenen Wählern 432 für den  
sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Witkow, während für  
den bürgerlichen Kandidaten Rakerow 102 Stimmen abgegeben  
wurden. Der Sozialdemokrat ist somit gewählt.

### Nieder-Schöneeweide.

Ein dreifacher Diebstahl ist auf dem Fabrikgrundstück der Firma  
Gebr. Lehmann verübt worden. Dort steht ein Schuppen, in dem  
ein dem Fabrikdirektor gehöriges wertvolles Motorboot untergebracht  
war. Als vorgestern der Konteur das Fahrzeug einer Reparatur  
unterziehen wollte, war es verschunden. Die benachrichtigte Strop-  
polizei entdeckte das Fahrzeug an der Treckowbrücke. Es war un-  
bemant und seines gesamten Inventars beraubt. Das Steuerrad,  
die Glocke, die Laternen und andere wertvolle Bestandteile sowie die  
Inneneinrichtung waren losgelöst und entwendet worden. Von den  
Dieben ist bisher nichts bekannt.

### Mariendorf.

Lebhafte Klagen werden über den Zustand der hiesigen Straßen  
laut. Abgesehen von der Chausseestraße und Kaiserstraße sind die  
meisten Straßen verbesserungsbedürftig. Insbesondere fordert ein  
Mißstand in der Kurfürststraße zur Kritik heraus. In dieser  
Straße ist wiederholt Sand aus den Bürgersteig abgeladen worden.  
Dazu kommt, daß man diese Hausen einige Tage lagern und es  
nachts an jeglicher Beleuchtung fehlen ließ.

Hierüber schreit sich die im Ueberfluß vorhandene Polizei  
lemerlei Kopfschmerzen zu machen. Und gerade könnte die „Wohlfühl-  
liche“ in diesen Sandhaufen mit gutem Recht — im Gegensatz zu  
streikenden Arbeitern ein Verkehrshindernis erblicken. Schuld an  
solchen Zuständen tragen aber auch die auf Grund des kommunalen  
Dreiklassenwahlrechts in der Gemeindevahlvertretung sitzenden bürger-  
lichen Vertreter, denen unsere Genossen bisher vergeblich Ver-  
nachlässigung ihrer Pflichten zum Vorwurf gemacht haben.

### Straußberg.

Eine von 300 Frauen und Männern besuchte Protestversammlung  
gegen die Wahlrechtsvorlage hörte vor einigen Tagen ein Referat  
des Genossen Schubert-Spandau. Die Ausführungen des  
Redners wurden oft von lebhaftem Beifall unterbrochen. Unter  
Hochrufen auf die Sozialdemokratie und Absingen der Marschlied  
trennten sich die Versammelten.

### Friedrichsfelde.

Das Ergebnis der Gemeindevahl für die dritte Klasse  
darf man als ein erfreuliches bezeichnen. Es wurden abgegeben:  
für Genossen Pinfeler 429 und für Genossen Dehler 428  
Stimmen. Die von den bürgerlichen in Aussicht genommenen  
Herren hatten verzichtet, die komische Rolle von Durchfallskandidaten  
zu spielen. Die hohe Stimmenzahl — unter den 1447 eingeschriebenen  
Wählern kommen nur etwa 900 für uns infolge der Offenheit  
der Wahlen in Betracht — ist ein schöner Beweis für den ersten

Willen zweiter Kreise der Bevölkerung, Einfluß auf allen Gebieten  
des öffentlichen Lebens zu gewinnen. Am Abend vor dem Wahltage  
sah eine Volksversammlung statt. Der Besuch war im Gegensatz  
gegen früher recht gut. Genosse Südekum verstand es meister-  
haft, die Grundzüge der von uns erstrebten Kommunalpolitik dem  
Verständnis auch der am wenigsten Vorgebildeten unter den zahl-  
reichen Zuhörern näherzubringen. Unserem widergewählten Ge-  
nossen Pinfeler blieb es hierauf vorbehalten, darzulegen, wie erst  
nach langem, unermüdlichem Drängen von unserer Seite einige  
Fortschritte, anderwärts schon längst zum Segen der ganzen Be-  
völkerung durchgeführt, auch bei uns gemacht wurden. Viel sei noch  
zu erkämpfen. Es komme jedoch nicht allein auf eine energische  
Vertretung in der Gemeindevahlverwaltung an, sondern die gesamte  
Bevölkerung müsse fortgesetzt ihr regstes Interesse an den Fragen  
der Kommunalpolitik bekunden.

Nachdem Genosse Dehler noch einige Ausführungen prinzipieller  
Natur gemacht und Lehmann einige praktische Hinweise für die Wahl  
gegeben hatte, schloß der Vorsitzende Schwenk die Versammlung  
unter Hinweis auf die innige Beziehung zwischen dem preußischen  
Wahlrechtskampf und der Gemeindevahl, die beide von dem  
Willen getragen sein müßten, die Fesseln der Entrechtung zu  
sprengen.

### Reinickendorf.

In der letzten Gemeindevahlversammlung begann die Etatsberatung.  
Vorher wurden noch einige kleinere Vorlagen erledigt. Den Gemeindevahl-  
beamten soll die bisher von ihnen gestellte Kautions zurückgegeben  
werden. Die am 17. und 18. März stattgefundenen Gemeindevahl-  
vertreterwahlen wurden für gültig erklärt. Die Beratung des Etats  
wurde eingeleitet vom Bürgermeister mit einem kurzen Resümee  
über die Änderungen, die die Finanzkommission am Etat vor-  
genommen hatte. Auf eine Generalsitzung wurde verzichtet. Der  
erste Etat (Amts- und Gemeindevahlverwaltung) ist veranschlagt mit  
92 000 M. Einnahme und 398 000 M. Ausgabe, erfordert mithin  
einen Zuschuß von 306 000 M. gegen 262 000 M. im Vorjahre.  
Die Besoldungen der Gemeindevahlbeamten allein erfordern 46 800 M.  
mehr als im Vorjahre. Die Vollziehungsbeamten hatten außer  
ihrer Zulage noch eine Funktionszulage beantragt; die Forderung  
wurde abgelehnt. Bei den Titeln: Gewerbe- und Kaufmanns-  
gericht trugen unsere Genossen das Bestreben des Vorsitzenden dieser  
Institutionen, die Streitigkeiten ohne Verfall zu erledigen. Die  
klagenden Arbeiter fühlten sich dadurch in ihren Rechtsansprüchen  
gehemmt. Herr Reichhelm, der Vorsitzende des Gewerbegerichts, gab  
zu, das Bestreben zu haben, die Streitfälle durch Vergleichsverhandlung  
zu beenden. Er habe damit auch überraschend viel Erfolge erzielt.  
Vom Schöffen Dr. Kühnemann wurde ihm sekundiert. Genosse D H I  
machte darauf aufmerksam, daß die Parteien sich auf den Vergleich  
nicht einlassen brauchen, und erwartete, daß vom Vorsitzenden der  
Durchführung der Prozesse keine Schwierigkeiten bereitet werden. Der  
Etat wurde schließlich unverändert genehmigt. Beim zweiten Etat  
(Grundbesitzerverwaltung) erkennt man zum erstenmal eine Einnahmeposition  
aus den beabsichtigten Grundbesitzerbeiträgen. 233 335 M. sind hierfür ver-  
anschlagt. Aus dieser Einnahme soll zunächst die aus früheren  
Jahren angehäufte Zinsschuld mit 130 000 M. gedeckt werden.  
Weiter soll ein Tilgungsfonds gebildet werden, in den die Beträge  
fließen, welche dem Ankaufwert der Grundstücke inklusive Zinsen  
und Verwaltungskosten entsprechen. Ein dann etwa noch ver-  
bleibender Rest wird zu einem Fonds angehäuft, der späterer Ver-  
wendung vorbehalten bleibt. Zur Valanzierung dieses Etats dienen  
ferner die Einnahmen aus Verpachtungen von Gemeindeflächen  
sowie eine Anleihe von circa 75 000 M. Unsere Genossen be-  
tonten nochmals unseren grundsätzlichen Standpunkt zum Ver-  
lauf des Gemeindevahlkampfes, schlossen sich aber im  
übrigen der Verwendung der Einnahmen an. Der Etat  
wurde darauf genehmigt. Ganz besonderes Interesse beanspruchte  
der Etat der Schulverwaltung. Die Ausgaben für die Volksschulen  
betrugen 457 750 M., denen nur eine Einnahme von 67 900 M.  
gegenüber steht. Die persönlichen Ausgaben (Lehrergehälter usw.)  
betrugen 345 000 M., 1000 M. sind für Schulärzte eingelegt,  
darunter 400 M. für Spezialärzte. Ganz besondere Aufmerksamkeit  
soll den jahranfranken Kindern gewidmet werden. Von den Lehrern  
war nochmals die Forderung auf Gewährung einer Prämie von  
750 M. erhoben worden. Unsere Genossen unterstützten diesen  
Antrag aufs lebhafteste; er wurde jedoch ebenso wie die übrigen  
Wünsche der Lehrer abgelehnt, nachdem der Herr Reichhelm sich  
energisch dagegen gewandt hatte. „Sie werden ja nie zufriedene  
Lehrer schaffen“, so behauptete er auf die Anregung eines  
Bürgerlichen, den Lehrern doch etwas entgegenzukommen.  
Genosse D H I rügte besonders den Erlaß des Regierungs-  
präsidenten, der den Lehrern verbietet, sich mit ihren Wünschen an  
sozialdemokratische Gemeindevahlvertreter zu wenden. Weiter forderten  
unsere Genossen die freie Lieferung der Lernmittel. Zwei dahin-  
zielende Anträge wurden jedoch abgelehnt, ebenso der Antrag, für  
größere Schülerfahrten 300 M. in den Etat zu stellen. Weiter  
forderten unsere Genossen eine Reduktion über die Klassenfrequenz.  
Diese soll nunmehr nach der Reueinschulung angefertigt werden.  
Etwa 4500 Kinder besuchen die Volksschule. Die Gesamt-  
aufwendungen betragen etwa 90 Mark pro Kopf und  
Jahr. Der Etat des Realprogymnasiums stellt eine Ein-  
nahme von 32 000 M. und eine Ausgabe von 92 100 M.  
vor. 60 800 M. Zuschuß erfordert der Unterricht der circa 230  
Schüler des Gymnasiums, das sind pro Kopf circa 261 M., dazu  
kommen 750 M. Zuschuß an das Kuratorium der höheren Mädchenschule,  
die von 26 Schülerinnen besucht wird. Genosse D H I ver-  
langte die Aufhebung der Vorschulklassen und dafür den Ausbau der  
Volksschule. Auch erluchte er um Auskunft über die Anzahl der bis-  
her geübten Lehrkräfte. Letztere konnten bisher nicht gewährt  
werden, da sich noch keine Reflektanten gemeldet hätten, erzählte der  
Bürgermeister, der auch gleich für die Verbeibaltung der Vorschule  
sich ins Zeug legte. Was auch von den bürgerlichen Herren be-  
schlossen wurde. Für die am 1. Oktober zu errichtende Fortbildungsschule  
wurden 6000 M. in den Etat eingelegt. Ein entsprechendes  
Statut soll demnächst zur Beratung gelangen.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins Reinickendorf-  
West gab Genosse Kuschnier den Bericht von der Verbands-  
Generalversammlung. In der Diskussion wurde beschlossen, daß die  
Kreis-Generalversammlung erneut den Antrag des vierten Kreises:  
„Erlaß der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bei Arbeitslosig-  
keit des Mannes, der Mitglied des Wahlvereins ist“ einbringen soll.  
Zur Neuaufnahme hatten sich 3 Genossinnen und 18 Genossen ge-  
meldet.

### Friedrichshagen.

Der Vorschlag des Gemeindevahlstatuts für das Rechnungs-  
jahr 1910 schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 686 600 M.  
(im Vorjahre 649 400 M.), also ein Mehr von 37 200 M. Diese  
Mehrverwendung wurde notwendig hauptsächlich durch die Er-  
höhung der Lehrergehälter. Das Gemeindevahlvermögen beträgt  
2 304 055,50 M., die Gemeindefschulden 1 732 015,44 M., der Ver-  
mögensüberschuß also 572 040,06 M. Nach dem Vorschlag  
sollen erhöht werden: die Gemeindevahlkommunensteuer  
von 125 auf 135 Prozent, die Grundwertsteuer von 8  
auf 4 pro Tausend für bebauten Grundstücke und von 6 auf 7 pro  
Tausend für unbebaute Grundstücke. Zur Speisung bedürftiger  
und ungenügend ernährter Schulkinder sind  
2 400 Mark und zur Unterstützung arbeitsloser Ein-  
wohner 8 000 Mark eingestellt. Die Etatskommission  
tritt in den nächsten Tagen zur Beratung des Vorschlages zu-  
sammen.

### Waldmannsfließ-Babers.

Die Gemeindevahlversammlung erledigte in ihrer letzten Sitzung den  
ganzen Etat in kaum 20 Minuten durch einfaches Handhochheben bei  
den einzelnen Positionen. Nur bei dem Punkte Schulverwalter  
gedachte man mit ein paar Worten der Lehrer, welche hier schlechter  
gestellt sind wie in den Nachbarkreisen; jedenfalls mit Rücksicht auf  
die in nächster Zeit zu erwartenden Neuwahlen der dritten Ab-  
teilung. Sodann schritt die Vertretung zur Kassierung der von



und am 2. März eroberten zwei Mandate der dritten Klasse, indem einfach ein Teil Stimmen für ungültig erklärt wurden, so daß keiner die Majorität erhielt. Gegen diesen Beschluß werden wir selbstverständlich Klage erheben.

### Potsdam.

**Stadtverordnetenversammlung.** Dem Dringlichkeitsantrage des Magistrats über die Beteiligung der Stadt an der Städtebauausstellung stimmte man zu. Der Stadtrat Jwider, dessen Wahlperiode abgelaufen ist, wurde mit allen abgegebenen Stimmen auf weitere 12 Jahre wiedergewählt. Eine lebhafteste Debatte entstand über die Eingemeindungssfrage. Man hat allgemein eingeschätzt, daß durch die bisherige städtische Politik, recht viele Baustellen für Villen und Landhäuser zu schaffen, die erwartete Entwicklung Potsdams nicht eintritt, da die Häuser hierfür fehlen und die Arbeiterschaft mehr und mehr abwandert. Man will daher die zum Kreise Bauschweig gehörenden Teile, die an die Teltower Vorstadt angrenzen, eingemeinden. Die sich direkt an Potsdam anschließende Kolonie Cecilienhöhe des Arbeiterbauvereins, die ja wesentliche Vorteile für Potsdam nicht bietet, ist aber der Schlüssel für weiteres wertvolleres Gelände. Die in Aussicht genommene Zwangsmehrregel würde aber das Fortbestehen der Kolonie in Frage stellen. Seit 10 Jahren muß für jedes Kind der Kolonie, das die Potsdamer Gemeindefschule besucht, 6 M. Schulgeld gezahlt werden, in Zukunft sollen 60 M. entrichtet werden. Man hob diesen Beschluß vorläufig bis zum 1. Oktober d. J. auf. Die ebenfalls in Aussicht genommene Eingemeindung der Kolonie Dohem (für Eisenbahndienstleistungen) scheitert an dem vorläufigen Widerstand der Eisenbahnbehörde für diese Kinder muß das erhöhte Schulgeld gezahlt werden. — An den Gemeindefschulen soll der Hausunterricht obligatorisch eingeführt werden. Bisher nahmen 144 Schülerinnen fakultativ daran teil. Da aber jetzt 300 Schülerinnen in Frage kommen, sollen die übrigen in der königlichen Handels- und Gewerbeschule für Mädchen gegen eine Entschädigung von jährlich 1736 M. unterrichtet werden. — Die Staatsüberschreitungen für 1908 betragen 70 000 M., die aber durch erhöhte Einnahmen Deckung gefunden haben.

**Liebesstragödie im Wildpark.** In der vergangenen Nacht hat sich im Wildpark eine Liebesstragödie abgespielt. Aus unglücklicher Liebe suchte dort der zwanzigjährige Laubhändler Max Jardt aus der Rachenmannstraße 1 in Berlin seine Geliebte, die sechszehnjährige Arbeiterin Frida Auerich aus der Meuterstraße 73 in Nizdorf durch einen Revolverbeschuss in den Leib zu töten und jagte sich dann selbst eine Kugel in den Oberkörper. Das junge Paar wurde schwer röhelnd von einem Forstinspektor aufgefunden und nach dem St. Josephs-Straßenhaus gebracht. Die Verletzungen sind zwar sehr schwer, aber nicht lebensgefährlich. J. stand bei der Berliner Metallwarenfabrik von Dehmelde u. Schröder in der Waldemarstraße 51 in Stellung und unterhielt schon seit längerer Zeit ein Liebesverhältnis mit der Arbeiterin A., die in einer Straußfedernfabrik tätig war. Dem Verhältnis sollen sich Schwierigkeiten entgegengestellt haben, weshalb das Paar aus dem Leben zu scheiden beschloß.

### Jugendveranstaltungen.

**Ober-Schöneweide.** Freitag, den 5. März (Freitag), findet der Besuch der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt statt. Treffpunkt 11½ Uhr im Jugendheim, Alankstr. 2, part. Abfahrt 12 Uhr 10 Min. vom Bahnhof Nieder-Schöneweide nach Charlottenburg. Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie deren Eltern sind hierzu freundlichst eingeladen. Der Jugendausflug.

### Gerichts-Zeitung.

#### Die rote Fahne beim Leidenbegängnis.

In Genuß verstarb im vorigen Jahre der als eifriger Sozialdemokrat bekannte Vorsitzende des dortigen Gewerkschaftsrates. Bei seiner Beerdigung trug der Genosse Brett eine zusammengerollte rote Fahne, die in einen Trauerstich gefaltet war. Er wurde deshalb wegen groben Unfuges und wegen Uebertretung einer Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten in Magdeburg angeklagt. Das Landgericht Magdeburg verurteilte ihn zu einer Geldstrafe, aber nur wegen Uebertretung der Polizeiverordnung vom 21. April 1891, welche im § 1 bestimmt: „Rote Fahnen, deren Entfaltung zu Demonstrationen gegen die bestehende Ordnung bestimmt oder geeignet sind, dürfen nicht geführt werden.“ Grober Unfug liege nicht vor, da die Fahne zusammengerollt gewesen sei und das Rot wegen der Umhüllung nicht stark hervortrat. Angeklagter habe nicht mit der Fahne demonstriert, sondern nur bezeugt, daß das Leidenbegängnis feierlicher werde. Aber wegen der Uebertretung der Polizeiverordnung müsse er verurteilt werden. Danach hätte er die rote Fahne überhaupt nicht führen dürfen.

Wrett legte Revision ein. Der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft am Kammergericht hielt die Polizeiverordnung für ungültig, und zwar im Hinblick auf das Reichsvereinsgesetz. Polizeiverordnungen allerdings, die mit dem Vereinsrecht nichts zu tun hätten und den einzelnen im übrigen binden, bänden ihn auch, wenn er Mitglied eines Aufzuges oder einer Versammlung sei. Eine Polizeiverordnung dürfe aber nicht in das Vereins- und Aufzugsrecht eingreifen. Das nahm der Oberstaatsanwalt hier als gegeben an, weil Fahnen, wie sie der § 1 der Verordnung nenne, bei Aufzügen getragen würden. Dagegen müsse die Sache an das Landgericht zurückgehen, damit dieses nachprüfe, ob nicht das Leidenbegängnis durch das Tun des Angeklagten zu einem außergewöhnlichen geworden sei, das nach dem Vereinsgesetz einer Genehmigung bedürfe, und ob nicht B. als Veranstalter in Frage käme.

Das Kammergericht wies jedoch am Montag die Revision ab und führte aus: Zur Entscheidung siehe die Frage, ob § 1 des Vereinsgesetzes für Begräbnisse beziehungsweise für öffentliche Aufzüge das Tragen von roten Fahnen gestatte und polizeiliche Beschränkungen, die in der Beziehung bestehen, ausfalle. Der Senat sei ganz der Ansicht, die Wolfgang Heine in seinem Kommentar zum Reichsvereinsgesetz berichte, indem er dort sage: „Besugnisse aber, die der Polizei oder den Behörden für andere Fälle ganz allgemein zustehen, die also nicht vereinsrechtlicher Natur sind, treten nicht deshalb außer Kraft, weil die davon betroffenen Personen sich gerade in Ausübung ihres Vereins- oder Versammlungsrechts befinden.“ — Wenn alle anderen links fahren müßten, dann dürften Begräbnisse nicht etwa deshalb, weil sie Aufzüge seien, rechts fahren. Der § 1 des Vereinsgesetzes wolle mit seiner Bestimmung über den Ausschluß polizeilicher Beschränkungen nur aussprechen, daß die Vereinsbildung und die Art der Versammlung usw. nicht durch Polizeiverordnungen beschränkt werden. Wenn die angezogene Polizeiverordnung eine solche Beschränkung darstellte, dann könnte sie nicht angewendet werden. Das sei aber nicht der Fall. Sie spreche nicht davon, daß rote Fahnen nicht bei Aufzügen oder Begräbnissen geführt werden dürfen. Sie unterlege vielmehr ganz allgemein das Anbringen und Führen roter Fahnen, das öffentlich sichtbar Dekorieren damit usw. Das geschehe nicht, um einer Vereins- oder Aufzugsbildung entgegenzuwirken, sondern um die Allgemeinheit zu sichern gegen Demonstrationen, die durch solche Provokationen vielleicht entstehen könnten. Also sei die Verordnung ohne vereinspolizeilichen Charakter. Die Polizeiverordnung sei also anwendbar. Und wenn etwa ein Verstoß gegen § 19 des Vereinsgesetzes vorläge, dann würde sie in der Anwendung damit nur ideal konkurrieren. Die Anwendung dieses Paragraphen habe aber das Landgericht durch seine Feststellung ausgeschlossen, daß jede Demonstrationsschicht gefehlt habe. Danach habe sich das Begräbnis in den Schranken eines gewöhnlichen gehalten. Die Polizeiverordnung ist mit Recht angewendet.

Die Entscheidung greift fehl. Die Polizeiverordnung ist aus dem von dem Oberstaatsanwalt angeführten Gründen, die das Kammergericht unzutreffend gewürdigt hat, ungültig. Sie ist aber auch deshalb ungültig, weil die Polizei kein Recht hat, das Tragen von roten Fahnen zu verbieten, weil die früher bestanden anzuwenden Verbote des preussischen Strafrechtbuchs durch das Reichs-

strafgesetzbuch aufgehoben sind. Das Reichsstrafgesetzbuch hat diese Materie erschöpfend geregelt. Danach bleibt nach der Reichsvereinsfassung kein Raum zu partikulärrechtlichen oder polizeilicher Regelung. Das ist vom Oberverwaltungsgericht in Sachen Stüben wider den Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein im November 1891 anerkannt. Endlich entbehrt aber die Polizeiverordnung auch wegen des verstoßenen, unklaren Ausdrucks „Demonstrationen gegen die bestehende Ordnung“ der Gültigkeit. Die Kammergerichtsentscheidung ist ein Verstoß mehr zu der Tatsache, daß der Kampf gegen politische Richtungen gelehten, ernannten, nicht gewählten Richtern objektive Erfassung der Rechtslage oft unmöglich macht.

### Ein Distriktskommissar.

Einiges Licht auf das Verhalten eines zur Bekämpfung der Polen eingeführten Distriktskommissars verbreitete eine Schöffengerichtsverhandlung in Rosen. Vor dem Schöffengericht in Posen hatte sich der Kaufmann Hugo Rood wegen Verleumdung des Distriktskommissars Wittmeiers v. Keller, dem er in einer Eingabe an das Amtsgericht in Schrimm den Vorwurf der Vestschlichkeit machte, zu verantworten. Rood hatte in dem Ausflugsorte Unterberg ein Gebäude errichtet und verlangte dafür die Schankkonzession, die der Kommissar verweigerte. In der mündlichen Verhandlung auf dem Landratsamt soll der Landrat von Roodhoff den Rood einen Landstreicher genannt haben, worauf Rood den Landrat wegen Verleumdung verklagte und vor dem Schöffengericht in Schrimm behauptete, der Landrat wisse von dem Treiben des Distriktskommissars und verschleierte dieses. Nun klagte der Kommissar gegen Rood wegen verleumderischer Verleumdung. Der Angeklagte erbot sich, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß im Bezirk allgemein von der Vestschlichkeit v. Kellers gesprochen würde. Ferner bekundete Restaurateur Gohl, daß im Herbst 1908 der Kommissar von ihm ein Darlehen von 300 M. verlangt habe, er habe ihm dieses gegeben und dafür die Forderung erhalten, daß v. Keller am Orte und in der Umgebung keine weiteren Konzessionsgesuche mehr genehmigen würde. Troßdem sei nach einiger Zeit eine neue Konzession erteilt worden. Darüber von Gohl zur Rechenschaft gezogen, habe v. Keller den Betrag zurückgefordert. Ein Gastwirt Morawski bekundete, daß er dem Kommissar 400 M. geliehen habe, die er jetzt noch zu erhalten habe. Ob das Darlehen Entgelt für die Verlängerung der Polizeistunde in seinem Lokal sei, will der Zeuge nicht mehr wissen. Ähnliches bekundeten noch mehrere Zeugen. Der Kommissar mußte selbst zugeben, daß er von den Baufirmen Böhmmer u. Preul und Hoffmann, die in Unterberg Bauten ausführten, größere Beträge geliehen habe. Der Verteidiger geisterte mit schroffen Worten dieses Verfahren eines königlichen Kommissars, der durch seine Pumpereien die Geschäftsleute von ihm abhängig mache. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Rood trotzdem zu 200 M. Geldstrafe. Es betonte, daß das nicht ganz einwandfreie Verhalten des Kommissars v. Keller zugunsten des Angeklagten berücksichtigt worden sei.

### Verfammlungen.

**Deutscher Metallarbeiterverband.** Die Verwaltungsstelle Berlin des Metallarbeiterverbandes hielt am Sonntag ihre Generalversammlung ab, die den großen Saal der Brauerei Königsplatz in der Schönhauser Allee bis auf den letzten Stehplatz füllte. Der erste Punkt der Tagesordnung war der Jahresbericht der Ortsverwaltung, der den Mitgliedern in einer 112 Seiten starken Broschüre gedruckt vorliegt. Der Bevollmächtigte Cohen gab der Versammlung mündlich eine interessante Uebersicht über die wichtigsten Ereignisse und die Entwicklung der Organisation im Jahre 1909. Zu Anfang des Jahres machte sich die Krise in einer Stärke wie nie zuvor geltend. Die Verwaltungsstelle gab im 1. Quartal 1909 461 331,50 M. für Arbeitslosenunterstützung aus, das sind über 41 000 M. mehr als im selben Quartal 1908. Zum Sommer und Herbst nahm die Arbeitslosigkeit immer mehr ab. Der Höhepunkt der Krise wurde unerwartet schnell überwunden. Die Gesamtsumme der Arbeitslosenunterstützung war im Jahre 1909 denn auch geringer als 1908, nämlich 706 833,85 M., statt 922 129,60 M. Berechnet auf sämtliche Mitglieder der Verwaltungsstelle wurden im Jahre 1909 pro Mitglied 14,60 M., im Jahre 1908 pro Mitglied 12,45 M. an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. Wie sich die Arbeitslosenunterstützung in den letzten vier Jahren auf die verschiedenen Berufe oder Branchen der Metallindustrie verteilte, zeigt folgende Tabelle. Es wurden an Arbeitslosenunterstützung pro Mitglied der ausgeführten Branchen ausgegeben im Jahre:

	1906	1907	1908	1909
Schlosser . . . . .	3,08	7,05	13,05	12,60
Klempner . . . . .	6,89	12,15	25,05	19,85
Rohrleger u. Helfer . . . . .	20,01	19,93	25,50	21,75
Dreher . . . . .	4,85	10,85	21,85	15,85
Formner . . . . .	7,35	8,95	20,00	13,75
Arbeiter . . . . .	6,09	6,45	18,52	9,90
Wärter . . . . .	9,44	10,35	19,38	14,85
Anschläger . . . . .	13,05	40,15	53,88	86,00
Schleifer . . . . .	6,05	8,50	16,40	14,00
Mechaniker . . . . .	2,69	4,85	9,15	9,80
Drücker . . . . .	13,85	8,05	17,83	17,00
Göbler und Präfer . . . . .	0,95	6,45	18,52	9,90
Schmiede . . . . .	2,04	4,45	7,15	7,00
Elektromonteur . . . . .	1,81	4,55	8,97	7,30
Arbeiterinnen . . . . .	0,95	1,15	1,15	1,05
Richt-Metallarbeiter . . . . .	2,85	11,65	18,52	8,85
Kadler . . . . .	3,02	13,85	22,28	11,50
Goldarbeiter . . . . .	1,85	1,75	3,00	4,45
Blasler . . . . .	—	1,65	16,47	14,65

Aus Rücksicht auf die Krise mühten die Angriffskreise in drei Vierteln des Jahres auf das allernotwendigste beschränkt bleiben, während im letzten Vierteljahr eine lebhaftere Bewegung möglich wurde. Es fanden im Laufe des Jahres 15 Angriffstreiks, an denen 418 Streikende beteiligt waren, und 46 Abwehrstreiks mit 2667 Streikenden statt. Tarifbewegungen fanden 5 statt mit 3244 Beteiligten. Ferner wurden 103 Differenzen mit 7115 Beteiligten ohne Arbeitsniederlegung erledigt.

In den Tarifbewegungen waren beteiligt: die Bauklempner, die Bauanschläger, die Schwarzdruckgeweure, die Möbelschloßbranche, die Bau- und Geldschrankschloßer und die Hartgummibranche. Die Bauklempner, deren Tarifvertrag von den Unternehmern gekündigt worden war, wurden am 1. April ausgesperrt. Der Kampf dauerte bis zum 26. Juni und führte nicht zum Abschluß eines neuen allgemeinen Tarifvertrags. Das Gewerbegericht hatte einen Schiedsspruch gefällt, der Verschlechterungen bot und von der Bauklempnerversammlung mit 21 gegen 43 Stimmen abgelehnt wurde, worauf man mit 198 gegen 125 Stimmen beschloß, den Streik für beendet zu erklären. Die „Zentrale der Klempnergewerke“ versuchte dann den abgelehnten Tarifvertrag bei den Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes durch weitere persönliche Aussperrung zur Anerkennung zu bringen, was jedoch nicht gelang. Uebrigens hatten während der Lohnbewegung schon 184 Firmen den vom Metallarbeiterverband vorgelegten Tarif anerkannt und dazu kamen nach Beendigung des Kampfes noch einige hinzu.

Den Bauanschlägern war ihr Tarifvertrag ebenfalls von den Unternehmern gekündigt worden, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Die Preise sollten um 10 Proz. herabgesetzt werden. Der Plan mißlang. Nach einem partiellen Streik, der sich auf 10 Firmen mit 163 Bauanschlägern erstreckte, wurde der Tarifvertrag mit keinen Änderungen und Erhöhung des Stundenlohnes von 65 Pf. auf 70 Pf. auf drei Jahre neu abgeschlossen.

Die Tarifbewegung der Schwarzdruckgeweure, die zu einem Streik führte, der fast ¼ Jahr dauerte, hatte nicht den gewünschten

Erfolg. Es handelte sich in dieser Gruppe um einen ernsten Anlauf zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Daß das Ziel nicht erreicht wurde, kann nur ein Ansporn sein, bei der nächsten Gelegenheit besser gerüstet auf den Plan zu treten. Uebrigens hat die Bewegung bei einer Firma zum Abschluß eines Tarifvertrags geführt.

In der Möbelschloßbranche gelang es nach kurzen Streiks, Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu treffen, die bis zum 1. Juni 1911 Geltung haben.

Den Bauanschlägern und den Geldschrankschloßern waren ihre Tarifverträge von den Arbeitgebern zum 1. April gekündigt worden. Die Verhandlungen, die während der Kündigungsfrist stattfanden, hatten keinen Erfolg. In beiden Branchen kam es zur Arbeitsniederlegung und zum Teil zur Aussperrung. Bei den Geldschrankschloßern, die am 27. Juli die Arbeit niederlegten, kam es am 20. August zu einer anderthalbjährigen Verlängerung des alten Tarifvertrags mit einer Erhöhung der Stundenlöhne der Hilfsarbeiter um 2½ Pf. Die Geldschrankschloßer erklärten sich, wenn auch erst nach längerem Sträuben, damit einverstanden. Für die Bauanschläger und Kunstschmiede kam ebenfalls am 20. August ein neuer Tarifvertrag zustande, der geringe Lohnerhöhungen bot, aber von der Schloßerverammlung nicht gutgeheißen wurde. Es waren 243 Stimmen dafür und 273 dagegen. Da somit die zur Fortführung des Streiks notwendige Mehrheit nicht vorhanden war, wurde die Bewegung für beendet erklärt.

In der Hartgummibranche, deren Tarifvertrag im Herbst abgelaufen war, wurde mit vier Firmen ein neuer Vertrag abgeschlossen. Bei drei anderen Firmen wurde die Arbeit niedergelegt. Der Streik endete bei diesen Firmen am 20. November mit Verlängerung des alten Tarifvertrags bis zum 1. Oktober 1910.

Nieht man in Betracht, daß das verfloßene Jahr im allgemeinen ein Jahr der Wirtschaftskrise war, so ist die Bewegung zur Verbesserung der Lohnverhältnisse und zur Abwehr von Verschlechterungen immerhin recht lebhaft zu nennen. Die Krise wie die inzwischen eingetretene Steigerung der Wirtschaftslage zeigen sich selbstverständlich auch im Bericht über den Arbeitsnachweis der Organisation. Im ganzen verfloßenen Jahre wurden 5734 Stellen vermittelt. Auf die ersten drei Monate kamen davon 673 Stellen, wozu noch vom 1. Januar bis zum 15. März 1910 schon 1676 Stellen vermittelt worden sind. Im Februar 1909 waren es 166, im selben Monat 1910 731 Stellen; im ganzen März vorigen Jahres waren es 300 Stellen und in der ersten Hälfte des März dieses Jahres sind schon 462 Stellen vermittelt worden.

Zur Aufklärung und Erziehung der Jugend in der Metallindustrie ist eine Jugendabteilung gegründet, die der Organisation nicht eingefügt ist, sondern nebenher geht. Die dort geleisteten Beiträge werden beim späteren Eintritt in den Verband angerechnet. In der Charitéstraße 3 ist ein Jugendheim eingerichtet, das Sonntagsnachmittags geöffnet ist zu unentgeltlicher Benutzung für jeden jugendlichen und Lehrling. Die Jugendabteilung zählte Ende des Jahres bereits rund 1000 Mitglieder.

Zur Gewinnung der Arbeiterinnen der Metallindustrie ist für den Verband eine besondere Kommission tätig und ihre Arbeit hat bereits gute Erfolge erzielt. Die Zahl der weiblichen Verbandsmitglieder ist von 3546 auf 4222 gestiegen.

Daß innerhalb der Mitgliedschaft die allgemeinen Bildungsbestrebungen nicht vernachlässigt werden, dafür zeugt die starke Benutzung der Bibliotheken der Verwaltungsstelle. Es bestehen neben der Hauptbibliothek neun Ortsbibliotheken und dazu ist im Oktober 1909 die Bibliothek des Jugendheims gekommen. Die Zahl der Bände ist im verfloßenen Jahre von 8710 auf 10 239 gestiegen. Jugendschriften sind 669 vorhanden. Die Zahl der Buchausleihungen war 48 882 gegenüber 60 451 im Jahre 1908. Daß die Zahl diesmal geringer war, hat lediglich seine Ursache darin, daß die Hauptbibliothek wegen Revidierung und Verlegung vom Hinterhaus 2 Treppen nach dem Porterre des Vorderhauses in der Charitéstraße fast vier Monate lang geschlossen bleiben mußte. Eine vergleichende Zusammenstellung mit den Bibliotheksberichten anderer Gewerkschaften zeigt, daß die Metallarbeiter mit der Benutzung ihrer Bibliothek oben an stehen.

Die Mitgliederzahl der Verwaltungsstelle war am Jahresabschluss 64 081. Sie ist im Laufe des Jahres trotz der Krise um fast 1000 gestiegen.

Die Jahresabrechnung schließt für die Hauptklasse mit der Bilanzsumme von 2 138 698,53 M. ab. Unter den Ausgaben der Hauptklasse sind für die Unterstützung in Krankheitsfällen 465 600,35 M., für Arbeitslosigkeit 798 833,85 M., für Streikunterstützung 238 242,15 M., für Vermögensgegenstände 90 427,80 M., für Reichsrecht 30 160,06 M. An die Hauptklasse wurden 150 000 M. eingeschandt. Die Bilanzsumme der Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse ist 1 878 705,04 M. Der Bestand der Lokalkasse ist im Laufe des Jahres von 699 665,66 M. auf 947 960,50 M. angewachsen. Er ist zurzeit bereits auf über eine Million gestiegen. Am 22. Oktober 1909 wurden der Verwaltungsstelle durch Einbruch 7548,34 M. gestohlen. Die Summe ist jedoch von der Versicherungsgesellschaft gegen Einbruchdiebstahl gedeckt worden, nachdem der Kassierer Henning die Gesellschaft verklagt hatte.

Die Generalversammlung, der die Abrechnung vom 4. Quartal 1909 gefordert vorlag, erteilte dem Kassierer nach kurzer Diskussion einstimmig Decharge.

Hierauf folgten die Ergänzungswahlen zur Ortsverwaltung. Als 1. Bevollmächtigter wurde Cohen, als 2. Kassierer Blumenthal wieder gewählt. Als Beisitzer wurden Fritz Carl und Stricker gewählt. Die Wahl dreier Revisoren erfolgte durch Abstimmung, als Kandidaten dazu wurden Dräger, Gries, Präfer und Volmer aufgestellt.

Sodann kamen noch einige Anträge zur Verhandlung. Angenommen wurde ein Antrag, wonach eine besondere Kommission eingesetzt werden soll, die eine Bewegung zur Einführung des freien Sonntagsnachmittags für die Metallindustrie Berlins zu entfalten hat; ferner ein Antrag, wonach die Reise- und Aufenthaltsunterstützung in Zukunft nicht mehr im Verbandsbureau, sondern im Gewerkschaftshaus ausgezahlt werden soll. Die Ortsverwaltung wird sich mit den beiden Beschlüssen nach Beschäftigen und der nächsten Generalversammlung Vorschläge zu ihrer Durchführung unterbreiten.

**Leser- und Diskutierklub „Wilhelm Dieckhoff“.** Heute Donnerstag, abends 9 Uhr, Sitzung bei K. Elshorn, Danziger Straße 9. Vortrag. — Gäste willkommen.

### Vermischtes.

23 900 Mark Schiffsgelder wurden am Sonnabend auf dem im Hafen von Wilhelmshaven liegenden Torpedoboot „S. 117“ von einem Werkstättenarbeiter gestohlen, der früher auf einem Torpedoboot gedient hatte und daher mit den Verhältnissen vertraut war. Der Diebstahl wurde erst am Dienstag entdeckt. Der sofort verhaftete Dieb bezeichnete eine Stelle im Hafen, wo er die Kasse mit ihrem Inhalt versteckt haben will. Lauffer sind jetzt damit beschäftigt, nach dem Gelde zu suchen.

**Feuer im Thorer Fernsprechanstalt.** Aus Thorn wird vom gestrigen Tage gemeldet: Im Telegraphen- und Fernsprechanstalt ist Feuer ausgebrochen. Der Fernsprechanstalt ist einstweilen gänzlich unterbrochen. Telegramme von und nach Thorn werden wahrscheinlich erhebliche Verzögerungen erleiden.

Eine weitere Meldung aus Thorn lautet: Das Feuer im Hauptpostgebäude entstand um 11½ Uhr vormittags in einer Dachkammer und entwickelte sich mit großer Schnelligkeit. Auch der Telefonhelm mit etwa 600 Drähten geriet in große Gefahr. Die Feuerwehre vermochte nur wenig auszurichten. Um Mittag mußte das Telegraphenamt von den Beamten geräumt werden.



Eisenbahnüberfall in Rußland. Aus Tiflis wird gemeldet: In der Nähe der Station Nigoi brachten gestern Räuber einen Kohlenzug, in dem sich ein Kassenbeamter mit der Schöpfung für die Bahnarbeiter befand, zum Entgleisen, wobei ein Schaffner getötet und die Lokomotive sowie zehn Wagen zertrümmert wurden. Die Räuber eröffneten ein Feuer auf den Zug, das von den Postbeamten, die den Kassenbeamten begleiteten, erwidert wurde. Der Kassenbeamte wurde getötet, drei Postbeamte wurden verwundet. Die Räuber, denen es nicht gelang, das im Zuge befindliche Geld zu rauben, entflohen.

Ausbruch des Vekna. Nach Meldungen aus Cattania erfolgte gestern früh 8 Uhr 15 Minuten ein Ausbruch des Vekna. Ein Schlund öffnete sich in Höhe von 2000 Metern und warf Asche, Lava und Steine aus.

### Briefkasten der Redaktion.

Die literarische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, hinter Holbeiner Eingang, vier Treppen, **Freitag** 7 Uhr, wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. **Freitag** 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Post als Westküste beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Die zur Besprechung im Briefkasten **Nummern 14 Tage** verbleiben. Gütige Fragen ergeht man in der Sprechstunde vor.

**D. 12.** Ihre Anfrage ist in Nr. 62 beantwortet. — **Friedenan.** 1. Am 1. Juli 1900. 2. Rein. Die Stempelgebühr beginnt erst bei einem Preisgeld von 200 M. jährlich. 3. Für jedes Kalenderjahr. 4. Nur an einem der beiden Wohnorte. 5. Ja. In 20 Jahren. — **H. 23. 100.** Ihr Vater soll unter Überweisung seines Willkürpfeils einen Antrag an das Polizeipräsidium stellen. Für die zurückliegende Zeit wird nichts ge-

währt. — **H. 23. 15.** Der mündliche Versuch genügt; allerdings trifft Sie die Beweislast. Sie hätten auch noch eine Nachfrist stellen müssen. Die der abhängige Rechtstitel entfallen werden wird, können wir nicht sagen. — **H. 23. 100.** 1. Der Testamentvollstrecker hat die unbeschränkte Vermögen, wenn im Testament nichts anderes bestimmt ist. Er muß Ihnen auf Verlangen alljährlich Rechnung legen. Seine Tätigkeit muß auf die Verbeihaltung der Kassenbuchführung gerichtet sein. 2. Ein anderer Gläubiger kann, wenn er einen Schuldtitel besitzt, in den Nachlass vollstrecken lassen. — **H. 23. 26.** 1. Ja, sofern er dazu ohne Gefährdung seines Vermögens Unterhalt unter Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen imstande ist. 2. Darüber gibt die Verwaltung des Stilles Nachlass. 3. Sind die Waren nach Aufhebung des Abkommens bezogen und hat die Firma vor der Forderung Kenntnis von der Aufhebung durch die Beteiligten erhalten, dann haften Sie nicht, sonst ja. — **H. 23. 100.** Kommen Sie in der Zeit zwischen 12 und 8 Uhr in die Redaktion. — **H. 23. 1885.** Wenden Sie sich an die Zeitung oder die Handwerkskammer. — **H. 23. 5.** 1. Die Mutter muß bei dem Vormundschaftsgericht die Bestellung eines Pflegers beantragen. Dieser muß fragen, 2. etwa 60 M. monatlich, 3. Es kann Bezahlung des Kindes erfolgen. — **H. 23. 19.** Es würde für einen solchen Fall in Abwesenheit der Beteiligten verhandelt werden. — **H. 23. 54.** Gewährt die Krankenliste, der Sie jetzt angehören, die Mindestleistungen, so sind Sie von dem Leistungsanspruch befreit. Wenden Sie sich an die Versicherungsbehörde. — **H. 23. 15.** 1. Fragen Sie bei dem Kunststudienbüro, Bahnhof Alexanderplatz an. 2. Vom Lehrstuhl für Stadtbau. — **H. 23. 10.** Ja. — **H. 23. 1.** Rein. — **H. 23. 110.** Der Verkauf dürfte erst erfolgen, nachdem Sie eine bestmögliche Androhung erhalten hätten, vorausgesetzt, daß dem Gläubiger Ihre Adresse bekannt war. Haben Sie diese Androhung nicht erhalten, so können Sie Schadenersatz fordern. Die Kosten richten sich nach dem Objekt. — **H. 23. 1000.** Rein. — **H. 23. 1.** Das ist zulässig. — **H. 23. Gropiusstraße.** Die Halle können wir nicht empfehlen. Wenden Sie sich übrigens an Bild. Hinz. Brunnstr. 66, von IV. — **H. 23.** Wir raten, die Angelegenheit mit dem Vorsitzenden des IV. Kreises, Grafen Paul Hoffmann, Oppener Straße 47, zu besprechen. — **H. 23. Wankstr. 62.** In der Ausjährlichkeit, wie Sie es wünschen, können wir die Anfrage nicht

beantworten. Kommen Sie in den Abendstunden gleich nach Beendigung Ihrer Arbeit in die Sprechstunde der Redaktion, Lindenstraße 69. — **H. 23. 19.** Der § 20 gestattet Ermäßigung aus sogenannten Billigkeitsgründen.

### Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Buch und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Überweisung von Freizeitemplaren sofort ihre Adresse einschicken, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeschickt werden.

### Witterungsüberblick vom 23. März 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (auf Meeresspiegel)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (in Grad Celsius)	Stationen	Barometer (auf Meeresspiegel)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (in Grad Celsius)	
Schwetznitz	760	SW	4	Regen	5	Dachau	751	SW	2	heiter
Dachau	760	SW	7	bedeckt	6	Ulm	753	SW	1	wolkig
Ulm	764	SW	3	bedeckt	10	Stuttgart	775	SW	3	wolkig
Stuttgart	771	SW	2	wolkig	10	Heidelberg	774	SW	1	bedeckt
Heidelberg	770	SW	3	bedeckt	1	Frankfurt	778	SW	3	wolkig
Frankfurt	765	SW	4	bedeckt	4					

Wetterprognose für Donnerstag, den 24. März 1910. Ein wenig kühler, teilweise auffrischender, jedoch unbedeutend mit einzelnen Regen- oder Graupelhaufen und frischen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

# Theater und Vergnügungen

**Donnerstag, den 24. März.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Hauptprobe zum Einweihungsfeier.  
Königl. Schauspielhaus. Geschlossen.  
Neues königl. Operntheater. Geschlossen.  
Deutsches. Publi. Kammer spiele. Neben. (Anfang 8 Uhr.)  
Kessing. Die Frau vom Meer.  
Neues Schauspielhaus. Altheideberg.  
Kleines. Lustspiel. Anfang 8 Uhr.  
Königliche Oper. (Kleines). Berliner. Zirkus. Neues. Der Philosoph von Senzouel.

**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr: Der Abels Bauer. Morgen: Eretorium. „Die Schöpfung“ mit Kammerfänger Alex. Weismann. Sonnabend: Der Abels Bauer.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr: Geschlossene Vorstellung.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Donnerstag, 23. März, abends 8 Uhr: Schuldig.

**Schuldig.**  
Drama in 3 Akten von Rich. Beh. Freitag: Geschlossen. Sonnabend: Der Strom. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Die Jungfrau von Orleans.

**Neues Operetten-Theater.**  
Abends 8 Uhr: Der Strom von Halbe. Freitag: Geschlossen. Sonnabend: Schuldig.

**Volksooper.**  
SW, Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8. Abends 7 1/2 Uhr:

**Hugenotten.**  
Abends 8 Uhr: Was Gott zusammenfügt.

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr: Was Gott zusammenfügt.

**Was Gott zusammenfügt.**  
Schauspiel in fünf Akten von Ernst Hiltner nach freier Benutzung einer Erzählung von Courtenay-Walker. Freitag u. Sonnabend: Geschlossen. Sonntag nachm. 3 Uhr: Don Carlos. 8 Uhr: Was Gott zusammenfügt.

**ROSE-THEATER**  
Grosse Französischer Str. 122. Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
**Die Ehre.**  
Schauspiel in 4 Akten v. Sudermann. Freitag: Geschlossen. Sonnabend: Rein. Sonntag nachm.: Die Ehre. Abends: Der Verschwenker.

**Gastspiel-Theater.**  
Am Donnerstag, Freitag u. Sonnabend bleibt das Theater geschlossen.

**Metropol-Theater**  
Donnerstag, den 24. März 1910: Gastspiel des

**Deutschen Theaters.**  
Frühlings Erwachen. Sonnabend, den 26. März 1910: Gespenster.

**Folies Caprice**  
Komiker Schnitzel. Solo-Teil. Das Lied vom braven Mann. Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48. Donnerstag, den 24. März: Keine Vorstellung.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Königliche-Theater.)  
Donnerstag, abends 8 Uhr: Wallensteins Tod. Trauerspiel in fünf Aufzügen von Friedrich Schiller. Ende 11 Uhr.  
Freitag: Geschlossen. Sonnabend, abends 8 Uhr: Geschäft ist Geschäft.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater. Nachmittags 4 Uhr: Rom und die Campagna. 8 Uhr: Eugen Zabel: Vom Kreni zur Nawa.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr: Das gesellschaftliche Ereignis von Berlin. Auftreten der schönen Sisters Ridley in ihren historischen Tänzen. Georg Kaiser Schnelder-Duncker und das große Programm!

**Passage-Panoptikum**  
Senegal in Berlin! 50 wilde Weiber Männer, Kinder. Drei Negerdörfer Ohne Extra-Entree!

**Apollon Theater**  
Heute, Donnerstag sowie Sonnabend: Vollständig neues Programm. Karfreitag geschlossen. An beiden Osterfesttagen: Je zwei Hauptvorstellungen.

**WINTERGARTEN**  
Das Dreigestirn wölblicher Schönheit, Grazie u. Kunst Rosario Guerrero Marie Lafargue Odette Valery und die anderen Star-Attraktionen. Morgen (Karfreitag): Geschlossen.

**Karl Haverland**  
Anfang Theater. präz. 8 1/2. 77/79 Kommandantenstraße 77/79. Neue erstklassige Spezialität. Liliputaner-Truppe prolongiert. Heute nach d. Vorstellung: Voll.

**Schiller-Theater (Charlottenburg).**  
Donnerstag, abends 8 Uhr: Viel Lärm um nichts. Lustspiel in 5 Akten v. W. Shakespeare. Ende 10 1/2 Uhr.  
Freitag: Geschlossen. Sonnabend, abends 8 Uhr: Hans Lange.

**Zirkus Sarrasani**  
alter Botanischer Garten. Donnerstag, den 24. März, abends 8 Uhr: Brillante Vorstellung mit einem rein sizilianischen Programm. Ab 9 1/2 Uhr: Fortsetzung der Ringkampfkonzurrenz unter dem Protektorat des Herrn Prof. Reinhold Segas. Endkämpfe: Es ringen: Van den Berg gegen Stronge, Reykowitz gegen Careaux de Bastoux. Entscheidungskampf Jakob Koch gegen Michaeloff.

**Herrnfeld Theater**  
Kommandantenstr. 57. T. H. 4, 5083. Heute, Donnerstag und Sonnabend, 2. Serie des Herrnfeld-Systems: Die Meyerhains und Die letzte Ehre. Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr Karfreitag geschlossen. Oster Sonntag und folgende Tage: 3 Serie: Die beiden Bindelbands. Die Original-Klabrias-Partie. Sonntag und Montag, Nachm. 4 Uhr: Halbe Weile: Es lebe das Nachleben.

**Palast-Theater.**  
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse. Internationales Ringkampf-Championat um die Weltmeisterschaft. Protektor: Herr Prof. H. Hunderloser. Preise: 10 000 M. in Bar. Donnerstag, den 24. März: Finale-Kämpfe. Entscheidungskampf: Pederken gegen Verdet. Dieser Kampf, der am Montag wegen Unzufriedenheit abgebrochen wurde, kommt zuerst zum Austrag, danach ringen, falls es die Zeit erlaubt: Rlyps gegen Elément. Massetti gegen Ali Galin. Vorher: Die glänzenden Spezialitäten. Anf. 8 Uhr. Preise 50 Pf. bis 3 M.

**Casino-Theater**  
Lohrenger Straße 37. Anfang 8 Uhr. Aekermann. An den Feiertagen 8 Uhr: Berlin bei Nacht. An den Feiertagen nachm. 4 Uhr: Ein deutsches Frauenherz.

**Artushof**  
Perleberger Straße 30. Montag, 2. Osterfesttag: Paul & Springers Kabarett- und Possen-Gesellschaft. Anf. Konz. 5 Uhr., Vorst. 7 Uhr. Tanz

# Freie Volksbühne

Die nächsten Stücke:  
Lessing-Theater: Neues Schauspielhaus: nachmittags und abends: Hanneles Himmelfahrt. Traumulus. Thalia-Theater: Residenz-Theater: Der Dorfkyrann. Musotte.

In Vorbereitung: Oskar Wilde: Bunbury (Ernst sein).

Die Karfreitag-Vorstellungen am 25. März im Neuen Schauspielhaus und Thalia-Theater: „Ernst sein“ und „Der Dorfkyrann“ sind vom Berliner und vom Schöneberger Polizeipräsidium wiederum verboten worden, da diese Behörden an dem Tage auch für geschlossene Gesellschaften nur „geistliche Konzerte“ gestatten. Die Ersatzvorstellungen sind im Neuen Schauspielhaus am 2. Pfingstfesttage und im Thalia-Theater am Sonntag, den 5. Juni, je nachmittags 3 Uhr.

Einige Karten zu den Nachmittags-Abteilungen können noch in den Zahlstellen bestellt werden.

240/13 Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

**Zirkus Schumann**  
Donnerstag, den 24. März, abends 7 1/2 Uhr: Brillante Vorstellung. Aerial Shaws die phänomenalen Künstler. Neu! Neu! Oberganner, Fuchshengst in der hohen Schule geritten von Herrn Geh. Dir. Albert Schumann, neue und moderne Dressuren. Le Ri-Tchaves in ihren Barbarentänzen. Um 9 1/2 Uhr Ende 11 Uhr Die drei Rivalen. Hr. Ferris und der Hugenottentanz. Karfreitag: Geschlossen. Osterfesttag u. Montag: Je zwei große Vorstellungen.

**Zirkus Busch.**  
Heute Donnerstag, den 24. März, abends 7 1/2 Uhr. präz.: Großer Gala-Abend. Die Hassans! Theresia Filis, James Leon Filis Jun., Heinrich Filis, in ihren Produktionen d. hohen Schule. Hr. E. Schumann, Meisterrhos. Reiterfamilie Proserpio. Zwergclown Francois, Kunst. Gigerclown Alfred Daniels. 9 Uhr ca. Ende 10 1/2 Uhr. Die russ. Sensations-Pantomime Marja! Sonntag, Montag: 2 Vorst.

**Walhalla Variete-Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor. — Anfang 8 Uhr. — Die glänzenden Spezialitäten.

**Reichshallen-Theater.**  
Steffiner Sänger (Reysel, Britton, Schrader etc.) Anfang: 8 Uhr. Elite-Programm.

**W. Noacks Theater**  
Brammentr. 16, am Rosenhaler Tor. Direktion: Franz Wertz. Vom 23. bis 26. März der Karwoche wegen geschlossen. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der widerwärtigen Zähmung. Sonntag abends 8 Uhr: Wagh- und Schleichgesellschaft. Schwani in 5 Akten.

**Tonbild-Theater**  
Reinickendorfer Str. 26-27. Heute vollständig neues Programm! Jedes Bild ein Schaller. Vorstellung von 5-11 Uhr. (Entr. 20 Pf.) ohne Kinder 10 „ Nachschl.

**Königstadt-Kasino.**  
Goldmarckstraße 72. Täglich Spezialitäten ersten Ranges mit Frans Sobanski. 6 Uhr: Gobeils Liebesroman. 8 Uhr: Gobi-Domertag und Eher-Sonnabend: Traum der Hofe und Klippen und Wellen. An den 3 Osterfesttagen: Festvorstellung. Anfang 6 Uhr.

**Reform-Kino**  
Heute vollständig neues Programm! Jedes Bild ein Schaller. Vorstellung von 5-11 Uhr. (Entr. 20 Pf.) ohne Kinder 10 „ Nachschl.

**Königstadt-Kasino.**  
Goldmarckstraße 72. Täglich Spezialitäten ersten Ranges mit Frans Sobanski. 6 Uhr: Gobeils Liebesroman. 8 Uhr: Gobi-Domertag und Eher-Sonnabend: Traum der Hofe und Klippen und Wellen. An den 3 Osterfesttagen: Festvorstellung. Anfang 6 Uhr.

**Königstadt-Kasino.**  
Goldmarckstraße 72. Täglich Spezialitäten ersten Ranges mit Frans Sobanski. 6 Uhr: Gobeils Liebesroman. 8 Uhr: Gobi-Domertag und Eher-Sonnabend: Traum der Hofe und Klippen und Wellen. An den 3 Osterfesttagen: Festvorstellung. Anfang 6 Uhr.

**Königstadt-Kasino.**  
Goldmarckstraße 72. Täglich Spezialitäten ersten Ranges mit Frans Sobanski. 6 Uhr: Gobeils Liebesroman. 8 Uhr: Gobi-Domertag und Eher-Sonnabend: Traum der Hofe und Klippen und Wellen. An den 3 Osterfesttagen: Festvorstellung. Anfang 6 Uhr.



Aus der Partei.

Gemeindefestige.

Bei den in den letzten Wochen erfolgten Gemeindefestwahlen im Bezirk Kassel hat unsere Partei außerordentlich erfreuliche Erfolge erzielt. In 30 Orten fiel uns der Sieg in der dritten und in 12 von diesen 30 Gemeinden auch in der zweiten Wählerabteilung zu.

In Fulda gelang es bei Erfurt, einer Gemeinde, die im nächsten Jahre mit Erfurt verschmolzen wird, sich bei der Gemeindefestwahlen zwei Genossen in der dritten Abteilung gewählt zu lassen.

Erhöhung der Parteibeiträge.

Der Sozialdemokratische Verein für die Wahlkreise Kassel-Stadt und Kassel-Land beschloß, zur Sammlung eines Wahlfonds dauernd einen Extrabeitrag von 20 Pf. pro Vierteljahr von den männlichen Mitgliedern zu erheben.

Personalien. Genosse Pief legt am 1. April seinen Posten als Parteisekretär in Bremen nieder, um in das Sekretariat des Bildungsausschusses zu Berlin einzutreten.

Soziales.

Landarbeiterleben.

Auf dem Gute Rozuslowo, Kreis Strelno (Posen), kam es unter den dort beschäftigten ausländischen Arbeitern zu schweren Ausschreitungen. Die Arbeiter verlangten Innehaltung der ihnen zugesicherten Bedingungen und bessere Behandlung.

Das ist der Schluß des Dramas. Erst schöne Vorspiegelungen, die nicht gehalten werden, zuletzt Pöbe mit der blanken Waffe und darauf vielleicht noch eine längere Gefängnisstrafe und Ausweisung.

Zweiter Deutscher Wohnungskongreß.

Im Herbst 1904 hat bekanntlich ein Erster Deutscher Wohnungskongreß unter außerordentlich starker Beteiligung in Frankfurt a. Main stattgefunden. Der Deutsche Verein für Wohnungsreform hat sich, einem Auftrage des ersten Kongresses folgend, vor kurzem mit einer Anzahl anderer Wohnungsreform-Organisationen Deutschlands in Verbindung gesetzt.

Eine Submissionsblüte.

Ein krasses Ergebnis zeitigte die Ausschreibung der Maurerarbeiten an der Eisenbahnstrecke Oberhausen-West. Es liefen 26 Offerten ein. Von diesen betrug die niedrigste, von der Firma Eichhoff u. Comp. in Gaitingen abgegebene 36 355,90 M., die höchste, von der Firma Friedrich Rosen in Münster abgegebene 116 952,20 M.

Würden die Arbeiten direkt an die Arbeiter gegeben, so würden der Fiskus und die Arbeiter weit besser fahren.

Aus Industrie und Handel.

Lebensmittelverteuerung.

Seit Monaten ist die Bewegung der Lebensmittelpreise andauernd steigend. Der wöchentliche Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Familie, berechnet auf Grund der Verpflegungsration des deutschen Marinesoldaten, stellte sich nämlich im Durchschnitt von 55 deutschen Städten während der ersten beiden Monate dieses und des vorigen Jahres auf 2,14 M.:

Table with 4 columns: Year, January, February, Difference against 1909. Values range from 22.46 to 23.75.

Die Verteuerung der Haushaltkosten gegenüber 1909, die im Januar 1,29 M. betragen hatte, stellt sich im Februar auf 1,39 M. höher als im Vorjahre stellen sich vor allem die Preise der verschiedenen Fleischsorten. Rindfleisch kostete im Februar d. J. durchschnittlich 1,55 M. pro Kilogramm gegen 1,53 M. im Vorjahre.

2,58 M. gegen 2,45 im Vorjahre. Ungebrannter Kaffee stellt sich im Preise auf 2,14 M. gegen 1,95. Die oben berechnete Steigerung des Wochenaufwandes macht nicht weniger als 6,2 Proz. aus.

Preisrückgang. Mit Hinweis auf die Preissteigerung am Rohschuldenmarkt haben die im Zentralverein deutscher Kaufmannsvereine vereinigten Unternehmer beschlossen, neben den bisherigen Aufschlägen weitere Preisrückgänge von 10 bis 20 Proz. einzutreten zu lassen.

Die Rosellkanalisierung.

In der Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses ist unlängst das Projekt der Rosell- und Saarkanalisierung zur Erörterung gelangt. Da interessierten wohl die Vorträge, die Landtagsabgeordneter Dr. Kochling und Generalsekretär Magoczay (vom Zentralverein für deutsche Vinnenschifffahrt) über dieses Thema auf der zweiten Generalversammlung des Deutsch-Französischen Wirtschaftsbundes am 15. November v. J. gehalten haben.

Die Rosellkanalisierung, die schon 1793/94 vom Comité de Commerce in Metz gefordert worden war, ist zuerst 1867 von der französischen Regierung in ihrem Gebiet - von Frouard bis Metz - durchgeführt worden. Durch § 18 des Frankfurter Friedensvertrages wurde die Weiterführung für beide Staaten vorgesehen.

Für den Verkehr kommen hauptsächlich folgende großen Verfrachtungen in Betracht: 1. Rhein und Mosel aufwärts; Ruhrflöz zur Verladung der Kohlen, 2. Mosel abwärts nach dem Rhein zu; Erz für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, Roheisen und Stahlbruch für die reinen Walzwerke, endlich zahlreiche Fertigwaren zum Export nach Übersee, die heute über belgische Bahnen nach Antwerpen gehen.

Weiter würde die Ausnutzung des durch Wasserturbinen billig zu gewinnenden elektrischen Stroms der Landwirtschaft große Vorteile zuführen. Auch den kleineren Orten des Roselltales würden sich - hinsichtlich elektrischer Beleuchtung, Anlage elektro-chemischer Fabriken, Abgabe elektrischer Kraft an Handwerker usw. große Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen.

Technisch liegen die Verhältnisse überaus günstig: Die Kosten betragen pro Meter nur 250 M., insgesamt 75 Millionen Mark (für die Saar 27 Millionen Mark). Die Leistungsfähigkeit ist auf je 12,5 Millionen Tonnen jährlich in Berg- und Talfahrt zu veranschlagen.

Trotzdem nimmt das preussische Warten- sowie Finanzministerium eine fast absolut passive Haltung ein, in der Hauptsache wohl aus Beschränkung erheblicher Ausfälle der Eisenbahneinnahmen, die man neuerdings auf 24 Millionen Mark jährlich (früher nur auf 18-20 Millionen Mark) geschätzt hat.

Druckfehlerberichtigung. In der Notiz „Kartellpolitik“ in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ muß es im zweiten Absatz heißen erstes Wort „Auch“ anstatt „Als“ und in der 4. Zeile „etwas“ anstatt „eher“.

Agrarische Liebesdienste.

Als Schulbeispiel, wie man in Deutschland im Interesse unserer Agrarier Handel und Verkehr zu fördern pflegt, teilen die Hamburger Beiträge folgendes mit: Seit Jahren haben sich unsere Handelskreise die größte Mühe gegeben, die Beziehungen zu den Ländern am Persischen Golf zu entwickeln.

Aus der Naturgeschichte des Wohllebens.

Auf den Ton schauernder Andacht vor dem Erhabenen sind die Berichte der bürgerlichen Blätter über eine neue Kodex-Stiftung gefolgt. Die „New Yorker Staatszeitung“, das Organ der deutschbürgerlichen Mittelklasse, das sonst so gern und häufig über die brutale Rücksichtslosigkeit, die korrupten und räuberischen Methoden des Delinquenten zeteriert, bittet heute mit dem Hut in der Hand alle Kodexler je nachgelagten Schlechtigkeiten ab.

tristung der Wohlthätigkeit hinauszuweisen scheint. Man weiß nicht, ob Kodexler ein oder einige Hundert Millionen springen lassen wird, oder ob er gar, wie man munkelt, ein volles Drittel seines Milliardenvermögens hergeben will, von dem er übrigens selber nicht weiß, wie groß es eigentlich ist.

Gerade zur rechten Zeit erzählt jetzt der sozialistische „Appeal to Reason“ die Begleit- und Folgeumstände der Entscheidung des milden Richters Groschup in Chicago, der das denkwürdige Urteil des Richters Landis, wodurch dem Delinquent eine Buße von 29 000 240 Dollar auferlegt wurde, umstieß, und diese Entschlüsse lassen den Ursprung der Delinquenten, mit denen Kodexler „wohlthun“ will, in greller Beleuchtung erscheinen.

Der „Appeal to Reason“ verlangt die sofortige Prozessierung Groschups, der inzwischen eine Reise nach Kgypten angetreten hat. Das Ganze ist ein gerade gelegenes Exempel für die simple Wahrheit, daß die Wohlthätigkeitsmissionen, über die wir uns zu begeistern erlauben, gebeten werden, durch pythische Manipulationen dem Volke gestohlen zu werden, um im Notfall auch mit verdrehten Mitteln verteidigt zu werden.

Aus der Frauenbewegung.

Selbstmordhäufigkeit beim weiblichen Geschlecht.

Der innige Zusammenhang zwischen dem moralischen Tun der Menschen und den wirtschaftlichen Verhältnissen ist schon oft betont worden. So wie in Zeiten steigender Brotpreise die Diebstahle häufiger werden, so zeichnen sich in Zeiten schlechter wirtschaftlicher Konjunktur, allgemeiner Arbeitslosigkeit häufiger als sonst die äußerste Verzweiflungstat des Menschen.

Table with 5 columns: Year, weiblich, männlich und weiblich zusammen, auf 100 männl. Köpfe Selbstmorde. Data from 1897 to 1908.

Die Jahre 1898 und 99 waren solche der Hochkonjunktur und wir finden dementsprechend nur eine Selbstmordziffer von 19,9 und 19,5 pro 100 000 der Bevölkerung. Dann folgt die niedrige Bewegung ein, die 1908 ihren Tiefstand erreichte, in welchem Jahre das reichsstatistische Amt im Juni 8,2 Proz. Arbeitslose in den die Berichterstattung angeschlossenen Gewerkschaften feststellte.

Die geringere Selbstmordhäufigkeit bei den Frauen ist eine Folge der geringeren Beanspruchung der Frau durch die berufliche Erwerbstätigkeit, wie andererseits die Zunahme der weiblichen Selbstmorde in den letzten Jahren mit einer stärkeren Hineinbeziehung der Frau in diese Arbeit zusammenfällt.

Bürgerliche Frauen gegen das Schnapsbrot-Wahlrecht. In einer am 21. März von der Ortsgruppe für Frauenstimmrecht veranstalteten, in den Arminhallen tagenden, sehr gut besuchten Versammlung wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen: Die am 21. März in den Arminhallen tagende, von der Ortsgruppe Berlin für Frauenstimmrecht einberufene öffentliche Volksversammlung protestiert aufs schärfste gegen die Wahlreform, wie sie von Regierung, Konservativen und Zentrum geschaffen ist.

Die Verammlung gelobt, in dem Kampfe um das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für beide Geschlechter nicht zu ermatten und nicht eher zu ruhen, bis das Recht des Volkes errungen ist.

Amstlicher Marktbericht der städtischen Markt-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise unverändert.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 22. 21. a. am 22. 21. a. am 22. 21. a. am 22. 21. a. Data for various locations like Reges, Bregel, Dber, etc.

+) bedeutet Hoch, -) Unterpegel.







Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte in ihrer außerordentlichen Sitzung vom Dienstag zunächst einige Nachbewilligungen des laufenden Etats. So wurde die Position Lernmittel für Schüler der Gemeindefschulen um 3000 M., die Position Rotstandsarbeiten um 900 M. vergrößert. Weiter erklärte sich die Versammlung einverstanden mit dem Bau einer Gemeinde-Doppelschule in der Weibstraße und mit den vom Magistrat beantragten Änderungen der Sparlohnentabellen.

An Stelle des Stadtrats Prof. Dr. Jastrow, der sein Mandat niedergelegt hat, wurde der frühere Direktor der Berliner Elektrizitätswerke Leopold Achenheim mit 40 Stimmen zum unbesoldeten Magistratsmitglied gewählt.

Hierauf setzte die Versammlung die Staatsberatung fort. Die Sonderetats für das Elektrizitätswerk und für die Gasanstalten wurden debattelos genehmigt. Beim Sonderetat für die Willkürbeseitigung wurde eine Änderung des Etatsstatus nach der Richtung hin angeregt, daß die Gebühren nicht mehr lediglich nach dem Nutzungswert der Grundstücke bemessen werden. Diese sehr wichtige Frage konnte beim Etat selbst nicht erledigt werden, sie wird voraussichtlich in einer der nächsten Sitzungen von neuem angeschnitten. Beim Etat der allgemeinen Verwaltung sprach Genosse N. L. den Wunsch aus, es möchte in Zukunft dem Etat — ähnlich wie das in Berlin geschieht — eine Aufstellung über die Nebeneinnahmen der städtischen Beamten beigegeben werden. Sowohl die Vertreter des Magistrats als auch die Vertreter der Reichheitsparteien erklärten sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Ansetzung.

Zum Etat der Gemeindefschulen beantragte Stadtverordneter Dr. Piepmann (natl.), die Ausgaben für die städtische Schulzahnpflege um 9000 M. zu verringern. Genosse Dr. Borchardt wies darauf hin, daß seine Freunde nach wie vor die Gewährung unentgeltlicher Lernmittel an die Schulkinder verlangen; wenn sie in diesem Jahre von der Stellung eines besonderen Antrages abgesehen hätten, so dürfe man daraus nicht den Schluß ziehen, als ob sie sich davon überzeugt hätten, daß der von ihnen gewiesene Weg ungangbar sei, sie ständen nach wie vor auf ihrem grundsätzlichen Standpunkt. Auf den Antrag Piepmann wolle er nicht eingehen, er hoffe, daß dieser Antrag gegen die Stimmen des Antragstellers und seiner Fraktionsfreunde abgelehnt werde. — Auch Genosse Vogel rechnete gründlich mit dem Stadtverordneten Piepmann ab, dessen reaktionäre Ansichten schon vor 6, 7 Jahren vielfach in der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung belächelt seien. Die Bahnlinie sei eingerichtet, und hoffentlich werde sie noch vergrößert werden. Mit der Bewilligung von Lernmitteln werde es genau so gehen wie mit allen anderen sozialdemokratischen Anträgen. Auch die Wertzuwachssteuer habe man ja alljährlich abgelehnt, und jetzt sei man doch dazu übergegangen. Zum mindesten wünscht Redner, es würde einmal ein Anfang gemacht und für die untersten Klassen die Lernmittel unentgeltlich geliefert werden.

Zum Etat des Straßenbaues beantragten unsere Genossen die Regulierung der Straße 45 am Rottenbäumchen. Der Antrag wurde von dem Genossen Will begründet, der in längerer Rede auf die Vernachlässigung des Stadtteils jenseits der Spree und die dortigen ungenügenden Verkehrsverhältnisse hinwies. Im einzelnen verlangte er den baldigen Bau der Brücke im Zuge der Poststraße, da jetzt Schulkinder, die die Schule in der Halberstraße besuchen, einen großen Umweg machen müssen. Der Stadtsyndikus Dr. Maier erwiderte, daß die Straße 45 erst dann reguliert werden könne, wenn die Anlieger sich bereit erklären, die Mittel dafür aufzubringen. Die Verhandlungen mit den Anliegern seien eingeleitet, man könne aber noch nicht wissen, welches Ergebnis sie zeitigen würden. Genosse Will entgegnete hierauf, daß die Antwort des Magistratsvertreters eine Verschleppung bedeute. Der Magistrat habe der Firma Siemens u. Halske, die hier in erster Linie in Frage komme, stets Schwierigkeiten bereitet. Als die Firma sich in Charlottenburg niederlassen wollte, habe ein Stadtrat sogar gesagt: „Wir werden die Industrie in Charlottenburg austündern.“ Die Entwidlung des Stadtteils jenseits der Spree werde systematisch gehindert. Wollen Sie aus Charlottenburg vielleicht eine Agrarierstadt machen, wollen Sie nicht weiter hier haben als Kohlrübenbauern? (Gelächter.) An diese Ausführungen unseres Genossen knüpfte sich eine längere Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Vertreter des Magistrats; im Verlaufe derselben erklärte der Magistratsvertreter, die Firma Siemens u. Halske habe niemals einen Antrag gestellt, der darauf hinausgehe, daß sie sich in Charlottenburg ansiedeln wolle. Allerdings seien derartige Gerüchte verbreitet, aber sie seien vollkommen haltlos. Der Magistrat mache den Siemenswerken nicht die geringsten Schwierigkeiten. Von der von dem Stadtverordneten Will geführten Behauptung bezüglich des Austünderns der Industrie sei dem Magistrat nichts bekannt. Daß der Magistrat nicht auf einem solchen Standpunkt stehe, beweise übrigens schon der Bebauungsplan für den Nordwesten, wo neben einem Quartier, in welchem der Bau von Fabriken verboten ist, ein anderes ausdrücklich für Fabriken vorbehaltenes Quartier vorgesehen sei. Der Magistrat denke gar nicht daran, die Industrie aus Charlottenburg zu vertreiben. — Hiermit schloß die Debatte, der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt.

Zu dem Kapitel „Verschiedene Einnahmen und Ausgaben“ schlug der Staatsauditeur die Annahme einer Resolution vor, die den Magistrat ersucht, dahin zu wirken, daß im Bezirke Döberitz ein neues Polizeirevier errichtet wird. Außerdem finden sich in diesem Etat 1000 M. zur Unterstützung der Witwen- und Waisenkasse der Schuhmannschaft eingestellt. Genosse Biesch betonte, daß ja bei jeder Etatsberatung der Ruf nach mehr Polizei erschalle. Dieser Ruf werde begründet mit der Unsicherheit in den Straßen. Tatsächlich bestehe eine solche Unsicherheit sogar in den belebtesten Vierteln, aber das liegt nicht daran, daß es zu wenig Polizisten gibt, im Gegenteil, es gäbe viel zu viel. Man brauche sich nur zu erinnern, wieviel Mannschaften zur Überwachung politischer Versammlungen verwendet werden. Bei den Demonstrationen habe man oft gesehen, wieviel Schaulente eigentlich in Charlottenburg vorhanden sind. Am 6. März seien sogar 200 Schaulente von Charlottenburg nach Treptow geschickt, und im Tiergarten hätten sie dann gefehlt. (Gelächter.) Dazu komme, daß die Polizei mit zahlreichen Arbeiten überlastet sei, die gar nicht zu den Aufgaben einer Sicherheitspolizei gehören. Für das Geld, das die Stadt bezahlt, könnte sie wohl eine bessere Organisation der Schuhmannschaft verlangen. Einspruch erhebe er auch gegen die beantragte Unterstützung an die Witwen- und Waisenkasse der Schuhmannschaft, denn die Sorge für die Witwen und Waisen der Beamten müsse Sache der Regierung und nicht Sache der Stadt sein. Er bitte, nicht zu glauben, daß er sich bei seinen Ausführungen etwa von politischen Gewissensfragen leiten lasse. Im Gegenteil, die Polizei habe ja nur für die Sozialdemokraten gearbeitet. Für die Witwen der Schaulente zu sorgen, könne unmöglich Aufgabe der Bürgerschaft sein, die von der Polizei niedergedrückt und niedergedrückt wird.

Nach einer kurzen Erwiderung des Oberbürgermeisters Schultzebruns, der sich auf die Erklärung beschränkte, daß die Verwaltung der Polizei nicht Sache des Magistrats sei, und dringend um die Bewilligung der 1000 M. als Anerkennung für das Verhalten dat, das die Polizisten seit Jahrzehnten der Bürgerschaft gegenüber an den Tag gelegt haben, gelangten die Anträge des Staatsauditeurs gegen die Stimmen der Sozialdemokraten zur Annahme.

Bei dem Abschnitt „Säuglingsfürsorge“ brachte Oberbürgermeister Schultzebruns den Artikel eines Berliner Blattes zur Sprache, der sich mit der Frage der besoldeten Waisenfür-

rinnen beschäftigt und gegen den Leiter der Armenverwaltung, Stadtrat Samter, den Vorwurf erhebt, er lege sich deshalb so sehr für besoldete Waisenfürsorgenden ins Zeug, um eine Verwandte in die Stellung hineinzubringen. Die Nachricht ist, wie der Oberbürgermeister erklärte, völlig unwahr. — Die Vertreter der Liberalen und der Unpolitischen beizien sich, sofort dem Stadtrat Samter in aller Form eine Ehrenerkundung zu geben. Unsere Fraktion hatte hierzu keine Betanlassung. Nicht etwa, als ob die Sozialdemokraten auch nur einen Augenblick die Angriffe des erwähnten Artikels für begründet halten, im Gegenteil, auch sie sind davon überzeugt, daß hier ein niederträchtiger Angriff auf den Stadtrat Samter vorliegt, aber sie halten es nicht für nötig, das besonders zu betonen — um so weniger, da es ein offenes Geheimnis ist, von wem jener Artikel in die Zeitung langiert ist. Der Artikelschreiber dürfte den Stellen, die dem Stadtrat ein Vertrauensvotum erteilt haben, nicht allzu fern stehen. Wozu also dies Komödiespiel?

Sehr lebhaft ging es schließlich noch bei der Beratung des Kapitels „Steuern“ zu. Der Staatsauditeur, unter dem Einfluß der Hausagrarier, hatte die vom Magistrat beantragte Erhöhung der Grundsteuer gestrichen und dafür lieber die Gewerbetreibenden mit einer höheren Steuer bedacht. Der Vertreter unserer Fraktion, Genosse Hirsch, hielt im Plenum mit den Hausagariern gründliche Abrechnung, er wies nach, wie unbedeutend das Geschehene über die angeblich zu hohe Belastung des Grundbesitzes in Charlottenburg ist und verlangte die Wiederherstellung der Magistratsvorlage. Mit dieser Forderung drangen unsere Genossen freilich nicht durch, aber auch die Hausagariere erreichten ihr Ziel nicht, denn es wurde ein von liberaler Seite gestellter Vermittlungsantrag angenommen, der von einer Erhöhung der Gewerbesteuer absteht und die Grund- und Gebäudesteuer um die Hälfte des Betrages erhöht, den der Magistrat beantragt hatte.

Hiermit hatten die Staatsberatungen ihr Ende erreicht. Es ist möglich gewesen, den Etat mit 100 Proz. Einkommensteuer zu balanzieren, aber der Ausgleichsfonds, der für schlechte Etatsjahre angesammelt ist, dürfte so gut wie aufgebraucht sein. Offenlich wird die jetzt endlich beschlossene Wertzuwachssteuer die erwarteten Einnahmen bringen und die Finanzlage Charlottenburgs wieder günstiger gestalten.

Wilmerdorf.

In einem „Streik der Berichterstatter“ ist es am Dienstag während der außerordentlichen Tagung der Stadtverordneten-Versammlung gekommen. Wir hatten schon früher über die Rücksichtslosigkeit berichtet, mit der das Wilmerdorfer Stadtparlament die Presse behandelt. In anderen Berliner Vororten hört man, daß die Presse Entgegenkommen findet. Anders in Wilmerdorf. Zwar ist die Stadtverordneten-Versammlung in Ermangelung eines eigenen Sitzungssaales auf die Gastfreundschaft des Direktors der höheren Mädchenschule angewiesen und hat hier selber nicht viel Bequemlichkeiten, ja selbst keine bibliothekarischen oder sonstigen Hilfsmittel zur Hand. Wohl aber ist die Arbeitshöhe der Stadtverordneten-Versammlung von solcher Wunderlichkeit, daß nicht nur den Pressevertretern, sondern auch dem Publikum im Allgemeinen die passive Teilnahme an den Verhandlungen arg verleidet wird. Wie schon mehrfach, so ging es auch am Dienstag wieder. Es stand eine Magistratsvorlage über die Schaffung einer Wertzuwachssteuerordnung zur Verhandlung. Der Stadtkämmerer empfiehlt die Vorlage und mündelt geheimnisvoll von Informationen, die Vertreter der Reichsbehörden den Vertretern der Stadt erteilt hätten. Das seien aber sekrete Angelegenheiten, deren Erörterung in Anwesenheit des Publikums nicht angängig wäre. Man beschließt den Ausschluß der Öffentlichkeit, und Zuschauer wie Pressevertreter haben das Verhängnis, einsteilen auf einem zugigen Korridor, wo weder Gelegenheit noch sonst irgend eine Annehmlichkeit vorhanden ist, sich die Zeit zu vertreiben. Am 3. März dauerte eine solche Kunstpause dritthalb Stunden. Daß die Geduldprobe vorgestern nicht so lange Zeit in Anspruch nahm, ist gleichgültig, wo es sich grundsätzlich um die Frage handelt, ob man der Öffentlichkeit überhaupt eine derartige Rücksichtslosigkeit bieten darf. Gerade am Dienstag, wo man vorher wußte, wie gehandelt werden sollte, war für die Stadtverordneten-Versammlung nicht das geringste im Wege, vor der öffentlichen Beratung die anscheinend übrigens keineswegs belangreichen Regierungsinformationen mit aller gebührenden Anbacht in geheimer Sitzung entgegenzunehmen. Wo dies sich ohne Mühe ermöglichen ließ, ersahen der Beschluß der Pressevertreter nunmehr überhaupt nicht weiter über den Fortgang der Verhandlungen zu berichten, durchaus angebracht. Die gewöhnliche Wirkung hat dieser Beschluß allerdings nicht gehabt. Während einige Berliner Zeitungen gestern einer Erklärung der Berichterstatter Raum gaben, teilten andere das Ergebnis der Verhandlungen mit. Danach ist in namentlicher Abstimmung mit 18 gegen 16 Stimmen die der Berliner Steuerordnung nachgebildete Magistratsvorlage angenommen worden. Allerdings mit dem einschränkenden Zusatz, daß die Umsatzsteuer auf die Wertzuwachssteuer angerechnet werden soll.

Wie man im Wilmerdorfer Stadtparlament die Presse einschließt, zeigt noch der folgende Vorgang, über den wir von einem Zuhörer Mitteilung erhalten haben. In der Erörterung über die Wilmerdorfer Steuerpolitik gebrauchte ein Redner das Wort, daß die Zeitungsbekanntmachung aufeinander die Verhandlungen zu langweilig gefunden hätten und aus diesem Grunde der Sitzung ferngeblieben seien. Wo nun dieser Zufall eingetreten und eine Veröffentlichung nicht zu befürchten wäre, könne man sich einmal ohne Zwang über die finanzielle Frage der Stadt äußern. Der Mann, der sich, sei es immerhin mit einem Anflug von Ironie, derart ausdrückte, war nicht etwa irgend ein dem politischen Leben fernstehender Grundstückspekulant, sondern der Stadtverordnetenvorleser Prof. Dr. Leidig in eigener Person, also ein Herr, der selber publizistisch tätig ist. Man ist in Wilmerdorf eben gut konfessant und hält es mit dem ursprünglich in der preussischen Städteordnung aufgestellten Grundsatze, daß die Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung die Öffentlichkeit überhaupt nicht angehen. Daß diese Bestimmung der Städteordnung sei etwa sieben Jahrzehnten beseitigt ist, tut nichts. Etwas ebenso lange ist nämlich auch die Stadtverordneten-Versammlung hinter ihrer Zeit zurück.

Groß-Lichterfelde.

Am Montag begann die Gemeindevertretung mit der zweiten Lesung des Gemeindecats 1910, die in ein paar Stunden beendet war. Gemeindevertreter A. Lehmann bemängelte die Heranziehung von 81 000 M. aus dem Steuerausgleichsfonds zur Balanzierung des Etats. Beim Titel „Beamtengehälter“ wünschte er die Gleichstellung der beiden Steuerrendanten mit dem Bureaudirektor, da deren Arbeitsleistung mindestens dieselbe sei. Auch die Steuererheber seien benachteiligt, da ihnen jetzt die Dienstauswandschädigung von 400 M. nicht als pensionsfähig angerechnet werde. Schöffe Lange spricht sich gegen diese Änderungen aus, die wiederum zu einer neuen Besoldungsordnung führen müßten. Der Antrag wurde abgelehnt. Derselbe Gemeindevertreter gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß im Massenbuch eine Reihe Ausgabenposten als Entschädigung für geleistete Überstunden der Beamten im Steueramt enthalten seien. Handelt es sich um dauernde Mehrarbeit, so müsse man eben neue Beamte einstellen. Schöffe Lange erwiderte, daß diese Mehrarbeit nur zeitweise, z. B. gelegentlich der Steuerveranlagung notwendig, die Anstellung neuer Kräfte deshalb unangemessen sei. Ein Antrag Jäger, die Einführung einer besseren Baukontrolle in Erwägung zu ziehen, wurde von Engelmann (Vertreter der Handwerker) bekämpft, von der Gemeindevertretung aber angenommen. Einen geradezu wunderbaren Standpunkt nahm der Gemeindevertreter Engel-

mann bezüglich der Gemeindecbeiter ein. Er fragte an, ob es denn nötig sei, daß die Gemeinde zirka 47 Arbeiter und Feuerwehrgenossen beschäftige. Nach seiner Meinung sollte man die alten Leute, die Armenunterstützung bezogen, als Gemeindecbeiter einstellen. Damit würde man sie als Arme los, sie folgten als Arbeitskräfte nicht sowohl und die Gemeinde erspare auch noch die Armenunterstützung! Es ist bedauerlich, daß kein Gemeindecbeiter diese menschenfreundliche Ansicht des Herrn Kollegen bekämpfte und noch bedauerlicher ist es, daß kein Vertreter der Arbeiterklasse auf dem Rathsausschusse sich befindet, der in der Lage gewesen wäre, diesen „Volksthum“ — auf den er sich so gerne hinausspielt — festzunageln. Beim Titel „Armenverwaltung“ rügte Gemeindecbeiter Souhau die seltene Entbehrung der Armenkommission zu den Sitzungen. So hätten im letzten Jahre nur vier Kommissionsitzungen stattgefunden. Dadurch komme es, daß die Armenpfleger sich kaum dem Namen nach kennen. Eine öftere Zusammenkunft sei aber nötig. Die Kosten der Armenverwaltung stiegen ständig, so allein von 1906 bis 1908 um 25 Proz. Es sei notwendig, daß die Kommissionsmitglieder die Folgen ihrer Bewilligungsfreudigkeit kennen lernen würden. Schöffe Dr. Domino bemerkte, daß bei öfteren Sitzungen der Besuch seitens der Kommissionsmitglieder sehr schwach sei und sie ihren Zweck nicht erfüllten. Im übrigen sei es klar, daß mit der Zunahme der Bevölkerung auch die Armenlasten wüchsen, die zu 50 Proz. auf Zugewogene entfielen. Ein sehr großer Teil der Armen gehörten früher gut bürgerlichen Kreisen an, die in ihren Verhältnissen zurückgekommen seien. Die Ansetzung des Gemeindecbeatters Engelmann, diese Leute als Gemeindecbeiter zu beschäftigen, sei unbedenklich, da sie körperlich ganz hinlänglich und arbeitsfähig waren. — Der Betrag für die Ferienkolonien wurde von 800 auf 1500 M. erhöht. Ein Antrag des Gemeindecbeatters Jäger auf Erhöhung der Gemeindecbeattersumme um 5 Proz. wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt, desgleichen ein solcher auf Erhöhung der Hundsteuer. Nach einigen weiteren nebensächlichen Erörterungen wurde der gesamte Etat angenommen. Am Schluß der Sitzung brachte Gemeindecbeatter Rake eine Resolution dahingehend ein, daß in allen Verwaltungszweigen möglichst sparsam gewirtschaftet werden solle, daß insbesondere durch eine anderweitige Organisation in der Verwaltung eine Verringerung der Zahl der Gemeindecbeatter und eine Vereinfachung der dienstlichen Geschäfte angestrebt sei. Diese Resolution wurde angenommen und dem Gemeindecbeatter überwiehen.

Treptow-Baumshuldenweg.

Der Haushaltsetat für 1910 schließt ab mit 2 355 445 M. und übersteigt den vorjährigen mit 438 445 M. Die allgemeine Verwaltung erfordert einen Zuschuß von 214 497 M. Das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 83 631 M., welches durch die Aufbebung der Gehälter und durch Vermehrung der Beamtenstellen verursacht wurde. Die Kapital- und Säumverwaltung erfordert einen Zuschuß von 235 781 M.; gegen das Vorjahr ein Mehr von 67 000 M. Das Schulwesen erfordert für die Gemeindecschulen einen Zuschuß von 207 518 M., für die gewerbliche Fortbildungsschule 3570 M., für das Realgymnasium 7880 M., für die Volksschule 250 M. und für die höhere Mädchenschule 3900 M., zusammen 222 818 M., das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 42 552 M. Für das Armenwesen sind 19 000 M. in Ausgabe gestellt, gegen das Vorjahr ein Mehr von 5200 M. Die Brauchwasserkanalisation weist eine Einnahme und Ausgabe von 109 650 M. auf. Das sind 11 750 M. mehr als im Vorjahre. In der Einnahme sind die Kanalisationsgebühren von 3 Proz. auf 2 1/2 Proz. herabgesetzt worden. An Gemeindecsteuern werden wie bisher 100 Proz. der Staatssteuern erhoben, sie figurieren mit 380 000 M. Das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 45 000 M. Die Gewerbesteuer beträgt 150 Proz. und ergibt die Summe von 81 000 M. Die Grundwertsteuer wird erhoben vom bebauten Grundbesitz mit 2,20 M. und vom unbebauten Grundbesitz mit 4,40 M. vom Tausend. Der Wert der bebauten Grundstücke beträgt 79 Millionen und der der unbebauten 48 Millionen, es ergibt sich demnach eine Steuer-summe von 385 000 M. An indirekten Steuern werden erhoben: Hundsteuer (pro Hund 20 M.) 12 000 M., Luftbarkeitssteuer 18 500 M., Umsatzsteuer 70 000 M., Wertzuwachssteuer 50 000 M. und Biersteuer 22 500 M. Die Gesamteinnahmen betragen in der ordentlichen Verwaltung 1 200 445 M. und in der außerordentlichen 1 065 000 M. Die Gesamtausgaben betragen in der ordentlichen Verwaltung 1 282 145 M. und in der außerordentlichen 1 073 330 M.

Nowawes.

Der Kommunalzuschlag zur Staatseinkommensteuer ist auch in diesem Jahre auf 150 Proz. einschließlich Kreissteuer von der Gemeindecbeatterung festgesetzt worden. Von diesem Satz werden auch die fingierten Einkommensteuersätze von 4 M. und 2,40 M. betroffen. Der Ertrag der Einkommensteuer ist mit 250 000 M. im Etat angesetzt. An Gemeindecgrundsteuer einschließlich Kreissteuer kommen 3,57/100 des gemeinen Wertes der bebauten Grundstücke und 5,87/100 des gemeinen Wertes der unbebauten Grundstücke zur Erhebung; diese Steuer soll eine Einnahme von 225 000 M. liefern. Die Gewerbesteuer I. und II. Klasse ist auf 225 Proz. diejenige III. und IV. Klasse auf 175 Proz. einschließlich Kreissteuer festgesetzt worden; hier rechnet die Gemeindecverwaltung mit einem Ertrag von 20 700 M. Die Betriebssteuer, die 60 Proz. einschließlich Kreissteuer beträgt, ist mit einem Soll von 1200 M. im Etat veranschlagt, die Einnahme aus der Hundsteuer ist mit 5000 M., der Ertrag der Luftbarkeitssteuer mit 3000 M. in den Etat eingeschlo. (Die Steuer für jeden Hund beträgt 12 M. pro Jahr.) An Umsatzsteuer werden erhoben: 1 Proz. des Kaufpreises für bebauten und 1 1/2 Proz. für unbebauten Grundstücke; das Einnahmesoll für diese Steuer beträgt 35 000 M., während der Ertrag der Wertzuwachssteuer auf 30 000 M. veranschlagt ist und die Biersteuer 13 000 M. Einnahme liefern soll. Die Einnahme an indirekten Steuern ist im Etat mit 505 000, an indirekten Steuern mit 86 000 M. verzeichnet, was eine Gesamtsumme von 591 000 M. ergibt. Von diesem Betrage sind an die Kreissteuer Teltow 86 629 M. Kreissteuer zu leisten, so daß nach Abzug einiger anderer Verwaltungsausgaben für die Gemeinde ein Steuerüberschuß von 504 100 M. verbleibt.

Eingegangene Druckschriften.

- „Der Arbeitsmarkt.“ Nr. 6. Monatsheft der Zentralkasse für Arbeitsmarktlieferanten. Herausgeber Prof. Dr. J. Jastrow. — Verlag G. Reimer, Berlin.
- Das System des Marxismus. Von Dr. V. Charasoff. 347 Seiten. H. Bohns, Berlin.
- Organisation der Schulleitung auf Grundlage der Selbstverwaltung. Von Dr. J. Richter. 2 M. — G. Engelhardt, Ansbach.
- Der entsetzte Reich. Roman von H. Scheffel. 3 M., geb. 4 M. — Schuller u. Köhler, Berlin.
- Universal-Bibliothek Nr. 5175. Francesca. Oper von G. Boch. — 5176. Vom Juristentage. Pöffe von H. Langer und D. Kallig. — 5177. „... so ist Dir!“ Schauspiel von R. Lindau. Einzelnummer 20 Pf. — G. Reclam, Leipzig.
- 11. Jahresbericht 1909 des Kartells europäischer Rad-, Motorfahrzeug- und Automobilistenverbände in München. 52 Seiten.
- Soldaten sein schön. Roman aus dem Kaiserleben von Theodor Fischer. 1 M. — Leipziger Buchverleger H. G. Leipzig.
- Die Legionäre. Drama von H. Köhlig. 2 M., geb. 3 M. — Verlag Köhlig u. Köhler, Berlin.
- Die alte Herrenhofallee. Roman von Gustaf af Geijerstam. 3,50 M., geb. 4,50 M. — G. Jägers Verlag, Berlin.
- Der Göttinger Kampf. Soziale Bilder aus der Gegenwart von G. Nieß. 125 Seiten. — Tarnow-Verlag, Jülich, Volprecht, 34.
- Die heilige Einsat. Novellen von C. Siebig. 3 M. — Verlag E. Hoffmann u. Co., Berlin W. 9.
- Der hässliche Ratgeber. Von J. und B. Moser. 2,50 M. — R. Oester, Berlin SW. 61.



Neu erschienen:  
**Aus meinem Leben.**  
 Von August Bebel.  
 I. Teil.  
 brosch. 1.50 M., geb. 2 M.  
**Der deutsche Arbeiter**  
 und der  
**Nationalismus.**  
 Von Dr. Karl Renner.  
 Preis 60 Pf.

Zum Gedächtnis  
 des  
**Kommunistischen Manifestes.**  
 Von Antonio Labriola.  
 Eingeleitet und überf. von Franz Mehring.  
 Mit einem Bildnis des Verfassers.  
 Preis 1 M.

**Sozialistische Bewegungen**  
 und  
**Systeme bis zum Jahre 1848.**  
 Von Elisabeth Luzzatto.  
 Preis geb. 4 M.

**Der Zar und die auswärtige**  
 Politik.  
 Ein geheimes Memorandum d. Grafen Zamiatin, des Geheimen Ordonnirten.  
 Von Wladimir Burzow.  
 Preis 2 M.

**Rußland in der Revolution.**  
 Von N. Trozky.  
 Preis 6 M.

**Bericht über die Tätigkeit**  
 der sozialdemokratischen Fraktion  
 in der Berliner Stadtverordneten-  
 Versammlung.  
 Preis 75 Pfennig.

**Führer durch das preussische**  
**Einkommensteuer-Gesetz**  
 von Arbeitersekretär Rud. Wisoll.  
 Preis 30 Pf.

**Die Rechtsprechung**  
 in  
**Unfallrenten-Streitsachen.**  
 Eine Zusammenfassung und gemein-  
 verständliche Erläuterung der wich-  
 tigsten prinzipiellen Entscheidungen  
 des Reichsversicherungsamts  
 v. Herm. Müller, Arbeitersekretär.  
 Preis 3 M.

**Expedition des Vorwärts**  
 Berlin SW. 68  
 Lindenstr. 69, Laden.

**Hüte** in allen  
 Preislagen.  
**R. Weidner, Hutmacher,**  
 Prinzenstr. 57, Dresdenstr.  
 Wohergebr. wird vergütet.

**Herren-, Damen-,  
 Kinderwäsche**  
 eigenes Fabrikat.  
**Margarete Dietrich**  
 Berlin O.,  
 Nirbachstr. 25,  
 Eingang Samariterstraße.

**Kottkes Drogerie,** Baumschulen-  
 weg.  
 empf. ihre Spezialitäten sowie  
 sämtl. Artikel zur Krankenpflege.  
 gegründet 1873

**Louis Cohn**  
**Hüte- u. Mützen-**  
 Detail-Niederlage.  
 Reismuster u. Restbestände  
 meines Engros-lagers werden zu  
 sehr billigen Preisen  
 verkauft.  
 O., Andreasstr. 67.

Engros-Export.

# Die ersten Frühlings-Boten

meine im eigenen Betriebe fabrizierten Frühlings-Paletots und Anzüge können Sie jetzt in meinen Schaufenstern und auf den Strassen von Berlin W sehen.

## Frühlings-Paletots und Ulster

- Gestreifte Cheviot ..... M. 15
- Dunkelgestreifter Kammgarn ... M. 18
- Grau Fischgratstreifen ..... M. 23
- Grau Diagonal ..... M. 28
- Modelfarbig Covercoat ..... M. 32
- Schwarz-grau gestr. Cheviot .. M. 33
- Bester Masskammgarn ..... M. 45
- Bester Masskammgarn auf Seide M. 50

## Frühlings-Anzüge aus

- Forster Buckskin gestreift u. kariert M. 15
- Forster Buckskin neueste grau Must. M. 17
- Halbbaron Cheviot ..... M. 20
- Cheviot in modernen Farben ..... M. 23
- Neuen grau-gestr. u. kar. Melangen 27
- Neuen Diagonals ..... M. 31
- Reinwollenen Cheviot Extra f. Mass M. 35
- Bestem Cheviot und Kammgarn M. 44

Meine Konfektion ist in bezug auf Passform, Güte der Stoffe u. der Arbeit **unerreicht!**



**Fluß- und Seefische — Wild und Geflügel.**  
**Otto Grimm**  
 BERLIN, Landsberger Allee 28.  
 Zur Karwoche empfehle  
**Prima frische Seefische**  
 in nur feinsten Qualitäten zu billigsten Tagespreisen.  
 Beste lebende reinschmeckende Flußfische billigst.  
 Prima Suppenhühner, Brathühner, Tauben.

**Die billigsten Festbraten**  
 kauft man am besten in **Charlottenburg**  
 Bülowstraße 5a, am Rathaus.  
 Schinken u. Vorderfleisch 75 Pf. Ramm ..... 80 Pf.  
 Koffeler ..... 80 Schweine-Kleinfleisch ..... 30  
 Rindfleisch, Bieser und Kalb- und Hammelfleisch ..... 50  
 Bauch ..... 70 Schmorfleisch ..... 80  
 Rippensteck ..... 85 Suppenfleisch ..... 60  
**Festwurst, 5 Pfd. sortierte Wurst 3, 4 u. 5 Ml.**

**Kronleuchter-Fabrik**  
 Andreasstr. 38. — Telephon VII 719.  
 Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.  
**Teilzahlung ohne Aufschlag gestattet.**  
 Alte Kronen werden in Zahlung genommen.  
 Hängebrenner komplett 3,25 Mk.  
 3flammige Gaskronen von 15 Mk. an.  
 Zugampeln von 10 Mk. an.  
 „Vorwärts“-Leser erhalten 10 Proz. Rabatt.

**Möbel-Fabrik**  
 Georg Tennigkeit,  
 Berlin SO., Oranienstr. 172-173.  
 Einrichtung für 360 Mark.  
 1 Kleiderschrank ..... 48 Mark  
 1 Vertiko ..... 48  
 1 Spiegelschrank ..... 35  
 1 Spiegel ..... 16  
 1 Ausziehtisch ..... 15  
 4 Stühle a 3,50 ..... 14  
 2 englische Bettstellen m. Matratzen  
 a Stück 44 Mk. .... 88  
 1 Sofa ..... 45  
 1 komplett farbige Küche ..... 68  
 360 Mark  
 Preisliste gratis und franko.  
 Unter Garantie gut gearbeitete Möbel.

**Jugend-Liederbuch**  
 Preis: kartoniert 20 Pfennig  
 Zu beziehen durch:  
**Expedition des „Vorwärts“**  
 Berlin SW.  
 Lindenstraße 69 (Laden).

Wir empfehlen: 245/13  
**Vollständiges Schachspiel.**  
 Mit Anleitung zum Spielen.  
 Das interessanteste aller Spiele.  
 Fertigt zum Spielen!  
 Auch als Dame-Spiel zu benutzen.  
 Preis 20 Pf.  
**Expedition des „Vorwärts“**  
 Berlin SW. 68, Lindenstr. 69  
 Laden.

**Größtes Kindergarderobe-Spezialhaus des Ostens.**  
 Jedes Kind, auch das ärmste, kann schick und zweckmäßig bei uns eingekleidet werden.  
**Konkurrenzlos sind unsere Cheviot-Tailenkleider „Frieda“ ganz gefüttert, mit Faltenrock, für 3 Jahre 5 Jahre 7 Jahre 8 Jahre M. 4.95 5.45 5.95 6.45**  
**Knaben-Anzüge**  
 in hübschen, dunklen Sportfarben, von 2.50 an.  
 Enormes Lager in Mädchenjackets u. Knabenjackets zu unerreicht billigen Preisen.  
**C. & A. Wendt, Berlin NO., Große Frankfurter Str. 118.**

**Betten-Haus Werner**  
 Berlin SW., Oranienstr. 120 • Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 20  
 Betten, Bettfedern, Metallbetten  
 Kinderbettstellen, Matratzen  
 Kinderwagen und Sportwagen  
**Katalog gratis u. Bettfedern-Reinigung**

**Möbel** ganze Wohnungseinrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter gelegener Arbeit empfiehlt  
**Wilh. Lambrecht,**  
 Berlin SW., Simonstr. 19  
 Verlangen Sie, bitte, Illustr. Preisliste an der alten Gatostraße.

**Hut-Engrosgeschäft**  
**Alvin Sussmann**  
 parterre 35 Holzmärktstr. 35 parterre  
 gegründet 1885.  
 Empfehlenswerte Bezugsquelle.

**HERREN KNABEN KLEIDUNG**  
**S. LEVY, CHARLOTTENBURG**  
 SCHARRENSTR. 36.

**Partei-Expeditionen:**  
 Zentrum: Albert Dahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.  
 2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hofparterre.  
 Säden und Sädmeßen: Hermann Berner, Gneisenaustr. 72, Laden.  
 3. Wahlkreis: El. Feib, Brunsenstr. 31, Hof rechts dort.  
 4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Hindenburgstr. 17. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).  
 4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Laufherplatz 14/15 (Laden).  
 5. Wahlkreis: Leo Sucht, Jannaschstr. 12 (Hof).  
 6. Wahlkreis (Noahit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzweidenstr. 8, im Laden.  
**Wedding:** Karl Reich, Nazarethkirchstraße 49.  
**Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt:** Wilhelm Baumann, Bernauerstr. 9, vorn part.  
**Geundbrunn:** F. Tropp, Stettinerstr. 10.  
**Schönhauser Vorstadt:** Karl Park, Schönerstr. 123.  
**Adlershof:** Karl Schwarze, Hofmannstr. 9.  
**Alt-Gliencke:** Wilhelm Dörre, Ruhewerth 33 II.  
**Baumgartenweg:** D. Herzig, Marienbaderstr. 13, I.  
**Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönow und Schönbrück:** Heinrich Brose, Högelerstr. 74, part.  
**Bohnendorf und Falkenberg:** Alois Lauf, Bohnendorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.  
**Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Sesehelmerstraße 1, Ecke Goethestraße, Laden.  
**Eichwalde, Zenthen, Miersdorf und Hanksel Ablage:** Oskar W. Ahle, Eichwalde, Stübchenstr. 29.  
**Erker:** Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.  
**Friedersdorf-Petershagen:** E. Hölzer, Petershagen.  
**Friedenau-Steglitz-Nüdende:** D. Bernier, Schönerstr. 119, Hof I, in Steglitz. Behaltungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Wehr, Doppelstr. 32, und St. Scheibale, Högelerstr. 15a.  
**Friedrichshagen:** Ernst Bertmann, Friedrichstr. 67.  
**Grünau:** Franz Klein, Bahnhofsstr. 6 III.  
**Johannisthal:** Friede, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.  
**Karlshorst:** Richard Häber, Nöbelstr. 9, II.  
**Königs-Wusterhausen:** Friedrich Baumann, Bahnhofsstr. 13.  
**Köpenick:** Emil W. Hoyer, Riegestr. 6, Laden.  
**Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg:** Otto Seifert, Kronprinzenstraße 4, I.  
**Mahlsdorf und Kaulsdorf:** Hugo Scheide, Mahlsdorf, Waldenstr. 14.  
**Mariendorf:** August Reid, Chaussee, 296, Hof.  
**Nieder-Schöneweide:** Max Friebe, Völkstr. 14 II.  
**Nowawes:** Wilhelm Bappe, Friedrichstr. 7.  
**Ober-Schöneweide:** August Denjes, Laufherstr. 2, I.  
**Pankow-Niederschönhausen:** Otto Rihmann, Röhlenstraße 30.  
**Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:** G. Gursch, Stamelestr. 12, I.  
**Rixdorf:** W. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.  
**Rummelsburg, Boxhagen:** A. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.  
**Schmargendorf:** Gustav Kaminsky, Tunnelstraße 2.  
**Schöneberg:** Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 51, im Laden.  
**Spandau:** R. S. Popen, Jagowstr. 9.  
**Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Bernsdorf und Reinickendorf-West:** Paul Kienast, Borsigwalde, Röhlerstraße 10.  
**Teltow:** Wilhelm Bonow, Teltow, Sehlendorfer Str. 4.  
**Tempelhof:** Albert Zibel, Friedrich Wilhelmstr. 20.  
**Treptow:** Rob. Gramenz, Riegeplatzstraße 412, Laden.  
**Weißensee:** R. Fuhrmann, Sedanstr. 105, parterre.  
**Wilmersdorf-Balensee:** Paul Schubert, Wilhelmstr. 26, Hof parterre.  
 Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.  
**Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.**  
 Bitte ausschneiden. 245/1